

Bevölkerung

Familie und Beruf

Erwerbstätigkeit

Wirtschaft und Einkommen

Globalisierung

Finanzen

Schulische Qualifikation

Wissenschaft und Kultur

Umwelt

Soziales, Sicherheit

Niedersachsen-Monitor 2012



Niedersachsen



Statistische Berichte Niedersachsen

Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie
Niedersachsen

Z 6 - j / 12

Niedersachsen-Monitor 2012



Niedersachsen



Impressum

Herausgeber: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Zu beziehen durch: LSKN - Schriftenvertrieb -
Postfach 91 07 64, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. 0511 9898-3166, Fax -4133
E-Mail: vertrieb@lskn.niedersachsen.de
Internet: www.lskn.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im Dezember 2012
ISSN 1432-5756

© Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Hannover, 2012.
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	7
Familie und Beruf.....	10
Erwerbstätigkeit.....	11
Wirtschaft und Einkommen	15
Globalisierung.....	21
Finanzen	22
Schulische Qualifikation	26
Wissenschaft und Kultur	27
Umwelt.....	28
Soziales, Sicherheit.....	29
Fazit.....	31

Tabellenteil I

Bevölkerung.....	34
Familie und Beruf.....	35
Erwerbstätigkeit.....	38
Wirtschaft und Einkommen	40
Globalisierung.....	46
Finanzen	49
Schulische Qualifikation	53
Wissenschaft und Kultur	55
Umwelt.....	58
Soziales, Sicherheit.....	62

Textteil II

Niedersachsen in Europa.....	68
------------------------------	----

Tabellenteil II

Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder	72
Bevölkerung 2006 bis 2010	73
Bruttoinlandsprodukt 2005 bis 2009	73
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2005 bis 2009.....	73
Beschäftigungsquoten der 15- bis unter 65-Jährigen 2006 bis 2010.....	74
Arbeitslosenquoten (15 Jahre und älter) 2006 bis 2010	74

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor*, der mit dieser Ausgabe 2012 zum fünfzehnten Male erscheint, trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs zu einer Positionsbestimmung des Landes bei. Der Umfang dieser Veröffentlichung ist im Laufe der Jahre von 35 bis auf 86 Tabellen angestiegen, da weitere Politikfelder statistisch beleuchtet werden sollten. Um die Publikation aber lesbarer zu machen, wurden im vergangenen Jahr Tabellenapparat, Visualisierung und textliche Darstellung gestrafft: Der *Monitor* enthält seit 2011 nur noch 71 Länder- und 6 Europatabellen. Die Tabellen sind einheitlich durch Balkendiagramme visualisiert.

Die Ausgabe 2012 enthält gegenüber der des Vorjahres keine grundlegenden konzeptionellen Änderungen. Allerdings gab es bei zwei wichtigen Datenquellen – der Finanzstatistik und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – größere konzeptionelle Änderungen, die sich auf den *Monitor* auswirkten:

- In der Methodik der Darstellung der öffentlichen Finanzen hat ein erheblicher Wandel stattgefunden: Für die Schuldenstatistik wurde zum 31.12.2010 ein neues Erhebungskonzept entwickelt, das durch die Anforderungen der EU bestimmt ist. Wegen der häufigen Ausgliederung von Einrichtungen in Extrahaushalte wurde es erforderlich, den öffentlichen Gesamthaushalt als Summe von Kernhaushalt und Extrahaushalt darzustellen. Entsprechende Daten lagen aber nur für 2011 und 2010 vor, so dass die sonst übliche Betrachtung von drei verschiedenen Berichtsjahren in dieser Ausgabe des *Monitors* aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten entfallen musste.
- In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gab es 2011 eine tiefgehende Revision der Daten, die vor allem wegen einer Umstellung auf eine neue Wirtschaftssystematik (WZ 2008) erforderlich war. Die revidierten Länderergebnisse für die Berichtsjahre 2008 bis 2010 unterscheiden sich teilweise deutlich von den bisher veröffentlichten Daten und sind mit diesen daher nur eingeschränkt vergleichbar. Revidierte Ergebnisse für die Jahre vor 2008 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Grundkonzept des *Niedersachsen-Monitors*

Teil 1 des *Monitors* zeigt Niedersachsen im Bund-Länder-Vergleich, Teil 2 im Europavergleich. Alle Ländertabellen

basieren auf öffentlich zugänglichen Informationen, die zumeist von der amtlichen Statistik erarbeitet wurden. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt:

1. Enthalten sind hochverdichtete statistische Informationen für alle 16 Bundesländer, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
2. Untersuchungsgegenstand ist immer das Land Niedersachsen. Die Daten für die anderen Länder dienen im Wesentlichen lediglich der vergleichenden Darstellung und Untersuchung von Strukturen und Entwicklungen des Landes.
3. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden optisch hervorgehoben.
4. Die Tabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert (in der Regel ein Datum aus dem Jahr 2011), das Vorjahresergebnis sowie einen Wert, der fünf Jahre zurückliegt (Ausnahme: Finanzstatistik und VGR). Damit wird ein kurz- und mittelfristiger Vergleich ermöglicht. Davon wird nur abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen.
5. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Indikatoren: Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Erst durch die Standardisierung der absoluten Werte mit solchen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar und erhalten einen Aussagewert. Bei Beziehungszahlen, die sich auf die Einwohner beziehen, wurde – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30. Juni zugrunde gelegt.

Der Niedersachsen-Monitor 2012 wurde unter der redaktionellen Leitung von Arne Lehmann erstellt. Bei der Erstellung haben außerdem Sascha Ebigt, Prof. Lothar Eichhorn, Jessica Huter, Uwe Mahnecke, Jan Scharf und Dr. Wolfgang Vorwig mitgewirkt.



Bevölkerung

Weiterhin Rückgang der Bevölkerung

Am 31.12.2011 lebten in Niedersachsen 7 913 502 Einwohner (Tab. 1). Die Bevölkerungsentwicklung war damit weiterhin – wie in jedem Jahr seit 2005 – rückläufig: Innerhalb eines Jahres verlor das Land knapp 5 000 Einwohner, was einem Rückgang von rund - 0,1 % entspricht. Damit verlief die Entwicklung in Niedersachsen gegenläufig zum Bundesdurchschnitt (+ 0,1 % bzw. + 92 000 Personen). Gegenüber dem Jahr 2006 ist eine Abnahme um - 0,9 % zu konstatieren.

Im Vergleich mit den westdeutschen Ländern fiel Niedersachsen damit ein wenig ab. Die westdeutschen Länder haben, verglichen mit 2006, insgesamt - 0,2 % ihrer Einwohner eingebüßt und von 2010 auf 2011 einen leichten Zuwachs von + 0,2 % bzw. 114 000 Einwohnern erreicht. Diese zuletzt positive Entwicklung ging maßgeblich auf leichte Bevölkerungszuwächse in Bayern (+ 0,5 % gegenüber 2010), Hessen (+ 0,4 %), Baden-Württemberg (+ 0,3 %), Schleswig-Holstein (+ 0,1 %) und Hamburg (+ 0,7 %) zurück. Diese Länder konnten alle sowohl im kurz- als auch im mittelfristigen Vergleich zulegen. Das Saarland und Rheinland-Pfalz mussten hingegen weitere – und gemessen an Niedersachsen höhere – Verluste hinnehmen. Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen verlief etwa parallel zu der in Niedersachsen. Die höchsten Verluste an Einwohnern gab es von 2010 auf 2011 wiederum in den ostdeutschen Flächenländern, wobei die Zahlen in Sachsen-Anhalt mit - 0,9 % und in Thüringen mit - 0,6 % am stärksten schrumpften. Nur der Stadtstaat Berlin (+ 1,2 %) konnte kräftig bei der Einwohnerzahl zulegen.

Sachsen-Anhalt und Berlin bilden die Extremwerte bezüglich der Bevölkerungsentwicklung und sind charakteristisch für sich in den letzten Jahren stabilisierende Entwicklungstrends: Die „Entleerung“ der ostdeutschen Flächenländer hält an; zeitgleich ist in vielen Großstädten die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren wieder deutlich gewachsen – das gilt vor allem in Bezug auf jüngere Menschen. Daraus resultierend stehen dort die Themen „Wohnraumknappheit“ und „bezahlbarer Wohnraum“ auf der Agenda.

Geburtenzahlen schrumpfen wieder

2011 kamen in Niedersachsen 61 280 Kinder zur Welt (Tab. 2). Das bedeutet gegenüber 2010 einen Rückgang um - 2,9 %, gegenüber 2006 sogar eine Abnahme von - 6,2 %. Das Plus von 1,5 % vom Jahr 2009 auf 2010

entpuppte sich somit nur als vorübergehende Ausnahme eines kontinuierlichen Rückgangs.

Niedersachsen folgte damit dem Bundestrend, doch fielen sowohl der kurz- als vor allem der mittelfristige Rückgang deutlich stärker aus.

Mit Ausnahme des Saarlandes (+ 0,3 %) sank die Zahl der Lebendgeborenen von 2010 auf 2011 in allen Bundesländern. Einen besonders hohen Rückgang gab es in den Küstenländern Schleswig-Holstein (- 5,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (- 5,2 %). Niedersachsen lag hier im Mittelfeld, aber im Fünfjahresvergleich ging die Geburtenzahl in keinem Bundesland so stark zurück wie in Niedersachsen. Für Sachsen und Thüringen sowie die Stadtstaaten Berlin und Hamburg waren hingegen mittelfristig deutliche Geburtenzuwächse zu verzeichnen.

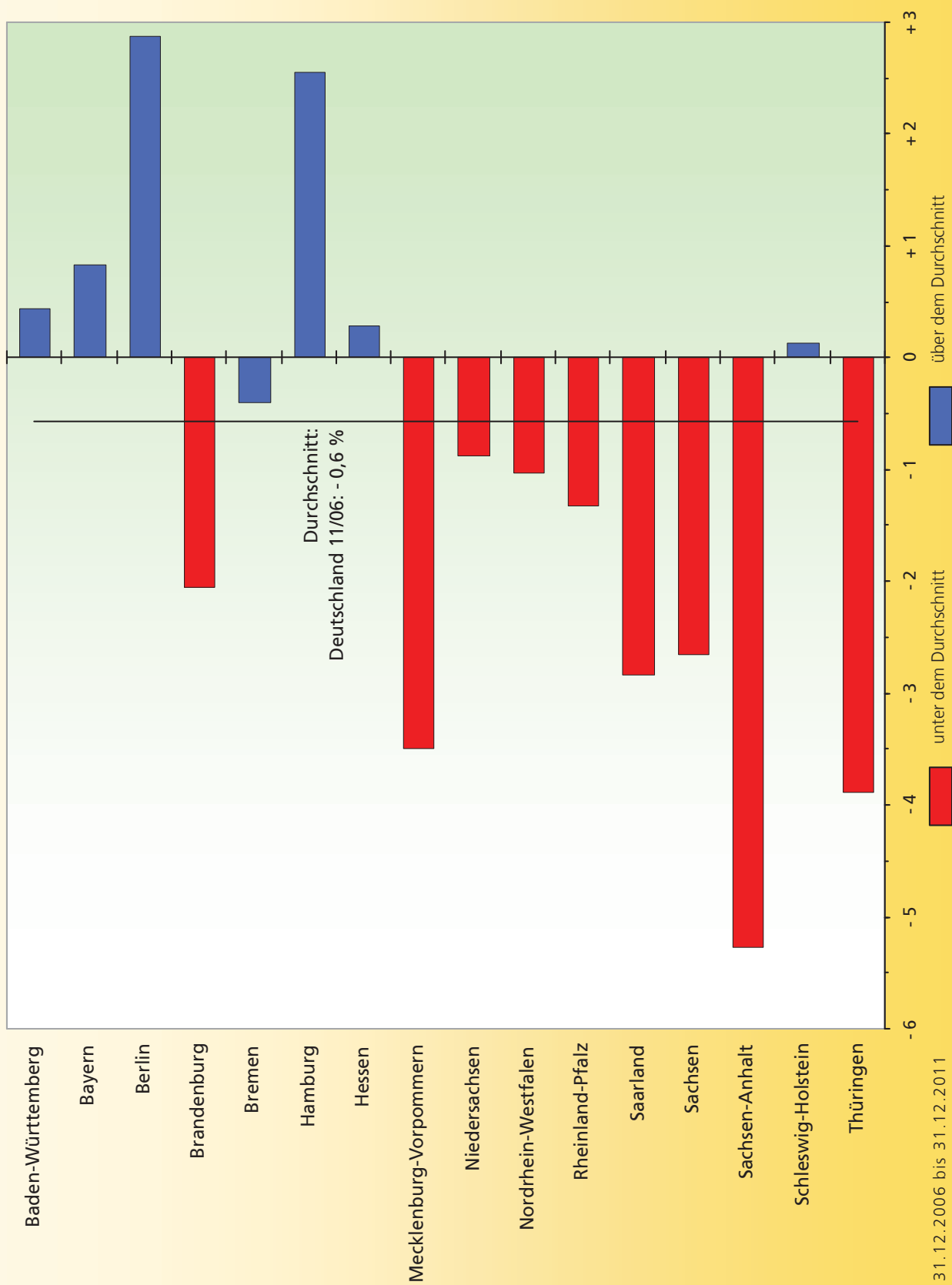
Die Geburtenhäufigkeit, d.h. die Zahl der Geburten je 1 000 Einwohner, nahm von 2010 auf 2011 in allen Bundesländern leicht ab. Hamburg und Berlin lagen mit Werten von 9,5 bzw. 9,4 deutlich an der Spitze. In Niedersachsen betrug der Wert 7,7 und war damit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,1. Der Abstand wurde so im Vergleich zum Vorjahr wieder größer.

Der Saldo der Geborenen und Gestorbenen ist für Niedersachsen und Deutschland insgesamt seit Jahren negativ, d.h., es sind jeweils mehr Menschen verstorben als Kinder geboren worden. In Niedersachsen, Bremen sowie Rheinland-Pfalz lag der Saldo je 1 000 Einwohner 2011 bei - 3,1 und in Deutschland bei - 2,3. Das Geburtendefizit fiel in Westdeutschland nur in Schleswig-Holstein und dem Saarland größer aus. Hamburg und Berlin wiesen als einzige Länder geringfügige Geburtenüberschüsse auf.

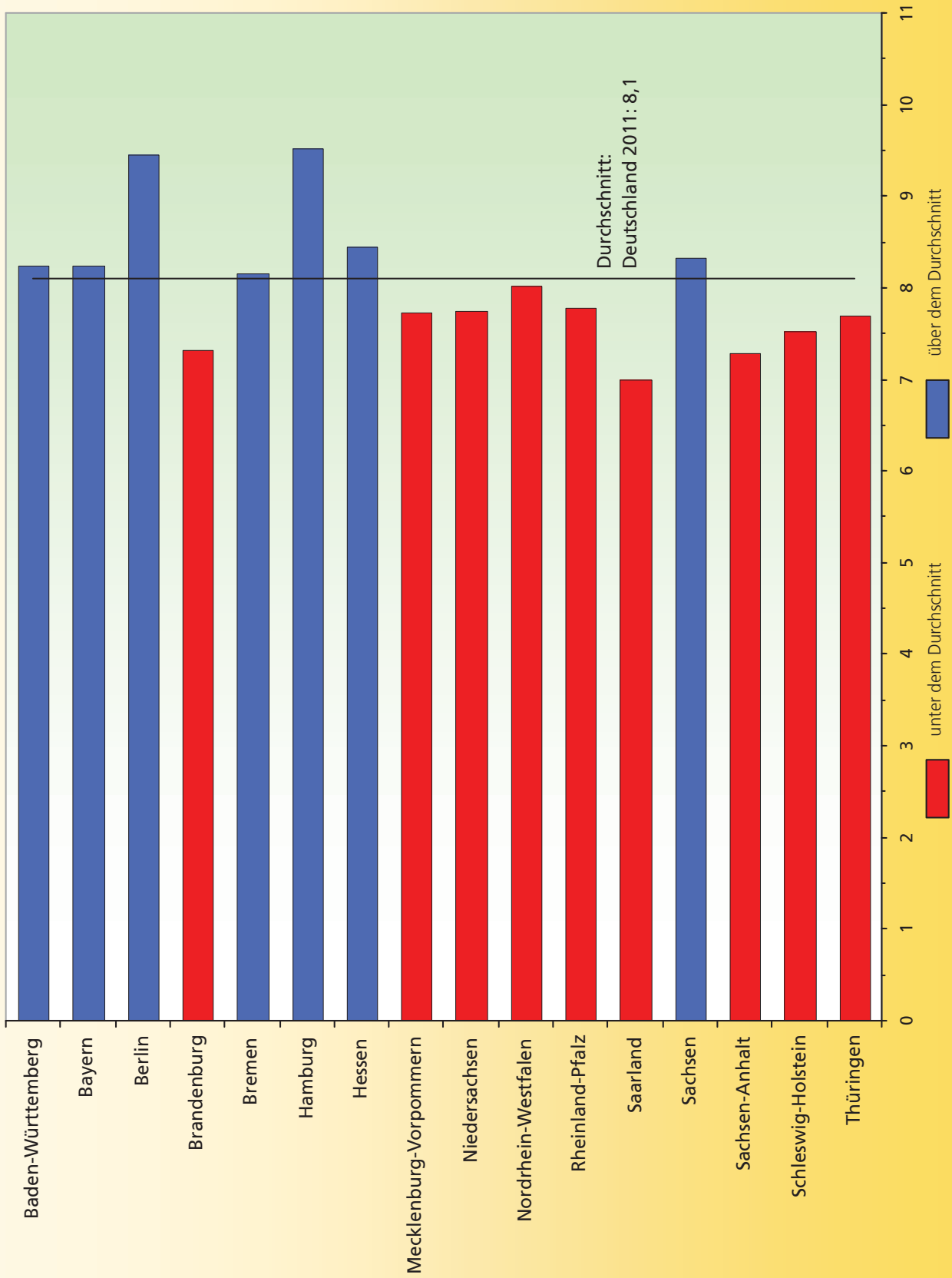
Stark unterdurchschnittliche Wanderungsgewinne

Der positive Wanderungssaldo (Tab. 3) von 19 236 Personen im Jahr 2011 konnte das Geburtendefizit – wie schon in den vergangenen Jahren – nicht ausgleichen. Niedersachsen lag mit einem Wanderungsgewinn von 2,4 je 1 000 Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt von 3,4 und blieb damit deutlich hinter Hessen (5,3) und Bayern (6,0) sowie seinen Nachbarn Bremen (4,1), Schleswig-Holstein (4,6) und Hamburg (6,8) zurück. Geringere Werte wiesen im Westen nur Rheinland-Pfalz und das Saarland auf. In den ostdeutschen Flächenländern haben sich mit Ausnahme Sachsen-Anhalts die Wanderungsverluste 2011 mindestens abgeschwächt; Brandenburg und Sachsen konnten im Saldo sogar gewinnen.

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2006 bis 2011



Lebendgeborene je 1 000 Einwohner 2011





Familie und Beruf

Bei der Betrachtung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen viele Faktoren eine Rolle, von denen im Folgenden einige der bedeutendsten beleuchtet werden. Dazu gehören u.a. die Zahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen, die Inanspruchnahme von Elterngeld sowie die Zahl der Alleinerziehenden. Auch die Zahl der Eheschließungen (Tab. 4) und der Ehescheidungen (Tab. 5) gibt Einblicke in die familiären Strukturen und deren Veränderungen im Zeitablauf.

Kinderbetreuungsquoten: Niedersachsen holt stark auf, ist aber noch unter dem Bundesdurchschnitt

In Niedersachsen lag die Betreuungsquote (Tab. 6) von unter Dreijährigen mit 18,6 % im Jahre 2011 weiterhin nur über der Quote von Nordrhein-Westfalen und 6,6 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (25,2 %). Der Abstand zum Durchschnitt in den westlichen Bundesländern von 19,8 % hat sich jedoch merkbar verringert. Dies spiegelt auch die deutliche Zunahme um das anderthalbfache auf 35 669 Kinder in der betrachteten Altersgruppe seit 2007 wider. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Anstieg rund + 17 %. In Ostdeutschland wurde fast die Hälfte der unter Dreijährigen in öffentlich geförderter Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen betreut; unabhängig von den historischen Gegebenheiten wuchs auch hier die Anzahl seit 2007 weiter an (+ 23,2 %).

Bei der Zahl der ganztägig betreuten Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren zeichnete sich 2011 ein ähnliches Bild ab wie bei den unter Dreijährigen (Tab. 7). Ganztagsbetreuung ermöglicht es zumeist beiden Elternteilen relativ problemlos, erwerbstätig zu sein. Auch hier liegt Niedersachsen mit 16,8 % nur an vorletzter Stelle. Der Abstand von 18,1 Prozentpunkten zum bundesdeutschen Durchschnitt von 34,9 % (West: 27,6 %) ist allerdings noch deutlicher als bei den Kleinkindern. In Ostdeutschland wurden 2011 mit 66,9 % zwei von drei Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren ganztägig betreut. Dennoch ist in Niedersachsen die Entwicklung der Anzahl der ganztägig betreuten Kinder weiterhin positiv, was für alle Bundesländer mehr oder weniger deutlich gilt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der betreuten Kinder um + 13,7 % auf 33 789 angestiegen (seit 2007: + 56,6 %).

Mehr Elterngeldbeziehende

Im Jahr 2011 wurden in Niedersachsen 74 617 Leistungsbezüge von Elterngeld beendet (Tab. 8). Dies waren + 2,4 % mehr als im Vorjahr, im Bundesdurchschnitt betrug die Steigerung + 2,7 % auf 814 487. Beinahe jeder fünfte

Leistungsbeziehende (19,2 %) ist männlich, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um + 0,7 Prozentpunkte. Nach der Einführung des Elterngeldes 2007 war dies der höchste Wert. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern lag Niedersachsen 2011 damit an neunter Stelle und unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 20,8 %.

Zudem stieg von 2010 zu 2011 auch der Anteil der beendeten Leistungsbezüge bei denjenigen, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren. Bei den Männern waren es 84,3 % (+ 4,6 Prozentpunkte) und bei den Frauen 59,6 % (+ 0,3 Prozentpunkte).

Zahl der Teilzeitarbeitsplätze in den letzten Jahren um rund ein Viertel gestiegen

Ein Mittel, Berufstätigkeit und Kinderbetreuung miteinander zu verbinden, ist oftmals die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten. In Niedersachsen ist die Anzahl der Teilzeitarbeitsplätze von 2006 bis 2011 um + 24,2 %, im Vergleich zu 2010 um + 5,9 % auf 541 000 gestiegen (Tab. 9). Darunter waren 456 000 Frauen, was einem Anteil von 84,3 % entspricht. Dieser hohe Wert liegt 1,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 82,5 %. Lediglich Bremen (79,4 %), Hamburg (77,2 %) und Berlin (71,7 %) wiesen Werte unterhalb von 80,0 % auf. In sämtlichen Bundesländern nahm der Frauenanteil seit 2006 ab (durchschnittlich - 1,6 Prozentpunkte), in Niedersachsen waren es - 2,4 Prozentpunkte.

Zahl der Alleinerziehenden leicht gestiegen

Nicht selten gestaltet sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alleinerziehende – in erster Linie Mütter – schwieriger als für Erziehende in traditionellen Familienstrukturen. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Alleinerziehenden seit 2010 und auch seit 2006 um + 1,1 % leicht an und lag 2011 bei ca. 2,67 Mio.

Niedersachsen ist 2011 mit rund 240 000 Alleinerziehenden (+ 0,8 % gegenüber dem Vorjahr) eines von sechs Bundesländern, die allesamt in Westdeutschland liegen, in denen die Zahl der Alleinerziehenden gegenüber 2010 leicht zugenommen hat (Tab. 10). Gemessen an je 10 000 Einwohnern blieb der Anteil in Niedersachsen mit 30 unverändert. Im Vergleich zu 2006 ist die Gesamtzahl in Niedersachsen um + 2,6 % gestiegen. Nur Schleswig-Holstein, Bayern und Hessen hatten eine geringere Steigerung. In sieben Bundesländern nahm die Zahl zum Teil deutlich ab, darunter sämtliche ostdeutsche Bundesländer mit durchschnittlich - 9,2 % und das Saarland.

Erwerbstätigkeit

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes verlief 2011 wie schon im Vorjahr weiterhin positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stiegen gegenüber 2010 an – in Niedersachsen sogar überdurchschnittlich stark. Die Arbeitslosenzahlen waren im Juni 2012 weiter rückläufig.

Mehr Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Größere Zuwächse in Niedersachsen

Von allen Einwohnern Niedersachsens waren im Jahr 2011 nach Angaben des Mikrozensus 3,78 Mio. Menschen erwerbstätig (Tab. 11). Darunter waren 10,1 % Selbstständige. Sowohl gegenüber 2006 (+ 8,8 %) als auch gegenüber dem Vorjahr (+ 2,8 %) ist die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen. Niedersachsen liegt mit diesen Zuwächsen über dem deutschlandweiten Schnitt (+ 6,8 % bzw. + 2,4 %). Im gesamten Bundesgebiet waren 39,87 Mio. Personen erwerbstätig.

Trotz dieser überdurchschnittlichen Entwicklungen blieb der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in Niedersachsen leicht unterdurchschnittlich (Tab.12). Die Erwerbstätigenquote der Männer betrug 76,9 % (Deutschland: 77,1 %) und die der Frauen 66,5 % (67,6 %). Beide Quoten nahmen im Vergleich zum Vorjahr um + 1,6 Prozentpunkte zu. Leicht rückläufig war im Ländervergleich nur die Erwerbstätigenquote der Frauen in Mecklenburg-Vorpommern (- 0,3 Prozentpunkte). In Ostdeutschland waren die Frauen bei einer Quote von 69,3 % häufiger erwerbstätig als in Westdeutschland (67,1 %).

Gleichzeitig nahm in Niedersachsen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die hier anders als die Erwerbstätigen nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt werden, mittel- und kurzfristig deutlich zu (Tab. 13). Ende Juni 2011 gingen in Niedersachsen rund 2,53 Mio. Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Seit Juni 2010 stieg dieser Wert in Niedersachsen im Ländervergleich mit + 3,1 % am stärksten an. Der Zuwachs gegenüber 2006 betrug + 9,1 %. Die Beschäftigtenzahlen entwickelten sich in ganz Deutschland gegenüber 2006 (+ 7,7 %) und 2010 (+ 2,4 %) durchweg positiv auf zuletzt insgesamt 28,38 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug in Niedersachsen im Juni 2011 45,0 %. Der Frauenanteil lag in den ostdeutschen Län-

dern (49,7 %), in Schleswig-Holstein (47,5 %) und in Hamburg (46,3 %) über dem Deutschlandwert (45,9 %).

Sinkende Arbeitslosenquote

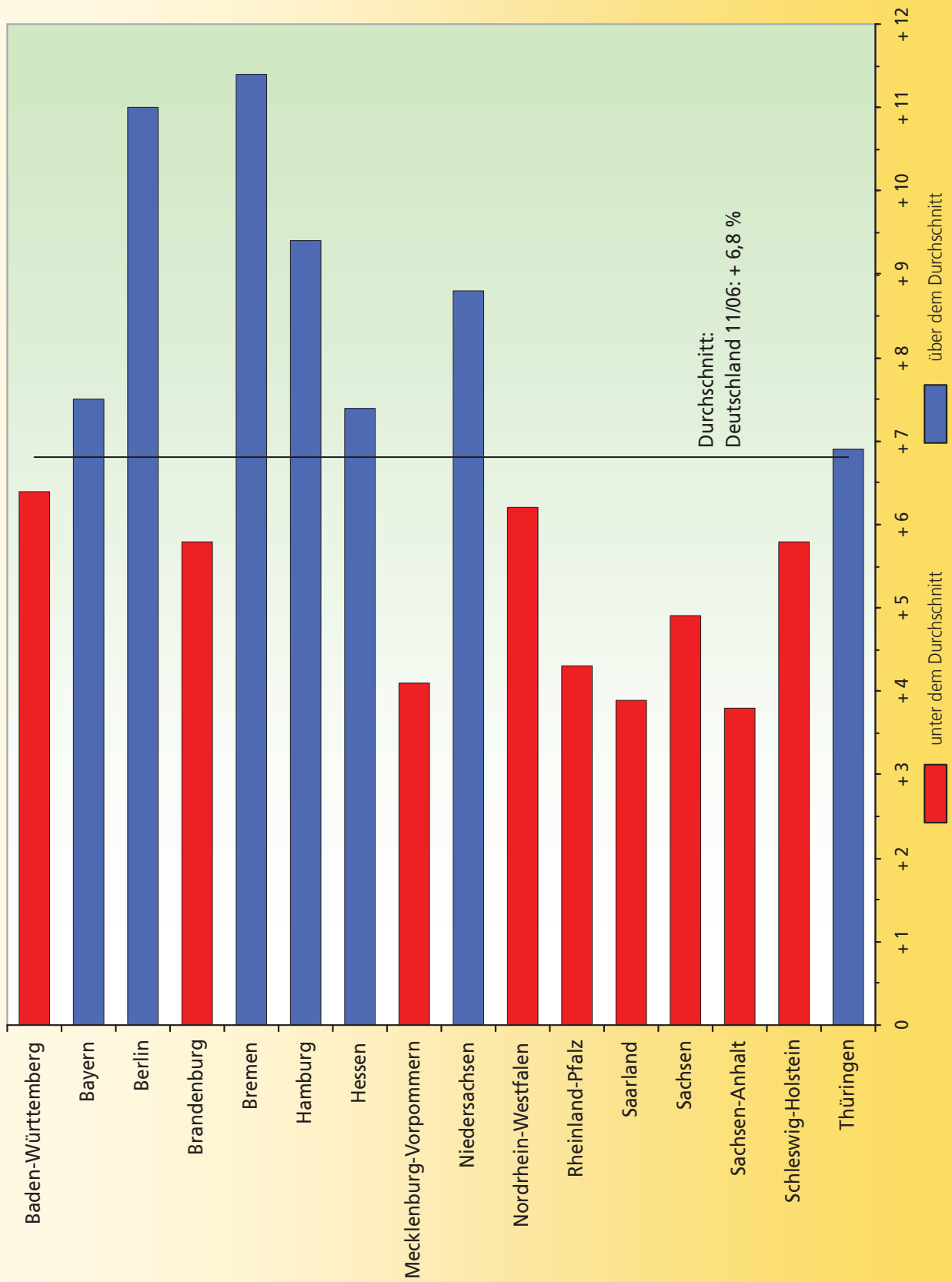
253 125 Personen waren im Juni 2012 in Niedersachsen arbeitslos gemeldet (Tab. 14). Die Arbeitslosenquote betrug damit 6,2 %, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von - 0,5 Prozentpunkten entspricht. Deutschland wies mit rund 2,81 Mio. Arbeitslosen eine etwas höhere Arbeitslosenquote von 6,6 % (2011: 6,9 %) auf. Die Werte lagen im Ländervergleich zwischen 3,4 % in Bayern und 12,0 % in Berlin. Beide Zahlen verdeutlichen das Süd-Nord-Ost-Gefälle bei den Arbeitslosenquoten mit den höchsten Werten von durchschnittlich 10,3 % in Ostdeutschland. Allerdings sank die Anzahl der Arbeitslosen hier gegenüber Juni 2011 am stärksten: Einen überdurchschnittlichen Rückgang (Deutschland: - 2,9 %) verzeichneten neben den ostdeutschen Ländern (mit Ausnahme Sachsen-Anhalts) Niedersachsen, Hessen und Schleswig-Holstein. Einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen gab es in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Die niedersächsische Arbeitslosenzahl sank im Vorjahresvergleich um - 5,3 % und gegenüber 2007 um - 24,9 %. Mittelfristig sind die Zahlen in allen Bundesländern im zweistelligen Prozentbereich gesunken (Deutschland: - 23,5 %).

Auch wer in der Arbeitslosenstatistik z.B. aufgrund einer Teilnahme an einer Trainingsmaßnahme nicht als arbeitslos gezählt wird, wird in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen. Um ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung zu ermöglichen, veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit ergänzend die Unterbeschäftigungsquote. Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gelten, weil sie Teilnehmer einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die regionale Struktur der Unterbeschäftigungsquote entspricht im Wesentlichen der der Arbeitslosenquote. In Niedersachsen lag die Unterbeschäftigungsquote mit 8,3 % um - 0,5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (8,8 %).

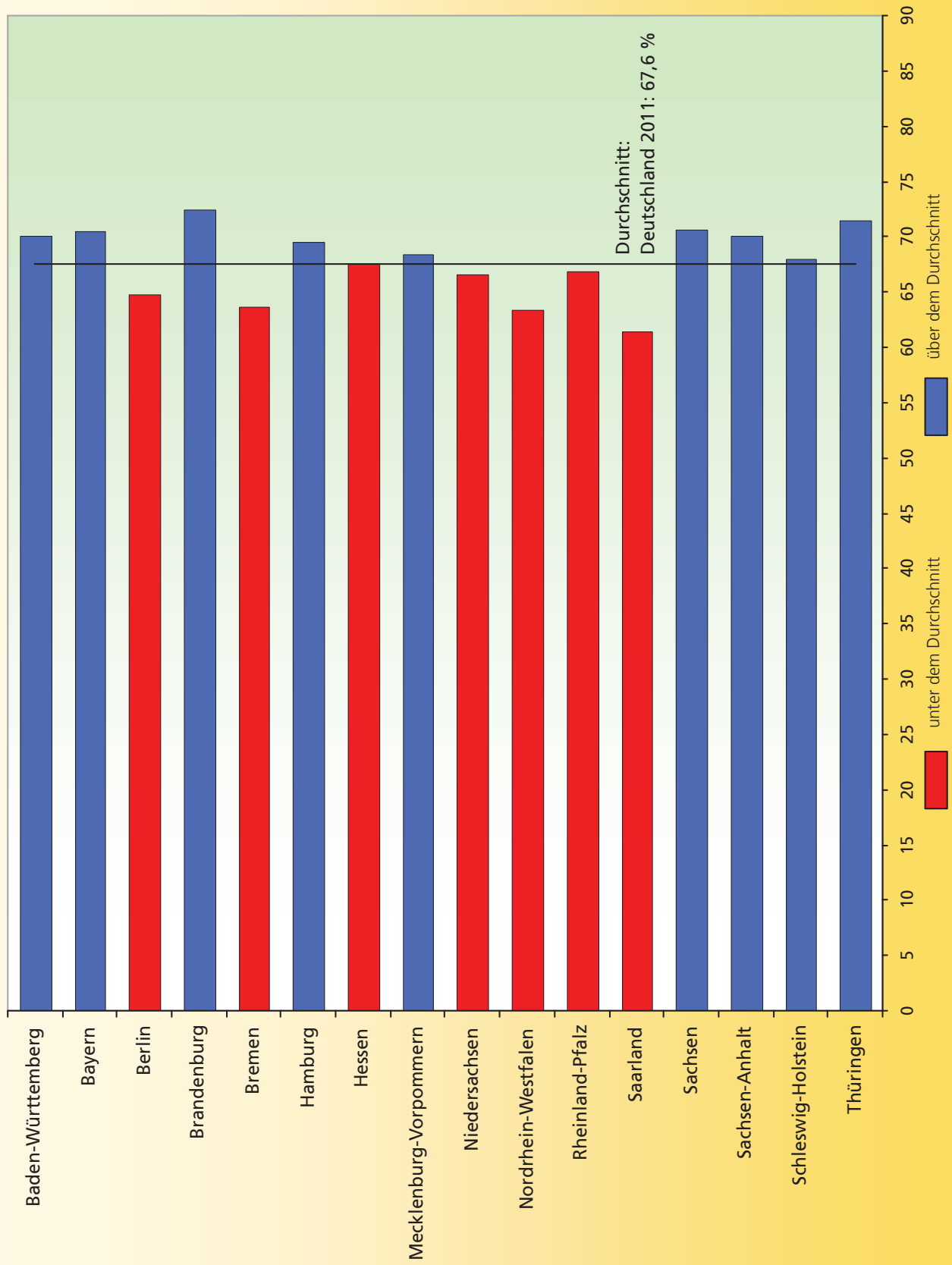
Jugendarbeitslosigkeit geringer als im Durchschnitt

Die Jugendarbeitslosigkeit fiel im Juni 2012 niedriger aus als die generelle Arbeitslosigkeit (Tab. 15). In Niedersachsen waren 23 340 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos, was einer Arbeitslosenquote von 5,2 % entspricht (Deutschland: 5,5 %). Während die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen seit 2011 bundesweit leicht anstieg (+ 0,3 %), sank sie in Niedersachsen um - 3,7 %.

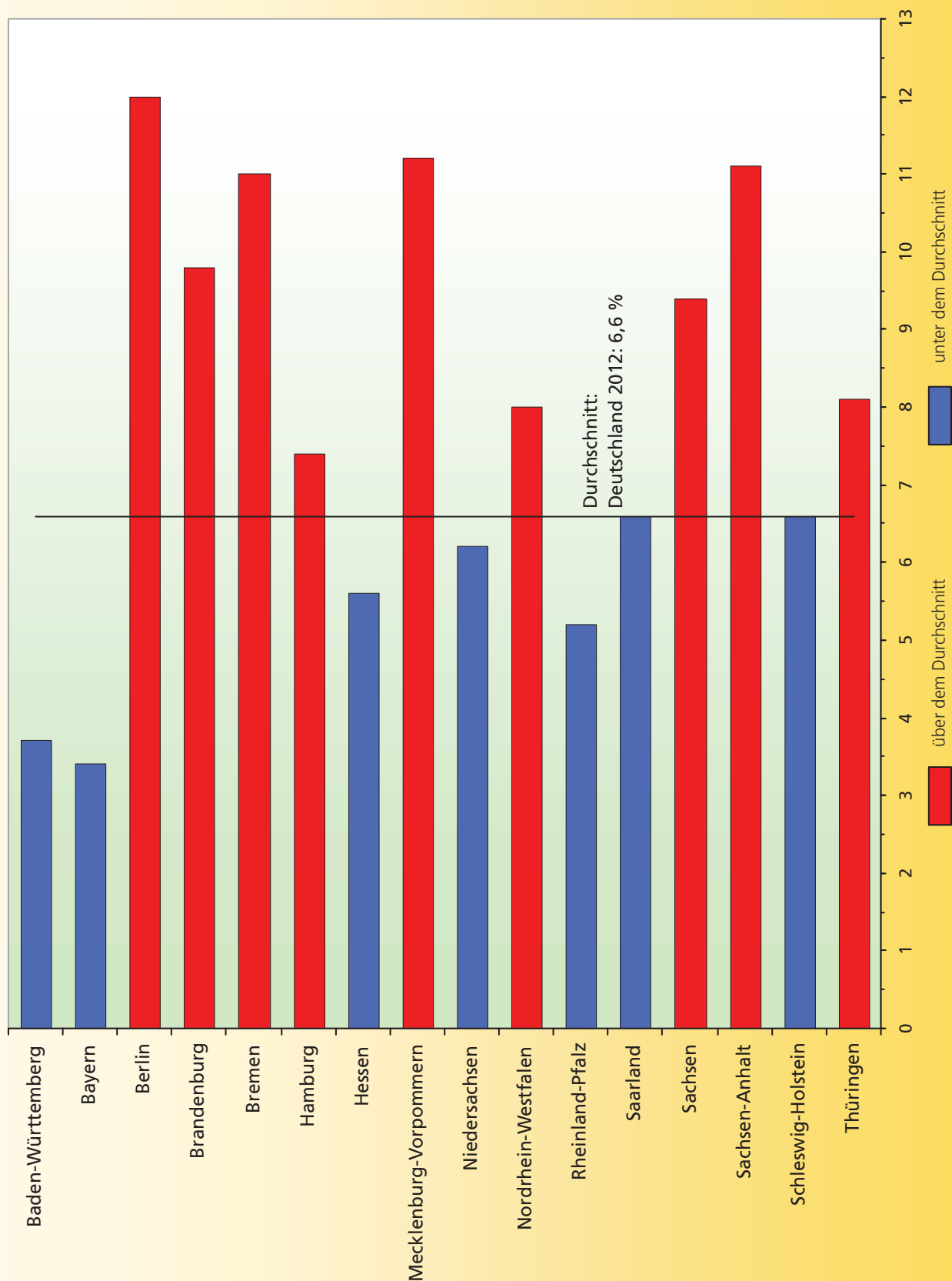
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2006 bis 2011



Erwerbstätigenquote von Frauen 2011



Arbeitslosenquote im Juni 2012



Wirtschaft und Einkommen

Wirtschaftsleistung mit positiver Entwicklung

Auch im zweiten Jahr nach dem globalen Konjunkturéinbruch zeigte die niedersächsische Wirtschaft eine positive Entwicklung. Das niedersächsische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im Jahr 2011 real um + 3,3 % gegenüber 2010 und lag damit um 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von + 3,0 % (Tab. 16). Noch stärker als in Niedersachsen legte das BIP in Baden-Württemberg (+ 4,3 %), im Saarland (+ 4,1 %), in Bremen (+ 3,9 %) und in Thüringen (+ 3,4 %) zu. Nordrhein-Westfalen hatte wie im Vorjahr den höchsten Anteil mit 22,1 % am gesamtdeutschen BIP. Der Anteil Niedersachsens betrug 8,7 %.

Niedersachsen zeigt in Hinblick auf das BIP eine dynamische Entwicklung. Im Vergleich zum Jahr 2008 stieg das niedersächsische BIP um + 4,1 %. Nur Berlin (+ 4,5 %) konnte in diesem Zeitraum einen relativ höheren Zuwachs erreichen. Die Zeitreihe ist hier nur bis zum Jahre 2008 beschränkt, da Revisionsarbeiten zu früheren Daten bis Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen waren.

Zahl der Erwerbstätigen weiter zunehmend

Die Zahl der Erwerbstätigen, die aus der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hervorgeht, erreichte im Jahr 2011 in Niedersachsen eine Höhe von knapp 3,8 Mio., eine Zunahme von + 1,6 % gegenüber dem Vorjahr (Tab. 17). Gezählt werden hier alle im Bundesland erwerbstätigen Personen; der Wohnort kann dabei auch außerhalb Niedersachsens liegen. Der Bundesdurchschnitt lag bei einem Anstieg von + 1,3 %. Mittelfristig von 2006 zu 2011 konnte Niedersachsen seine Erwerbstätigenzahl mit + 6,1 % relativ stärker steigern als das Mittel über die Bundesländer mit + 4,9 %. Die niedersächsischen Erwerbstätigen erwirtschafteten 2011 knapp 60 000 Euro Bruttoinlandsprodukt je Kopf (Tab. 16). Auf Bundesebene lag der Durchschnitt bei rund 63 000 Euro.

Steigende Bruttowertschöpfung

Die Entwicklung in Niedersachsen verlief in den drei Sektoren Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (Primärsektor), Produzierendes Gewerbe (Sekundärsektor) sowie dienstleistende Wirtschaftsbereiche (Tertiärsektor) im Jahr 2011 positiv (Tab. 18 bis 20).

Der niedersächsische Primärsektor konnte seine Bruttowertschöpfung (BWS) gegenüber dem Jahr 2010 auf ei-

nen Wert von knapp 3,6 Mrd. Euro erhöhen; dies entsprach einer preisbereinigten – realen – Wachstumsrate von + 6,4 %. Nur die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wiesen für 2011 eine negative Entwicklung der BWS aus. Der Anteil der niedersächsischen Primärsektor-BWS an der gesamt-niedersächsischen BWS betrug 1,8 %. Der Bundesdurchschnitt belief sich auf 1,0 %. Über diese niedrigen Werte hinaus sind die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei als Grundlage der Nahrungsindustrie und Landschafts- und Kulturpflege in Niedersachsen von besonderer Bedeutung.

Der niedersächsische Sekundärsektor erzielte 2011 eine BWS von knapp 63 Mrd. Euro. Preisbereinigt entspricht dies einem Zuwachs von + 6,0 % gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: + 5,5 % auf 689 Mrd. Euro). Der Industriesektor hatte damit einen Anteil von fast einem Drittel (31,3 %) der BWS der Gesamtwirtschaft. Der Bundesdurchschnitt lag 2011 bei 30,0 %. Die größten Anteile hatten Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Auf Ostdeutschland entfielen lediglich 13,5 %.

Die BWS erreichte im dienstleistenden Wirtschaftsbereich im Jahr 2011 ein Volumen von 134 Mrd. Euro, ein Plus von 2,0 % (real) gegenüber 2010. Der durchschnittliche Zuwachs auf Bundesebene lag mit + 1,9 % nur leicht darunter. Auch hier hatten Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg die größten Anteile. Je Erwerbstätigen wurde in Niedersachsen eine BWS von 48 380 Euro erzielt. Im Bundesdurchschnitt lag diese um 3 872 Euro darüber.

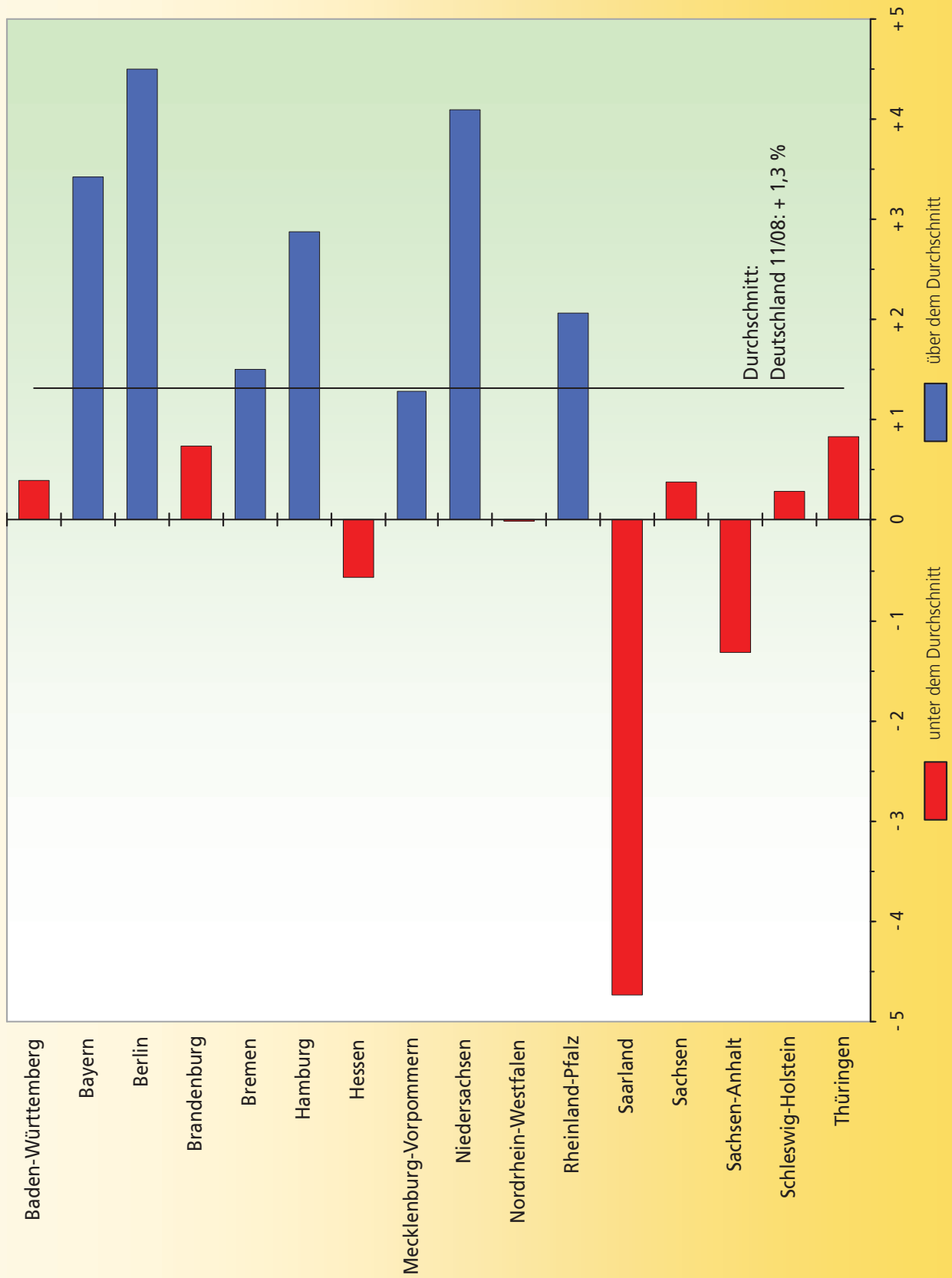
Unternehmensinsolvenzen nehmen weiter ab

Die Unternehmensinsolvenzen gingen in Niedersachsen im Jahr 2011 weiter zurück. Gegenüber dem Vorjahr sank deren Zahl um - 1,4 % auf 2 472 (Tab. 21). Im Vergleich dazu sind in Deutschland die Unternehmensinsolvenzen 2011 um - 5,9 % gesunken. Bei Betrachtung der letzten fünf Jahre nahm die Zahl der Insolvenzen in Niedersachsen um ein Sechstel (- 17,6 %) und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (- 11,8 %) ab.

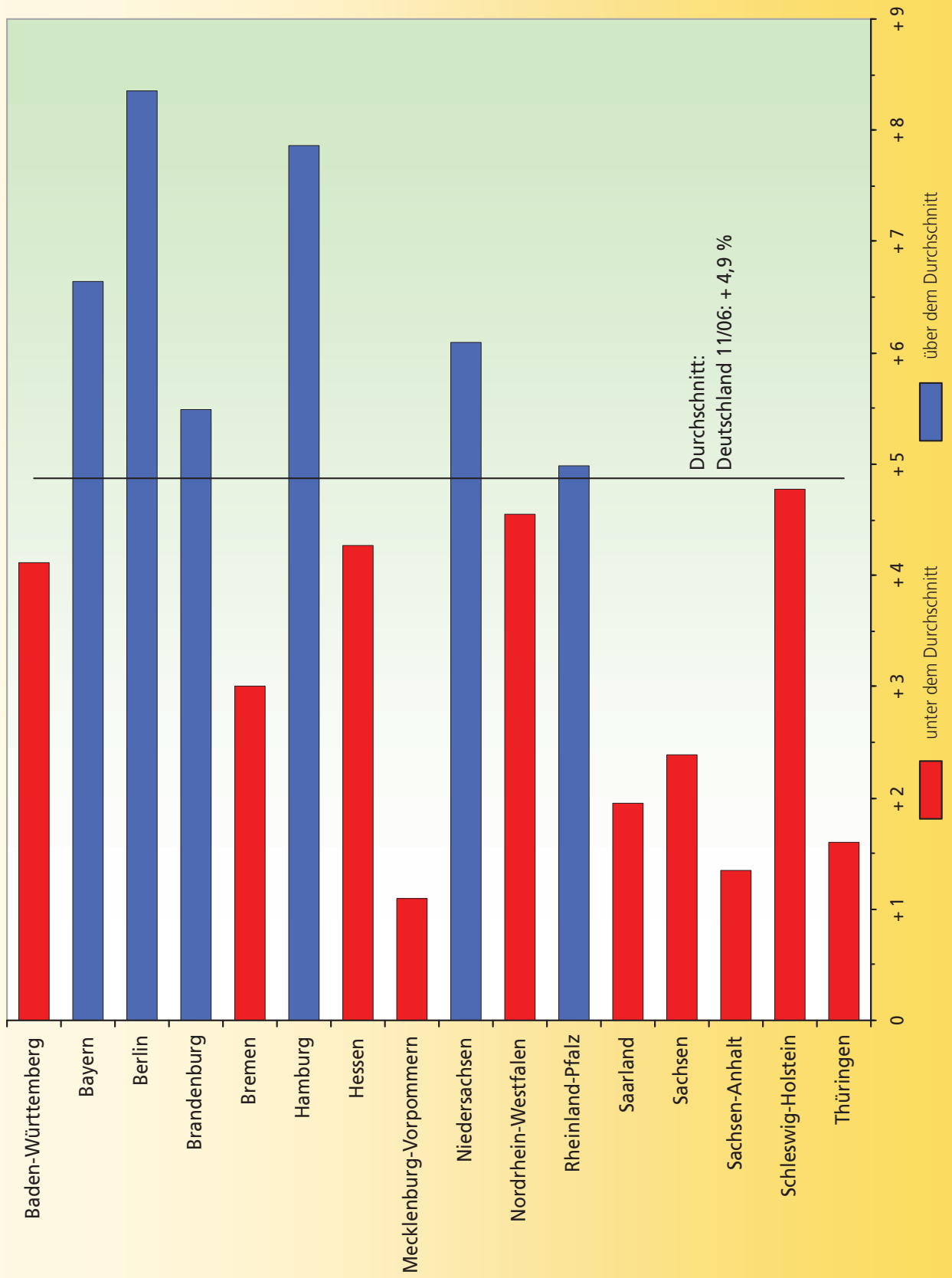
Starke Struktur von kleineren und mittleren Unternehmen

Im Jahr 2010 gab es in Niedersachsen 267 799 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, 1,0 % mehr als im Vorjahr (Tab. 22). Der Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU mit weniger als 50 Mio. Euro Jahresumsatz) betrug 99,6 % (Bund: 99,7 %).

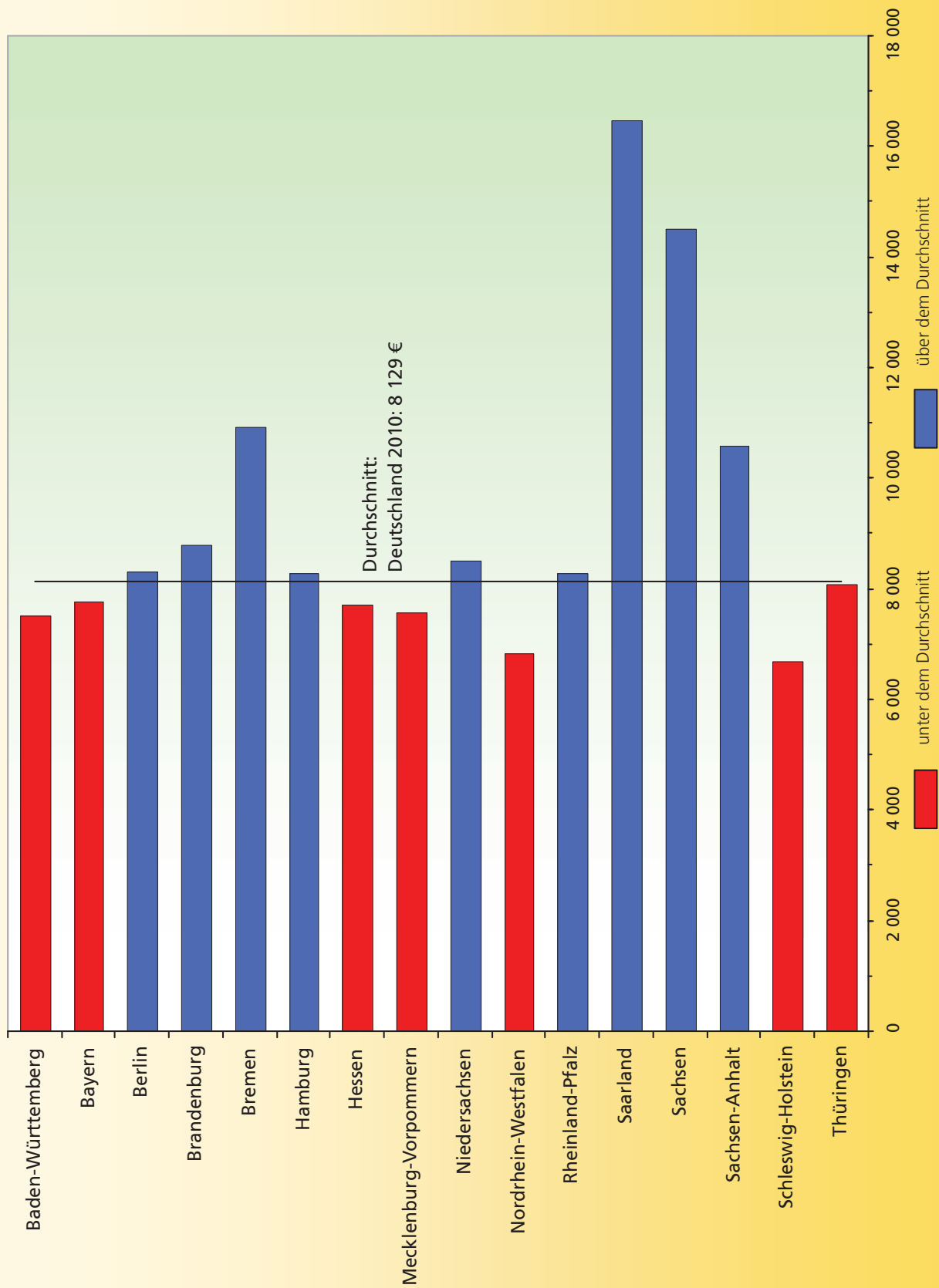
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2008 bis 2011 in Prozent



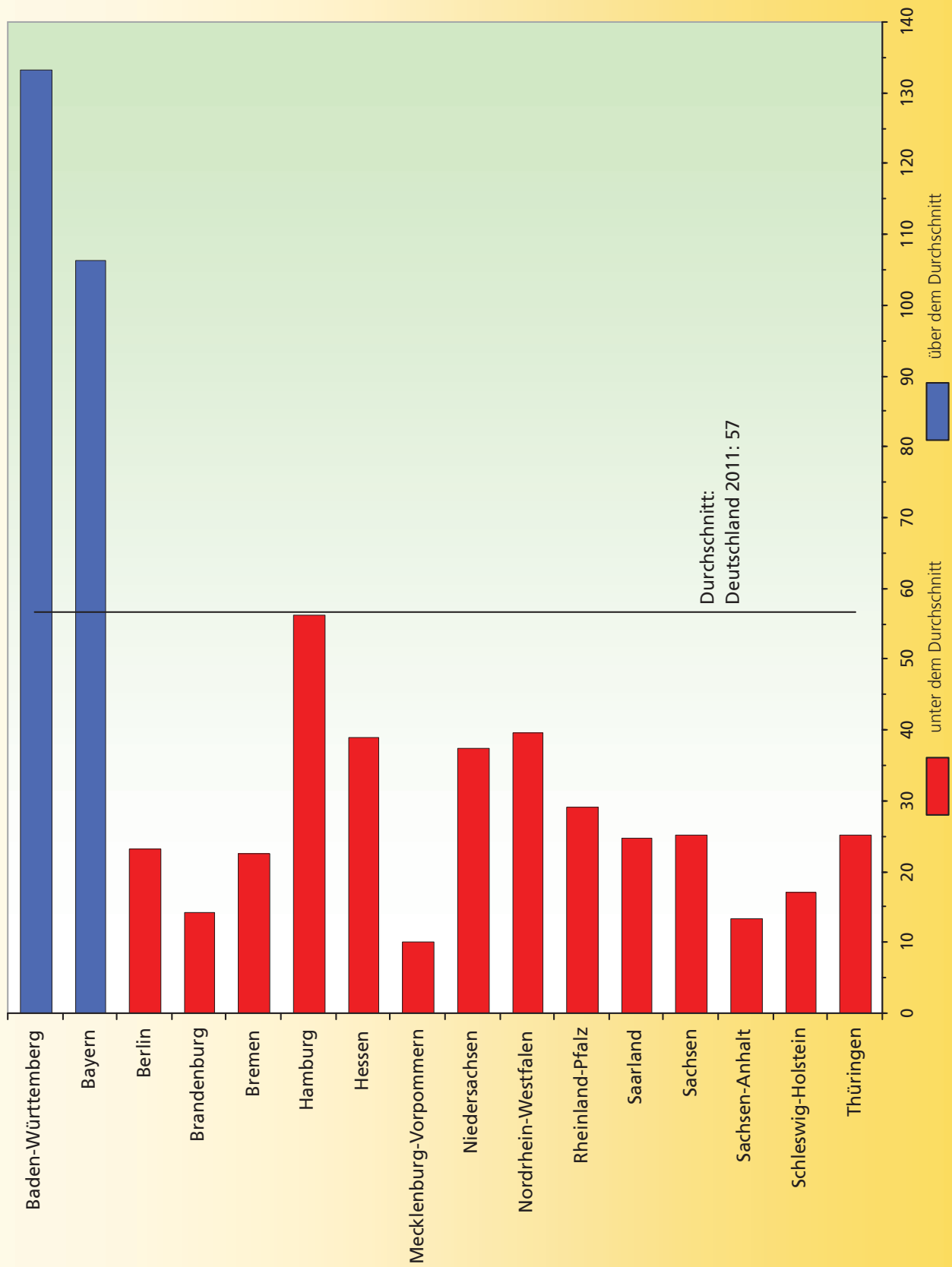
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2006 bis 2011



Investitionen in Euro je tätiger Person 2010
 - Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2011



Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Niedersachsen erzielten 2010 Lieferungen und Leistungen in Höhe von rund 456 Mrd. Euro; das entspricht einer Steigerung um + 6,7 % im Vergleich zum Vorjahr (Tab. 23). Der Anteil der KMU an den Lieferungen und Leistungen betrug 40,5 %. Damit ist die KMU-Struktur in Niedersachsen etwas stärker ausgeprägt als in Deutschland insgesamt (37,8 %).

Positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe hält an

Die Unternehmen im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden konnten im Jahr 2011 die positive Entwicklung des Vorjahres fortsetzen. Der Gesamtumsatz lag bei 192 Mrd. Euro und entspricht einem Plus von 13,7 % gegenüber 2010 (Tab. 24). Der Anteil Niedersachsens am bundesdeutschen Gesamtumsatz lag bei 11,0 %. Insgesamt stieg der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland um + 11,1 % auf 1,7 Billionen Euro.

Der Umsatz je erwerbstätiger Person lag in Niedersachsen bei rund 383 000 Euro und damit um knapp 87 000 Euro über dem deutschen Mittelwert.

Das niedersächsische Bauhauptgewerbe erwirtschaftete im Jahr 2011 einen Gesamtumsatz von knapp 10,4 Mrd. Euro, ein Plus von 13,3 % gegenüber 2010 (Tab. 25). Auf Bundesebene verlief die Entwicklung analog. Der Zuwachs betrug + 12,5 % auf 93 Mrd. Euro im Vergleich zu 2010. Hieran hatte Niedersachsen einen Anteil von 11,1 %.

Tourismus mit Wachstum

Im Jahr 2011 verbuchten die niedersächsischen Beherbergungsbetriebe und Tourismus-Campingplätze insgesamt 39,4 Mio. Übernachtungen (Tab. 26), ein Plus von 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern (- 0,2 %) hatten alle Bundesländer Zuwachsraten. Bundesweit lag die Zunahme bei + 3,6 % auf 394 Mio. Euro. Wie im Vorjahr verzeichneten Berlin (+ 7,5 %), Hamburg und Bremen (jeweils + 6,5 %) die relativ höchsten Zuwachsraten, ein Indiz für die anhaltende Attraktivität des Städtetourismus. Bei den Übernachtungen ausländischer Gäste erreichte Niedersachsen 2011 einen Anteil von 8,5 %. Auf Bundesebene lag dieser Anteil mit 16,2 % fast doppelt so hoch. Besonders Berlin (41,4 %), Rheinland-Pfalz (25,0 %) und Hamburg (21,4 %) waren bei Gästen aus dem Ausland gefragte deutsche Reiseziele. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag in Niedersachsen bei 3,2 Tagen, im Bundesdurchschnitt bei 2,7 Tagen.

Verfügbares Einkommen stagnieren

Revisionsbedingt liegen bisher keine über das Jahr 2009 hinaus gehenden Daten über das verfügbare Einkommen vor. Jedem niedersächsischen Einwohner stand im Jahr 2009 ein Einkommen von 18 431 Euro zur Verfügung; das waren 552 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt (Tab. 27). Im Vergleich zu 2008 bedeutete dies keine Veränderung. Bundesweit ging das verfügbare Einkommen im gleichen Zeitraum um - 0,7 % zurück.

Bruttoverdienste steigen, Abstand zwischen Frauen und Männern steigt

Die niedersächsischen Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich erzielten im Jahr 2011 einen durchschnittlichen Bruttoverdienst von 41 999 Euro (Tab. 28). Gegenüber 2010 entsprach dies einer Erhöhung um + 3,3 %. Auf Bundesebene wurden bei gleicher Zuwachsrate 43 929 Euro realisiert. In Niedersachsen vollzeitbeschäftigte Frauen erreichten im Jahr 2011 nur 81,0 % des Bruttojahresverdienstes der vollzeitbeschäftigten Männer. Im Vorjahr hatte dieser Anteil noch bei 81,4 % gelegen. Auch im Bundesdurchschnitt war eine ähnliche Entwicklung zu erkennen.

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe rückläufig

Das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden tätigte im Jahr 2010 Bruttoausgaben in Höhe von knapp 4,2 Mrd. Euro; das war ein Rückgang um - 7,8 % gegenüber 2009 (Tab. 29). Im Bundesdurchschnitt nahmen die Investitionen leicht um + 0,8 % auf etwa 46,5 Mrd. Euro zu. Im mittelfristigen Vergleich erhöhte sich das Investitionsvolumen in Niedersachsen um + 0,4 %, während es auf Bundesebene um + 2,1 % zulegte. Die Bruttoausgaben je tätiger Person beliefen sich im Jahr 2010 in Niedersachsen auf 8 509 Euro. Der Bundesdurchschnitt lag um 380 Euro niedriger.

Leichtes Plus bei Patentanmeldungen

Im Jahr 2011 wurden in Niedersachsen 2 969 Patente angemeldet, + 1,0 % mehr als im Vorjahr (Tab. 30). Dagegen gingen die Patentanmeldungen in Deutschland um - 1,4 % auf 46 370 zurück. Wie im Vorjahr wurden die meisten Patente in Baden-Württemberg und Bayern eingetragen. Diese beiden Länder machten knapp 60 % aller Eintragungen im Jahr 2011 aus. Zur Beurteilung der Patentanmeldungsintensität können die Anmeldungen je 100 000 Einwohner herangezogen werden. Diese Kenngröße lag in Niedersachsen bei 37, im Bundesdurchschnitt bei 57.



Globalisierung

Ausfuhr weiter im Aufwind

Im Jahr 2011 hat der niedersächsische Export seine positive Entwicklung fortgesetzt. Im Vergleich zu 2010 nahm das Ausfuhrvolumen um + 14,4 % auf 75,3 Mrd. Euro zu (Tab. 31). Der Anstieg lag damit über der durchschnittlichen bundesweiten Zunahme von + 11,4 %. Das gesamtdeutsche Exportvolumen erreichte knapp 1,1 Billionen Euro. Niedersachsen hatte einen Anteil von 8,7 % an der deutschen Ausfuhrmenge. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das Bundesland mit dem höchsten Ausfuhranteil (20,4 %), gefolgt von Baden-Württemberg (19,9 %) und Bayern (18,5 %). Knapp 90 % aller Ausfuhrungen wurden aus den westdeutschen Bundesländern getätigt.

Einfuhr steigt um knapp 15 %

Der Wert der nach Niedersachsen importierten Waren wuchs im Jahr 2011 um + 14,6 % gegenüber 2010 und erreichte ein Volumen von 83,2 Mrd. Euro (Tab. 32). Bundesweit war der Zuwachs mit + 13,2 % etwas geringer. Das Importvolumen lag bei 907 Mrd. Euro. Analog zur Ausfuhr war Nordrhein-Westfalen auch bei der Einfuhr das Bundesland mit dem höchsten Volumen (204 Mrd. Euro) und einem Anteil von 23,2 % an der gesamtdeutschen Einfuhr; Niedersachsen erreichte 9,5 %.

Bei der mittelfristigen Betrachtung über die Jahre 2006 bis 2011 steigerte Niedersachsen seinen Import um mehr als ein Viertel (+ 27,3 %). Die stärksten relativen Zuwächse verzeichneten vor allem die ostdeutschen Länder, Brandenburg (+ 68,5 %), Sachsen-Anhalt (+ 54,5 %) und Sachsen (+ 47,8 %). Auf Bundesebene lag die Zunahme bei + 23,0 %.

Auslandsinvestitionen wieder ansteigend

Nach der Rezession 2009 investierten niedersächsische Unternehmen wieder vermehrt im Ausland. Im Jahr 2010 wurde ein Investitionsvolumen von knapp 64,6 Mrd. Euro erreicht; gegenüber 2009 entspricht dies einer Wertzunahme von + 9,4 % (Tab. 33). Niedersachsen lag damit auf der Höhe des Bundesdurchschnitts von + 9,2 %. Der gesamtdeutsche Bestand an Auslandsinvestitionen belief sich auf 1 Billion Euro. Bei den Investitionen im Ausland ist Nordrhein-Westfalen das führende Bundesland mit 282 Mrd. Euro, gefolgt von Bayern (222 Mrd. Euro) und Baden-Württemberg (knapp 164 Mrd. Euro). Von 2005 bis 2010 erhöhten niedersächsische Unternehmen ihre Auslandsinvestitionen um nahezu die Hälfte (+ 48,8 %); ebenso hoch fiel der Bundesdurchschnitt (+ 49,0 %) aus.

Investitionen aus dem Ausland nehmen wieder zu

Ausländische Unternehmen investierten im Jahr 2010 wieder vermehrt in Niedersachsen. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Zuwachs + 9,1 % und erreichte einen Umfang von 27,3 Mrd. Euro (Tab. 34). Damit entwickelten sich die Auslandsinvestitionen dynamischer als der Bundesdurchschnitt mit einer Zunahme um + 4,6 %. Insgesamt wurden von ausländischen Unternehmen knapp 700 Mrd. Euro in Deutschland investiert. Davon entfielen 27,1 % auf Nordrhein-Westfalen, 16,8 % auf Hessen und 16,3 % auf Bayern. Niedersachsen hatte einen Anteil von 3,9 %. Von 2005 bis 2010 legten die Investitionen in Niedersachsen um + 71,1 % zu, im Bundesdurchschnitt um + 29,0 %.

Verarbeitendes Gewerbe wächst im Ausland

Das niedersächsische Verarbeitende Gewerbe erzielte im Jahr 2011 einen Zuwachs im Ausland von + 14,5 % gegenüber dem Vorjahr (Tab. 35). Das Volumen stieg auf rund 85 Mrd. Euro. Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland erwirtschaftete im Ausland einen Umsatz von knapp 776 Mrd. Euro, ein Zuwachs von + 11,0 % gegenüber 2010.

Der im Ausland generierte Umsatz hatte einen Anteil am Gesamtumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes von 44,2 % und entsprach damit dem Bundesdurchschnitt von 44,3 %.

Wanderungssaldo weiter positiv

Im Jahr 2011 kamen 23 670 Personen mehr aus dem Ausland nach Niedersachsen als aus Niedersachsen ins Ausland weggezogen (Tab. 36). Der Wanderungssaldo lag für Deutschland bei + 279 207 Personen. In allen Bundesländern sind positive Wanderungssalden festzustellen, wobei diese in Bayern (+ 60 579), Nordrhein-Westfalen (+ 52 575) und Baden-Württemberg (+ 40 404) am deutlichsten ausfielen. Auch im Fünfjahresvergleich zeigt sich in allen Bundesländern ein positiver Saldo. Als Indikator für die Wanderungsintensität wird die Anzahl der Wanderungen je 1 000 Einwohner herangezogen. Diese lag im Jahr 2011 in Niedersachsen bei 3,0 und auf Bundesebene bei 3,4. Am höchsten war sie in Berlin mit 6,9, in Bremen mit 4,9 sowie in Bayern und Hessen mit jeweils 4,8. Bis auf Sachsen-Anhalt hat in sämtlichen Bundesländern die Intensität gegenüber dem Vorjahr zugenommen.



Finanzen

Neue Darstellungsweise

Seit dem Ende der 1980er Jahre verlagern Bund, Länder und Kommunen zunehmend Teile ihres Wirkungskreises in ausgegliederte Einheiten, die in der amtlichen Statistik als öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (kurz FEU) bezeichnet werden. Beispiele hierfür können kommunale Entsorgungsbetriebe in einer privaten Rechtsform, IT-Dienstleister als Landesbetriebe oder auch Fonds wie die Klosterkammer in Niedersachsen sein. Diese Einheiten wurden schon seit den 1990er Jahren in das Berichtssystem der öffentlichen Finanzen in der amtlichen Statistik einbezogen, sofern sie mehrheitlich von der öffentlichen Hand kontrolliert werden und der Hauptsitz in Deutschland liegt. Als weiteres Kriterium für die Einordnung von Fonds, Einrichtungen und Unternehmen kommt seit dem Jahr 2010 die Zugehörigkeit zum Staatssektor gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) hinzu. Demnach gehört eine Einheit zum Staatssektor, wenn sie gemäß der obigen Definition öffentlich bestimmt und gleichzeitig kein Marktproduzent ist. Als Marktproduzent würde eine FEU-Einheit gelten, wenn mehr als 50 % der Produktionskosten durch marktübliche Entgelte gedeckt sind (wie typischerweise bei einem kommunalen Entsorgungsunternehmen). Liegt dieser „Eigenfinanzierungsgrad“ bei 50 % oder darunter, wird diese FEU-Einheit mehrheitlich von der öffentlichen Hand alimentiert und gehört zum Sektor Staat. FEU-Einheiten, die dem Sektor Staat zugehören, werden als *Extrahaushalte* bezeichnet. Die unmittelbaren Haushalte des Bundes und der Länder, der Kommunen sowie der Sozialversicherungen werden als *Kernhaushalte* bezeichnet. Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den *öffentlichen Gesamthaushalt*, der in den Tabellen 37 bis 43 dargestellt ist.

Die Darstellung der öffentlichen Finanzen beschränkte sich in dieser Publikation bisher auf die Kernhaushalte. Seit 2010 wurde der Berichtskreis um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 in den Tabellen 37 bis 43 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab. Darstellungsebene ist der öffentliche Gesamthaushalt aus Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Steigende Gesamteinnahmen und Steuereinnahmen

Alle Bundesländer konnten im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr steigende Gesamt- und Steuereinnahmen verbuchen (Tab. 37). In Niedersachsen fiel der Zuwachs der Gesamteinnahmen mit + 8,4 % gegenüber + 11,0 % im Bundesdurchschnitt unterdurchschnittlich aus. Pro Kopf gerechnet konnten die Kern- und Extrahaushalte des Landes und der Kommunen über Einnahmen in Höhe von

4 595 Euro verfügen. Die Spannweite der Zuwächse reichte von + 28,2 % (Bremen) bis + 5,1 % (Rheinland-Pfalz). Auch bei den Steuereinnahmen (Tab. 38) blieb Niedersachsen mit einem Wachstum von + 4,5 % unter dem Bundesdurchschnitt von + 7,8 %.

Gestiegene Gesamtausgaben, Finanzierungssaldo nahezu konstant

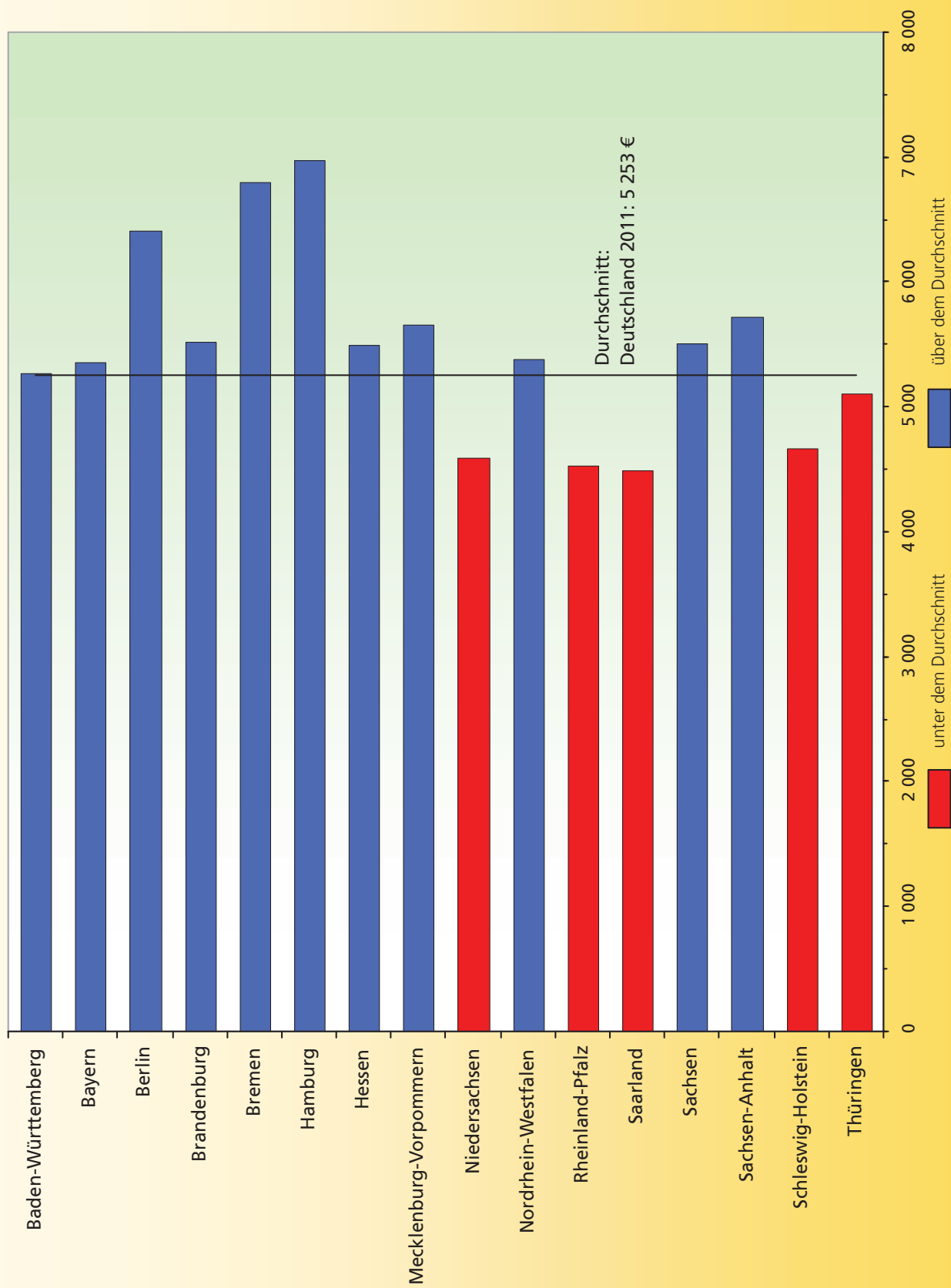
Die Gesamtausgaben sind in Niedersachsen im Jahr 2011 um + 7,9 % gestiegen, mehr als im Bundesdurchschnitt (+ 6,1 %) (Tab. 39). Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt betrug damit in Niedersachsen 17,3 % (bundesweit 17,2 %) oder in Pro-Kopf-Beträgen 4 899 Euro. Die stärksten Ausgabensteigerungen waren in Hamburg (+ 14,1 %) zu verzeichnen. Im Saarland (- 4,8 %) und in Sachsen konnten mit - 3,0 % die Gesamtausgaben im Jahr 2011 sogar zurückgefahren werden. Die Personalausgaben stiegen in Niedersachsen mit + 7,6 % unterdurchschnittlich (bundesweit + 8,6 %) (Tab. 40). Die Zinsausgaben stiegen überdurchschnittlich um + 5,2 % auf 302 Euro je Einwohner (Tab. 41). Die Zins-Steuer-Quote (Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen) belief sich in Niedersachsen auf 10,0 % (bundesweit: 9,5 %). Die höchsten Belastungen der Haushalte durch Zinsausgaben waren nach diesem Indikator in Bremen (27,6 %) und Berlin (20,5 %) zu verzeichnen, die geringsten in Bayern (3,5 %) und Sachsen (3,9 %).

Der Finanzierungssaldo des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen belief sich 2011 auf - 304 Euro je Einwohner und blieb damit fast konstant (Tab. 42). Die höchsten Defizite je Einwohner wurden in Bremen (- 1 324 Euro) und dem Saarland (- 1 008 Euro) verzeichnet, wohingegen in Sachsen (466 Euro), Bayern (123 Euro), Mecklenburg-Vorpommern (103 Euro), Baden-Württemberg (92 Euro) und Brandenburg (34 Euro) sogar Überschüsse erwirtschaftet werden konnten.

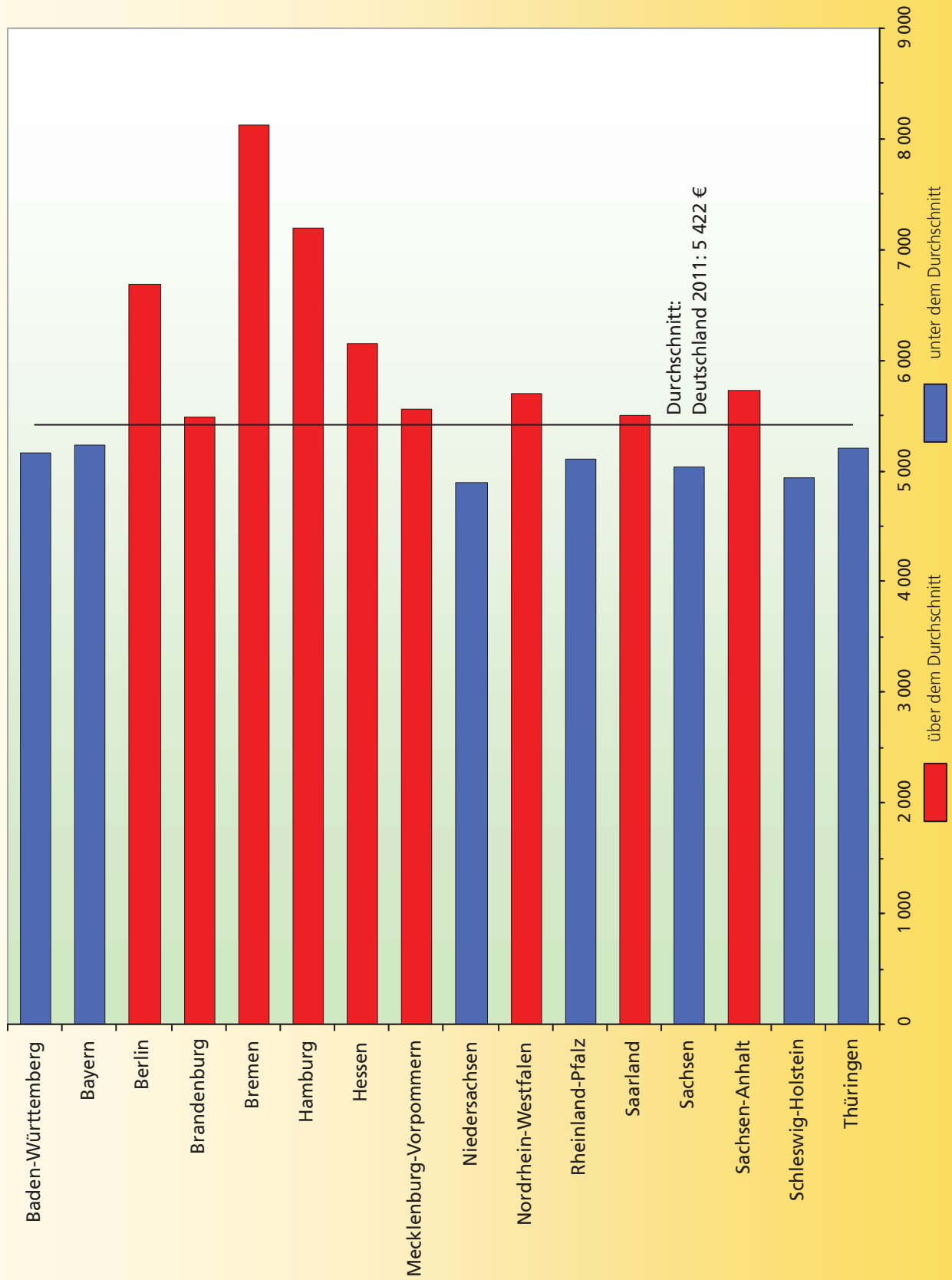
Öffentliche Schulden in Niedersachsen um 3,6 % gestiegen

Die Schulden des Landes und seiner Kommunen gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich wuchsen 2011 um 3,6 % auf 8 760 Euro je Einwohner (Tab. 43). Niedersachsen lag damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt (9 112 Euro). Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung war 2011 in Bremen (28 639 Euro) und in Berlin (17 651 Euro) zu verzeichnen, die geringsten in Sachsen (2 196 Euro) und Bayern (3 380 Euro). Die Kreditfinanzierungsquote (die Differenz von Schuldenaufnahme und -tilgung dividiert durch die bereinigten Gesamtausgaben) betrug in Niedersachsen somit 5,3 % (Bundesdurchschnitt 4,3 %).

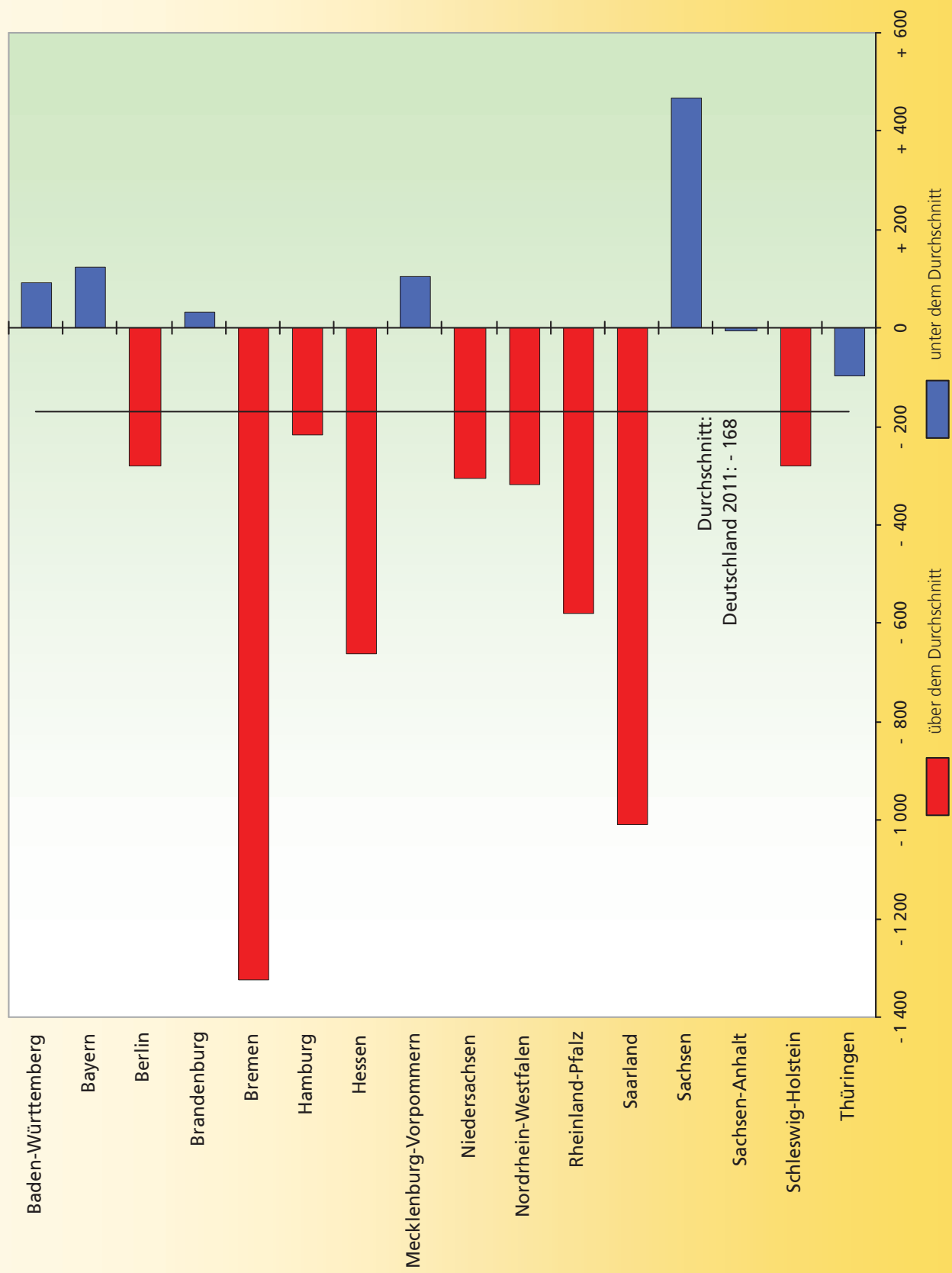
Gesamteinnahmen der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2011 - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2011 - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2011 - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Schulische Qualifikation

Weiterhin sinkende Schulabbrecher-Zahlen 2010

Im Jahr 2010 verließen in Niedersachsen 5 218 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss zu erwerben (Tab. 45). Im Jahr zuvor blieben noch 5 556 Schulabgängerinnen und Schulabgänger an allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss. Die Anzahl so genannter Schulabbrecher sank damit um - 6,1 %. Diese Tendenz zeichnete sich schon länger ab: Seit 2005 ist die Zahl in Niedersachsen um - 37,5 % gesunken. Bundesweit entwickelten sich die Werte ähnlich bei einem durchschnittlichen Rückgang von - 32,4 % auf insgesamt 53 041 Jugendliche im Jahr 2010. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen halbierte sich sogar die Zahl der Schulabbrecher zwischen 2005 und 2010.

Die „Schulabbrecherquote“ setzt die Zahlen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ins Verhältnis zur in etwa gleichaltrigen Bevölkerung. Demografische Veränderungen können dadurch berücksichtigt werden, und es sind zudem Vergleiche im Zeitverlauf und zwischen den Bundesländern möglich. In Niedersachsen lag die Quote mit zuletzt 5,9 % um - 0,7 Prozentpunkte unter dem Deutschlandwert. Geringer als in Niedersachsen war der Anteil der Schulabbrecher im Ländervergleich 2010 nur in Baden-Württemberg, im Saarland und in Bayern. Überdurchschnittliche Schulabbrecherquoten wiesen neben Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg alle ostdeutschen Bundesländer auf. Dort stiegen die Quoten gegenüber 2005 – am deutlichsten mit + 3,5 Prozentpunkten auf 14,2 % in Mecklenburg-Vorpommern. Niedersachsen verzeichnete mit einem Rückgang der Schulabbrecherquote um - 2,9 Prozentpunkte die größte positive Entwicklung nach Bremen (- 3,7 Prozentpunkte).

Hoher Anteil früher Schulabgänger in Niedersachsen

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ fasst Personen zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind (Tab. 46). Dazu zählten 14,1 % der 18- bis unter 25-jährigen Niedersachsen im Jahr 2011. Die Quote war + 2,5 Prozentpunkte höher als der Bundeswert – nur Bremen (17,2 %) und das Saarland (15,4 %) hatten einen höheren Anteil früher Schulabgänger. Sachsen und Thüringen verzeichneten mit 7,7 % die niedrigsten Werte. Insgesamt waren die jungen Männer eher betroffen als die Frauen im gleichen Alter.

Im Vergleich zu 2006 waren diese Zahlen, mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (+ 0,7 Prozentpunkte), durchweg rückläufig. In Niedersachsen reduzierte sich der Anteil in diesem Zeitraum um - 0,5 Prozentpunkte – deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt von - 2,5 Prozentpunkten. Allerdings zeichnete sich von 2010 auf 2011 in zehn Bundesländern wieder ein Anstieg ab, auch in Niedersachsen (+ 0,2 Prozentpunkte).

Abiturientenquote steigt, bleibt aber unter dem Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2010 erlangten 30 517 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife (Tab. 47). Für aussagekräftige Vergleiche werden, wie zuvor bei den Schulabbrecherquoten, Abiturientenquoten berechnet. Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten wird dabei in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung gesetzt. Bei Abitur nach zwölf Jahren wird der Durchschnitt der 18- bis unter 20-Jährigen, bei Abitur nach 13 Jahren der Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen genommen. Doppelte Abiturjahrgänge im Saarland (2009) und Hamburg (2010) können die Aussagen etwas einschränken.

Zwar war die Abiturientenquote mit 32,4 % in Niedersachsen im Jahr 2010 weiter unterdurchschnittlich (Deutschland: 34,2 %). Dennoch stieg sie im Vorjahresvergleich bei einem überdurchschnittlichen Plus von 2,9 Prozentpunkten auf mehr als 30 %. Mittelfristig (gegenüber 2005) ist das Bildungsniveau gemessen an diesem Indikator in nahezu allen Ländern gestiegen.

Zunahme der hochqualifizierten Beschäftigung

Am 30.06.2011 hatten mit insgesamt 218 608 Beschäftigten 8,6 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (Deutschland: 10,8 %) (Tab. 48). Die Zuwächse gegenüber dem Vorjahr (+ 6,0 %) sowie gegenüber 2006 (+ 24,9 %) fielen sehr hoch aus. Die Anteile (nach Arbeitsort) für Niedersachsen sind auch ein Ergebnis der Pendlerverflechtungen mit den Stadtstaaten Bremen und Hamburg, in denen sich die Arbeitsplätze mit einem hohen Qualifizierungsanspruch konzentrieren.

Wissenschaft und Kultur

Zunahme bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern

30 983 Frauen und Männer begannen im Jahr 2010 ein Studium in Niedersachsen (Tab. 49). Deutschlandweit waren es insgesamt 444 608 Personen. Damit stieg die Zahl der Studienanfänger in Niedersachsen um + 6,3 % im Vergleich zu 2009. Bundesweit waren es + 4,8 %. Analog zur Abiturientenquote kann auch für die Zahl der Erstimmatrikulierten eine Studienanfängerquote berechnet werden. Diese ergibt sich als Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger am Durchschnitt der gleichaltrigen Bevölkerung zwischen 19 und unter 25 Jahren. Die Altersgruppe ist deshalb etwas weiter gewählt, da sich nach der Schule oft erst eine Ausbildung, ein Auslandsjahr, Bundesfreiwilligendienst oder (freiwilliger) Wehrdienst anschließen.

Diese Quote betrug im Jahr 2010 in Niedersachsen 33,6 % und in Deutschland 45,3 %. Niedersachsen hatte damit nach Schleswig-Holstein (30,3 %) die geringste Quote. In den Stadtstaaten liegt die Studienanfängerquote strukturell weitaus höher, da zahlreiche Studienplätze für Einwohner aus anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. Im Vergleich zu 2009 stieg die Studienanfängerquote in Niedersachsen um + 1,7 Prozentpunkte, im Bundesdurchschnitt um + 2,2 Prozentpunkte. Von 2005 zu 2010 fiel die Zunahme in Niedersachsen im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich aus.

In Deutschland studierten im Wintersemester 2010/2011 gut 2,2 Mio. Menschen. Von diesen waren 149 899, d.h. 6,8 %, an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben (Tab. 50). Der Anteil der Bildungsausländer in Niedersachsen war dabei mit 7,8 % leicht unterdurchschnittlich. Im Vergleich zum Vorjahressemester erhöhte sich die Zahl der Studenten in Niedersachsen um + 4,1 %. Der Zuwachs fiel damit geringfügig schwächer aus als bundesweit (+ 4,5 %). Mittelfristig nahmen die Studentenzahlen zwischen 2005 und 2010 in Niedersachsen (- 1,6 %) und Bremen (- 9,2 %) gegen den Bundestrend (+ 11,9 %) ab.

Zunahme der Hochschulabsolventenzahlen unterdurchschnittlich

2010 beendeten 22 760 Studentinnen und Studenten erfolgreich ein Erststudium an einer niedersächsischen Hochschule (Tab. 51). Damit wurden aus Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die meisten Absolventen verabschiedet. Gegenüber 2009 betrug die Veränderung in Niedersachsen - 9,2 %. Allerdings wurden bis 2009 noch die Masterabsolventen bei der Berechnung der Absolventen im Erststudium miteinbezogen. Die Vergleichbarkeit von Verän-

derungsraten mit dem Jahr 2010 ist daher eingeschränkt. Mittelfristig stiegen die Absolventenzahlen in allen Bundesländern – zum Teil erheblich – an. Der Zuwachs in Niedersachsen lag mit + 18,5 % von 2005 auf 2010 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (+ 41,8 %). Auch uneingeschränkt miteinander vergleichbare Ergebnisse für die Jahre 2005 und 2009 deuten große Unterschiede an.

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2010 in Niedersachsen 2 085-mal vergeben (Tab. 52). Das entspricht + 1,8 % gegenüber dem Vorjahr und + 0,6 % im Vergleich zu 2005. Auch im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Promotionen im Vergleich zu 2009 (+ 2,2 %) zu, sank aber gegenüber 2005 ab (- 1,2 %). Diese Abnahme geht auf die Entwicklung in Hamburg, Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zurück.

Zunahme bei Professuren

Die Zahl der Professuren an Niedersachsens Hochschulen ist von 2009 auf 2010 um + 3,1 % angestiegen. 2010 existierten 3 393 Professuren im Land (Tab. 53). In Deutschland lag ihre Zahl 2010 bei insgesamt 41 462, was einer Zunahme von + 3,2 % gegenüber 2009 und + 9,5 % im Vergleich zu 2005 entspricht. Im Ländervergleich hat sich die Zahl der Professuren mittelfristig recht unterschiedlich entwickelt: Neben zum Teil zweistelligen Zuwachsraten (Berlin, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland) gab es auch mehr oder weniger starke Rückgänge (Bremen, Hamburg und Sachsen-Anhalt). Niedersachsen (+ 7,6 %) lag hier im Mittelfeld.

Bundesweit höchste Ausgaben für Hochschulen je Studierenden – Ausgaben für Kultur sehr gering

In Niedersachsen wurden 2008 knapp 2,4 Mrd. Euro für die Hochschulen, d.h. Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen wie Studentenwerke, ausgegeben (Tab. 55). Dies entspricht 17 300 Euro je Student und ist im Bundesländervergleich wie im Vorjahr (15 300 Euro) Spitze. Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen hingegen lagen in Niedersachsen mit 72 Euro je Einwohner 2007 deutlich unter dem Durchschnitt (103 Euro) und unter dem anderer Flächenländer (Tab. 54). Da bei Redaktionsschluss keine aktuelleren Zahlen vorlagen, werden – wie im *Niedersachsen-Monitor 2011* – die Angaben für 2007 betrachtet: Von 2002 bis 2007 sind die absoluten Ausgaben überwiegend gesunken. In Niedersachsen wurden die Ausgaben, von einem mittleren Niveau kommend, mit - 3,9 % jedoch überdurchschnittlich gekürzt. 47 % der Ausgaben trägt das Land, das zwischen 2002 und 2011 seinen Kulturetat auf rund 189 Mio. Euro (+ 3,5 %) aufstockte.

Aufkommen an Haushaltsabfällen gesunken

Zu den Haushaltsabfällen gehören neben Haus- und Sperrmüll auch Bioabfälle und getrennt gesammelte Wertstoffe, wie z. B. Verpackungen, Glas und Papier/Pappe/Karton. Im Jahr 2010 belief sich das Aufkommen an Haushaltsabfällen in Niedersachsen auf 3,90 Mio. Tonnen und ist damit gegenüber dem Vorjahr um - 1,5 % gesunken (Tab. 59). Im Bundesdurchschnitt fiel das Abfallaufkommen um - 1,2 % auf 36,78 Mio. Tonnen.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch steigt

Tabelle 60 zeigt die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch. Primärenergie bedeutet den ursprünglichen Einsatz von Energieträgern. Durch Verluste im Umwandlungsbereich (Kraftwerke) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch erneuerbarer Energien (Wind, Biomasse) steigt in Niedersachsen stetig an. Im Jahr 2009 wurden 44,3 Mio. MWh verbraucht. Der Anteil am Primärenergieverbrauch stieg von 7,9 % (2006) über 10,3 % (2008) auf 11,1 % im Jahr 2009. Dieser Wert ist im Bundesvergleich (Deutschland: 8,9 %) hoch.

Anteil erneuerbarer Energien in der Stromproduktion übertrifft Bundesdurchschnitt

In Tabelle 61 geht es – im Gegensatz zum Verbrauch erneuerbarer Energien in Tabelle 60 – um die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Zeitreihe nach Bundesländern liegt erst seit etwa 2004 relativ geschlossen vor. Im Stromexportland Niedersachsen wurden im Jahr 2009 rund 15,8 Mio. MWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das entspricht einem Anteil von 21,7 % an der Gesamtstromerzeugung des Landes. Der Anteilswert liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,0 %. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lag nach den vorläufigen Zahlen für das Jahr 2009 nur in Bayern (ca. 21 Mio. MWh) höher als in Niedersachsen.

Energiebedingte CO₂-Emissionen mittelfristig rückläufig

Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund internationaler Abkommen zum Klimaschutz (Kyoto) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen auch unmittelbar von der Entwicklung des

Energieverbrauchs (Konjunktur) ab und wird von den Witterungsverhältnissen mitbestimmt.

Tabelle 62 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (nach der Quellenbilanz) entstehen. Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Gesamtmenge der energiebedingten effektiven CO₂-Emissionen im Jahr 2009 in Niedersachsen betrug 65,8 Mio. Tonnen – ein Rückgang in Höhe von - 5,2 % gegenüber 2008, als 69,4 Mio. Tonnen CO₂ emittiert wurden. Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner waren in Niedersachsen im Jahr 2009 auf rund 8,3 Tonnen gesunken.

Flächenverbrauch stark rückläufig

Ende des Jahres 2010 wurden etwa 13,6 % bzw. 6 464 km² der gesamten Fläche Niedersachsens als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 56). Sie setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche (z.B. Sport- und Grünanlagen), der Betriebsfläche, der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche und der Fläche für Friedhöfe zusammen. Der „Flächenverbrauch“, d.h. Umwidmung von landwirtschaftlich genutzter oder natur belassener Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche, lag 2010 in Niedersachsen bei 8,0 Hektar pro Tag. Gegenüber dem Vorjahr sind dies - 0,6 Hektar weniger pro Tag. Der Bundestrend weist in dieselbe Richtung.

Landwirtschaftliche Fläche nur wenig ökologisch bewirtschaftet

Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe verfügten 2010 in Niedersachsen über eine Fläche von 78 495 Hektar (Tab. 57). (Da bei Redaktionsschluss keine aktuelleren Zahlen vorlagen, werden hier die Angaben – wie im *Niedersachsen-Monitor 2011* – für das Jahr 2010 betrachtet.) Sie hielten damit einen Anteil von 3,0 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das Land hat somit den geringsten Anteil im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Dieses Ergebnis korrespondiert mit der großen Bedeutung der konventionellen Betriebe in der niedersächsischen Landwirtschaft. Der Anteil der Öko-Landfläche stieg mittelfristig um + 0,6 Prozentpunkte (Deutschland: + 1,3 Prozentpunkte) – die Zunahme ist nur in Hamburg und Sachsen-Anhalt schwächer ausgefallen.

Soziales, Sicherheit

Starke Zunahme vorläufiger Schutzmaßnahmen

2011 gab es in Niedersachsen 3 561 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche (Tab. 64). Dies sind kurzfristige Maßnahmen zur Abwehr akuter Gefahren- oder Krisensituationen. Meist gehen diese auf Überforderung oder Beziehungsprobleme der Eltern zurück; oft gibt es Anzeichen für Vernachlässigung oder Misshandlung. Die Zahl dieser Maßnahmen stieg im Vergleich zu 2010 um + 14,5 % an, deutlich stärker als bundesweit (+ 5,8 %). 26 von 10 000 Kindern und Jugendlichen waren in Niedersachsen betroffen, 2006 waren es erst 14 und 2010 22. Die starke Zunahme im Vergleich zu 2006 ist überwiegend damit zu erklären, dass die öffentliche Wahrnehmung sensibler wurde und von den Behörden daher genauer hingesehen wurde. Die Zuwächse der letzten Jahre – auch 2010 gab es ein Plus von 3,1 % – deuten aber unabhängig davon auf eine Zunahme der Notlagen hin.

Unauffällig entwickelte sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche (Tab. 63). Deren Häufigkeitszahl (gemessen an der Zahl der Lebendgeborenen) nahm 2011 im Vorjahresvergleich um + 0,7 % (Bund: + 0,5 %) zu.

Weniger Mindestsicherungsempfänger ...

Die Tabellen 66 und 67 informieren über die „bekämpfte Armut“, also über die Empfänger von Mindestsicherungsleistungen: Leistungen im Bereich SGB II („Hartz IV“) und SGB XII (Asylbewerber, Kriegsopferfürsorge, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe). In allen 16 Ländern gingen von 2006 bis 2010 die Zahlen kräftig zurück (Tab. 66). Bemerkenswert ist vor allem der starke Rückgang in den ostdeutschen Flächenländern, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Die Entwicklung verlief in Niedersachsen (- 10,7 %) parallel zum Bund, aber etwas günstiger. Die Empfängerquoten, die die Anzahl der Empfänger je 100 Einwohner messen, hatten 2010 eine Spannweite von 4,6 % (Bayern) bis 19,3 % (Berlin). Der Wert Niedersachsens von 9,2 % war identisch mit dem Bundeswert.

Tabelle 67 mit Zahlen bis April 2012 – nur für SGB II-Empfänger – zeigt dasselbe Bild: Starke Abnahmen der Empfängerzahlen in allen Ländern, am stärksten in den ostdeutschen Flächenländern. Niedersachsens Entwicklung verläuft mit einer mittelfristigen Abnahmerate von - 17,0 % besser als die gesamtdeutsche (- 15,9 %).

Eine leichte Entspannung gab es auch bei den Verbraucherinsolvenzen (Tab. 68). Deren Zahl nahm 2011 in Nie-

dersachsen um - 3,5 % (Bund: - 5,1 %) ab. Auf 10 000 Einwohner kamen in Niedersachsen 17,6 Insolvenzen, deutlich mehr als im Bund (12,6).

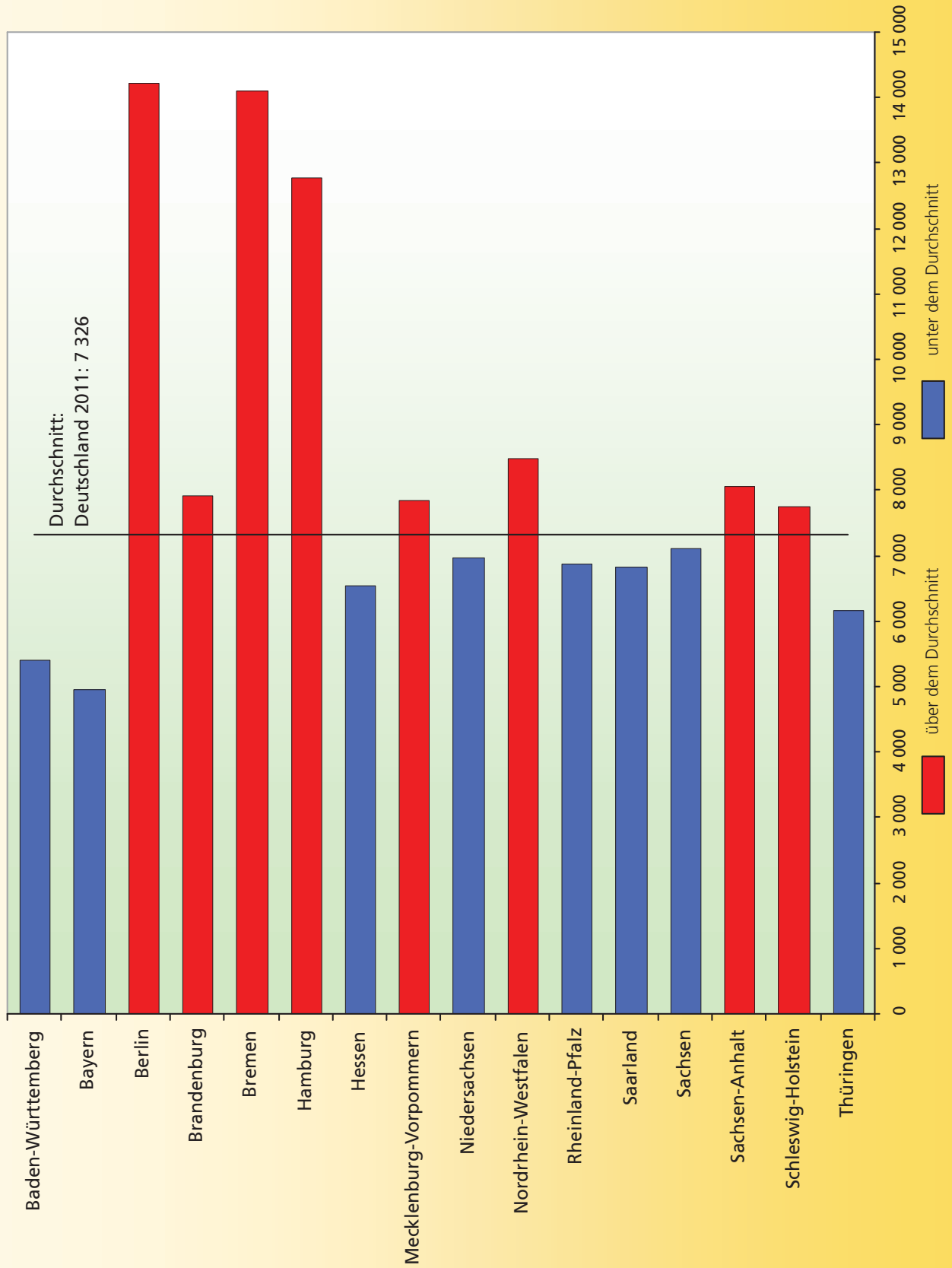
... trotzdem steigt die Armutsgefährdung deutlich an

Trotzdem stieg die Armutsgefährdung im Jahr 2011 deutlich an. Armutsgefährdet (Tab. 65) sind diejenigen, deren Nettoeinkommen weniger als 60 % des regionalen Durchschnittseinkommens beträgt. Diese international übliche Berechnungsmethode der „relativen Armut“ basiert auf der Erkenntnis, dass für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein finanzielles Mindestmaß erforderlich ist, das sich an dem bemisst, was gesellschaftlich üblich ist.

2011 war bei einer Quote von 15,2 % fast schon jeder sechste Niedersachse – etwa 1,2 Mio. Menschen – armutsgefährdet. Dieser Wert ist (Deutschland: 15,1 %) durchschnittlich: Die Zahlen liegen hier einerseits zwischen 18,0 % und 17,0 % in Hamburg und Bremen und andererseits bei 11,3 % in Thüringen und 12,7 % in Sachsen. An den Extremwerten zeigt sich: Armut konzentriert sich in den Großstädten, und das soziale Gefälle ist im Osten niedriger als im Westen. Erstmals seit 2005 liegt die Quote der Armutsgefährdung wieder höher als 15 %. In den Jahren 2006 bis 2010 schwankte sie immer zwischen 14,3 % und 14,7 %. Seit 2005, dem ersten Jahr, für das völlig vergleichbare Daten vorliegen, ging die Schere zwischen reich und arm nicht weiter auf. Mit der Zunahme der Quote im Jahr 2011 um + 0,7 Prozentpunkte – das entspricht einer Zunahme von + 4,8 % – ist dieser Trend zur Polarisierung der Einkommensverteilung wieder aufgenommen worden.

Warum steigt die relative Armut, trotz guter Konjunktur? Das Konzept der „relativen Armut“ berechnet das Ausmaß der Ungleichverteilung von Einkommen als Armutsmaß. 2011 dominierte eine gute Konjunktur, die Arbeitslosigkeit sank, die Verdienste stiegen. Davon profitierten gerade auch die Normalverdiener. Aber: Viele neue Jobs sind Mini- oder Teilzeitjobs; die Verdienstzuwächse der unteren Lohngruppen und der Teilzeitbeschäftigten waren unterdurchschnittlich. Dazu kam ein Anstieg der Altersarmut. Zahl und Anteil derjenigen, die von den Einkommenszuwächsen wenig oder gar nicht profitierten, stiegen an. Es wuchs der Abstand zwischen den vielen, die von der guten Konjunktur profitierten, und den 15 %, die in ihrem Lebensstandard noch weiter zurückblieben. Wenn zu viele Menschen sich aufgrund geringer Einkünfte ausgegrenzt fühlen, gefährdet dies den sozialen Zusammenhalt.

Straftaten je 100 000 Einwohner 2011





Fazit

Was sind die wesentlichen Erkenntnisse, die sich aus den 71 Ländertabellen des *Niedersachsen-Monitors 2012* herausarbeiten lassen?

Wirtschaft und Arbeitsmarkt entwickeln sich weiterhin gut

2011 war ein gutes Jahr für Niedersachsens Wirtschaft. Das kräftige Wachstum des BIP von + 3,3 % lag über dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Erwerbstätigen, auch die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, stieg abermals an. Umgekehrt sank die Arbeitslosenquote auf nur noch 6,2 % im Juni 2012 – das war der niedrigste Wert seit Umstellung der Statistik im Jahr 1997. Die Unterbeschäftigung lag zwar um + 2,1 Prozentpunkte höher, aber auch diese ging zurück. Die Bruttojahresverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lagen + 3,3 % höher als 2010. Allerdings sind die Verdienste im Lande immer noch 4,4 % niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Die demografischen Kerndaten weisen nach unten

Während die Wirtschaft florierte, verschlechterten sich die demografischen Kerndaten weiter: Die Einwohnerzahl des Landes sank erneut, und zwar gegen den Bundestrend. Die Geburtenzahlen gingen weiter zurück – mittelfristig ist Niedersachsen das Land mit dem stärksten Geburtenrückgang. Den so entstehenden Sterbeüberschuss kann die Zuwanderung schon seit 2005 nicht mehr ausgleichen – zumal der Wanderungsgewinn im Ländervergleich deutlich unterdurchschnittlich ist.

Wie kommt es, dass es trotz verbesserter Kinderbetreuungsmöglichkeiten und trotz Elterngeld immer weniger Kinder gibt? Zweierlei kann man wenigstens feststellen: Es gibt Anpassungsprozesse des generativen Verhaltens im westlichen Niedersachsen. Auch in den geburtenstarken Kreisen Vechta, Cloppenburg und im Emsland geht die Fertilität zurück. Außerdem sind viele junge Frauen und damit potenzielle Mütter in die großen Städte gezogen, weil es dort die besseren Ausbildungs- und Beschäftigungschancen gibt. Das führt dazu, dass Hamburg und Berlin die höchste Geburtenhäufigkeit aufweisen.

Zugleich sinkt die Bindungskraft der Familie. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt zu, die Heiratsziffern sind rückläufig. Die Scheidungsziffern sind zwar stabil – das dürfte aber auch den rückläufigen Heiratsziffern geschuldet sein. 1996 kam eine Scheidung auf je drei Eheschließungen, 2011 war das Verhältnis nur noch eins zu zwei.

Gemischtes Bild bei Ausbildung und Qualifikation

Bei der Versorgung mit Kita-Plätzen weist Niedersachsen beeindruckende, stark überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Diese kommen aber zustande auf Basis eines niedrigen Ausgangsniveaus, so dass Niedersachsen 2011 sowohl bei den Kleinkindern als auch bei den Drei- bis Sechsjährigen weit unterdurchschnittliche Betreuungsquoten aufwies.

Gute Entwicklungen gibt es auch bei den Schulabbrechern und bei der Abiturientenquote: Die Zahl der Jugendlichen, die die allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist stark zurückgegangen. Die entsprechende Quote war 2005 noch höher als im Bundesdurchschnitt, 2010 war sie niedriger. Umgekehrt stieg die Abiturientenquote so stark an, dass 2010 fast ein Drittel eines Jahrgangs die allgemeine Hochschulreife erlangte. Gleichwohl bleibt sie im Ländervergleich unterdurchschnittlich. Unter dem Bundesdurchschnitt blieben auch die Studienanfängerquoten, und die Zahl der Hochschulabsolventen sank 2010 sogar, während sie bundesweit anstieg.

Bedenklich ist vor allem der hohe Anteil früher Schulabgänger an den 18- bis 24-Jährigen. Von 100 Menschen in diesem Alter gehören in Niedersachsen 14 zu dieser Gruppe, die sehr wahrscheinlich große Probleme auf dem Arbeitsmarkt bekommen wird oder schon hat. Dieser Wert ist weit überdurchschnittlich, und er ist – gegen den Trend – sogar noch leicht angestiegen.

Negative Trendwende bei der Armutsgefährdungsquote

Im Zuge der guten Konjunktur gingen auch die Zahlen der SGB II-Empfänger zurück. Dennoch gab es eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote. Erstmals seit 2005 stieg diese Quote wieder kräftig an, so dass 2011 gut 1,2 Mio. Niedersachsen betroffen waren. Gründe dafür liegen unter anderem in einer Zunahme der Altersarmut und der Zahl der Alleinerziehenden sowie darin, dass viele der neuen Arbeitsplätze unsicher und schlecht bezahlt sind. Das gilt besonders für schlecht Qualifizierte, und von diesen gibt es im Lande überdurchschnittlich viele.

Das Rollenbild zwischen Männern und Frauen ändert sich, aber: der Verdienstabstand steigt wieder

Die Frauen drängen immer stärker auf den Arbeitsmarkt. 2011 wurde eine wichtige Marke erreicht: Erstmals wa-

ren in Niedersachsen zwei Drittel (66,5 %) der Frauen im Erwerbsalter tatsächlich erwerbstätig. Die jungen Frauen sind aufgrund ihrer meist besseren Qualifikationen auch gut für das Erwerbsleben gerüstet: Ihr Anteil an den schlecht qualifizierten frühen Schulabgängern ist deutlich niedriger als der der Männer, und umgekehrt stellen die Frauen weit mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen.

Langsam aber stetig ändert sich auch das geschlechtsspezifische Rollenverhalten der Männer, und sie reduzieren ihre eigene Erwerbstätigkeit zugunsten der Partnerin. Der Männeranteil an den Elterngeldbeziehenden stieg auf 19,2 %, und auch der Männeranteil an den Teilzeitbeschäftigten – früher eine Frauendomäne – legt Jahr für Jahr um einen Prozentpunkt zu und betrug 2011 15,7 %.

Dennoch gab es auch einen Rückschlag, denn gemessen am Bruttojahresverdienst von Vollbeschäftigten stieg der Verdienstabstand zu den Männern wieder an. Frauen er-

hielten 2011 im Schnitt nur noch 81,0 % statt 81,4 % wie im Vorjahr vom Männerverdienst.

Schritte zur nachhaltigen Entwicklung

Im Bereich der Umweltpolitik gibt es einige sehr erfreuliche Fakten: Pro Kopf wurde weniger Müll produziert, Niedersachsen hat einen rasch wachsenden und überdurchschnittlichen Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieeinsatz, und die CO₂-Emissionen sind zurückgegangen. Auch der Flächenverbrauch ist zwar leicht rückläufig, aber immer noch werden 8 Hektar pro Tag – das sind gut elf Fußballplätze – für Siedlung, Gewerbe und Verkehr umgenutzt. Der Landwirtschaft gehen damit oft beste Böden verloren.

Weiterhin ist Niedersachsen beim Öko-Landbau das Bundesland mit dem geringsten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Nur 3,0 % wurden hiervon 2010 durch Öko-Betriebe bewirtschaftet; auch die Zunahme des Öko-Landbaus verläuft langsamer als anderswo. In drei Ländern lag der Öko-Anteil schon bei über 10,0 %.

Tabellenteil I

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil			2011	31.12.11/06
	31.12.2006	31.12.2010	31.12.2011	2006	2011	Anzahl		%
	Anzahl (1 000)			%		Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 739	10 754	10 786	13,0	13,2	302	+ 0,4	+ 0,3
Bayern	12 493	12 539	12 596	15,2	15,4	179	+ 0,8	+ 0,5
Berlin	3 404	3 461	3 502	4,1	4,3	3 927	+ 2,9	+ 1,2
Brandenburg	2 548	2 503	2 496	3,1	3,0	85	- 2,1	- 0,3
Bremen	664	661	661	0,8	0,8	1 577	- 0,4	+ 0,0
Hamburg	1 754	1 786	1 799	2,1	2,2	2 382	+ 2,6	+ 0,7
Hessen	6 075	6 067	6 092	7,4	7,4	289	+ 0,3	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 694	1 642	1 635	2,1	2,0	70	- 3,5	- 0,4
Niedersachsen	7 983	7 918	7 914	9,7	9,7	166	- 0,9	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	18 029	17 845	17 842	21,9	21,8	523	- 1,0	- 0,0
Rheinland-Pfalz	4 053	4 004	3 999	4,9	4,9	201	- 1,3	- 0,1
Saarland	1 043	1 018	1 013	1,3	1,2	394	- 2,8	- 0,5
Sachsen	4 250	4 150	4 137	5,2	5,1	225	- 2,7	- 0,3
Sachsen-Anhalt	2 442	2 335	2 313	3,0	2,8	113	- 5,3	- 0,9
Schleswig-Holstein	2 834	2 834	2 838	3,4	3,5	180	+ 0,1	+ 0,1
Thüringen	2 311	2 235	2 221	2,8	2,7	137	- 3,9	- 0,6
Deutschland	82 315	81 752	81 844	100,0	100,0	229	- 0,6	+ 0,1
Westdeutschland	65 667	65 426	65 540	79,8	80,1	150	- 0,2	+ 0,2
Ostdeutschland	16 648	16 326	16 304	20,2	19,9	264	- 2,1	- 0,1

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Geburten-/Ster- besaldo je 1 000 Einwohner 2011	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011		11/06	11/10
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	91 955	90 695	88 823	8,8	8,4	8,2	- 0,8	- 3,4	- 2,1
Bayern	104 822	105 251	103 668	8,6	8,4	8,2	- 1,5	- 1,1	- 1,5
Berlin	29 627	33 393	33 075	8,5	9,6	9,4	+ 0,5	+ 11,6	- 1,0
Brandenburg	17 883	18 954	18 279	7,0	7,6	7,3	- 3,8	+ 2,2	- 3,6
Bremen	5 506	5 599	5 388	8,3	8,5	8,2	- 3,1	- 2,1	- 3,8
Hamburg	16 089	17 377	17 125	9,3	9,7	9,5	+ 0,0	+ 6,4	- 1,5
Hessen	51 404	51 742	51 479	8,8	8,5	8,5	- 1,5	+ 0,1	- 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	12 638	13 337	12 638	7,2	8,1	7,7	- 3,6	+ 0,0	- 5,2
Niedersachsen	65 327	63 130	61 280	8,4	8,0	7,7	- 3,1	- 6,2	- 2,9
Nordrhein-Westfalen	149 925	147 333	143 097	8,5	8,3	8,0	- 2,6	- 4,6	- 2,9
Rheinland-Pfalz	31 755	31 574	31 081	8,0	7,9	7,8	- 3,1	- 2,1	- 1,6
Saarland	7 222	7 066	7 088	7,1	6,9	7,0	- 5,2	- 1,9	+ 0,3
Sachsen	32 556	35 091	34 423	7,6	8,5	8,3	- 3,9	+ 5,7	- 1,9
Sachsen-Anhalt	16 927	17 300	16 837	6,9	7,4	7,3	- 5,8	- 0,5	- 2,7
Schleswig-Holstein	22 686	22 578	21 331	8,1	8,0	7,5	- 3,4	- 6,0	- 5,5
Thüringen	16 402	17 527	17 073	7,1	7,8	7,7	- 4,3	+ 4,1	- 2,6
Deutschland	672 724	677 947	662 685	8,3	8,3	8,1	- 2,3	- 1,5	- 2,3
Westdeutschland	546 691	542 345	530 360	8,5	8,8	8,1	- 2,1	- 3,0	- 2,2
Ostdeutschland	126 033	135 602	132 325	7,5	8,3	8,1	- 3,2	+ 5,0	- 2,4

3. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2006	2010	2011 ²⁾	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	3 930	17 275	41 458	0,4	1,6	3,8	+ 37 528	+ 24 183
Bayern	37 336	45 615	75 942	3,0	3,6	6,0	+ 38 606	+ 30 327
Berlin	10 679	16 818	39 421	3,1	4,9	11,3	+ 28 742	+ 22 603
Brandenburg	- 3 293	624	1 847	- 1,3	0,2	0,7	+ 5 140	+ 1 223
Bremen	2 182	891	2 708	3,3	1,4	4,1	+ 526	+ 1 817
Hamburg	11 730	11 870	12 235	6,7	6,7	6,8	+ 505	+ 365
Hessen	- 12 987	12 368	32 455	- 2,1	2,0	5,3	+ 45 442	+ 20 087
Mecklenburg-Vorpommern	- 8 858	- 3 630	- 1 694	- 5,2	- 2,2	- 1,0	+ 7 164	+ 1 936
Niedersachsen	5 474	11 967	19 236	0,7	1,5	2,4	+ 13 762	+ 7 269
Nordrhein-Westfalen	4 396	17 324	42 643	0,2	1,0	2,4	+ 38 247	+ 25 319
Rheinland-Pfalz	4 183	2 839	7 847	1,0	0,7	2,0	+ 3 664	+ 5 008
Saarland	- 2 066	190	1 023	- 2,0	0,2	1,0	+ 3 089	+ 833
Sachsen	- 8 310	- 3 555	3 652	- 2,0	- 0,9	0,9	+ 11 962	+ 7 207
Sachsen-Anhalt	- 15 726	- 7 810	- 8 370	- 6,4	- 3,3	- 3,6	+ 7 356	- 560
Schleswig-Holstein	8 392	10 823	13 013	3,0	3,8	4,6	+ 4 621	+ 2 190
Thüringen	- 14 270	- 5 741	- 4 209	- 6,2	- 2,6	- 1,9	+ 10 061	+ 1 532
Deutschland	22 792	127 868	279 207	0,3	1,6	3,4	+ 256 415	+ 151 339
Westdeutschland	62 570	131 162	248 560	1,0	2,0	3,8	+ 185 990	+ 117 398
Ostdeutschland	- 39 778	- 3 294	30 647	- 2,4	- 0,2	1,9	+ 70 425	+ 33 941

1) Einschl. unbekanntes Ausland sowie einschl. Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". - 2) Vorläufige Ergebnisse.

Familie und Beruf

4. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 780	48 927	48 991	45,4	45,5	45,4	+ 0,4	+ 0,1
Bayern	57 387	59 092	59 274	46,0	47,1	47,1	+ 3,3	+ 0,3
Berlin	11 634	12 394	12 544	34,3	35,8	35,8	+ 7,8	+ 1,2
Brandenburg	11 316	12 585	12 115	44,2	50,3	48,5	+ 7,1	- 3,7
Bremen	2 850	2 978	2 837	43,0	45,1	42,9	- 0,5	- 4,7
Hamburg	6 921	7 452	7 022	39,7	41,7	39,0	+ 1,5	- 5,8
Hessen	27 644	27 483	27 468	45,4	45,3	45,1	- 0,6	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	9 440	10 751	10 400	55,3	65,5	63,6	+ 10,2	- 3,3
Niedersachsen	39 091	38 373	37 645	48,9	48,5	47,6	- 3,7	- 1,9
Nordrhein-Westfalen	81 502	81 662	80 829	45,1	45,8	45,3	- 0,8	- 1,0
Rheinland-Pfalz	20 003	20 172	20 212	49,3	50,4	50,5	+ 1,0	+ 0,2
Saarland	4 670	4 804	4 866	44,5	47,2	48,0	+ 4,2	+ 1,3
Sachsen	16 754	18 391	17 580	39,2	44,3	42,5	+ 4,9	- 4,4
Sachsen-Anhalt	10 114	10 453	10 264	40,9	44,8	44,4	+ 1,5	- 1,8
Schleswig-Holstein	16 263	16 456	16 019	57,4	58,1	56,4	- 1,5	- 2,7
Thüringen	9 312	10 074	9 750	39,9	45,1	43,9	+ 4,7	- 3,2
Deutschland	373 681	382 047	377 816	45,3	46,7	46,2	+ 1,1	- 1,1
Westdeutschland	305 111	307 399	305 163	46,4	47,0	46,6	+ 0,0	- 0,7
Ostdeutschland	68 570	74 648	72 653	41,0	45,7	44,5	+ 6,0	- 2,7

5. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	22 686	21 958	23 113	21,1	20,4	21,4	+ 1,9	+ 5,3
Bayern	27 259	26 807	27 004	21,9	21,4	21,4	- 0,9	+ 0,7
Berlin	8 317	8 384	7 930	24,5	24,2	22,6	- 4,7	- 5,4
Brandenburg	5 525	5 190	5 344	21,6	20,7	21,4	- 3,3	+ 3,0
Bremen	1 647	1 536	1 566	24,8	23,2	23,7	- 4,9	+ 2,0
Hamburg	4 583	3 659	3 635	26,3	20,5	20,2	- 20,7	- 0,7
Hessen	15 405	15 088	14 905	25,3	24,9	24,5	- 3,2	- 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 213	3 238	3 407	18,8	19,7	20,8	+ 6,0	+ 5,2
Niedersachsen	19 058	18 974	18 953	23,8	24,0	24,0	- 0,6	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	45 409	45 711	44 501	25,1	25,6	24,9	- 2,0	- 2,6
Rheinland-Pfalz	10 078	10 483	11 041	24,8	26,2	27,6	+ 9,6	+ 5,3
Saarland	2 497	2 712	2 659	23,8	26,6	26,2	+ 6,5	- 2,0
Sachsen	7 759	7 285	7 146	18,2	17,6	17,3	- 7,9	- 1,9
Sachsen-Anhalt	5 097	4 500	4 808	20,6	19,3	20,8	- 5,7	+ 6,8
Schleswig-Holstein	7 524	7 389	7 431	26,6	26,1	26,2	- 1,2	+ 0,6
Thüringen	4 617	4 113	4 197	19,8	18,4	18,9	- 9,1	+ 2,0
Deutschland	190 674	187 027	187 640	23,1	22,9	22,9	- 1,6	+ 0,3
Westdeutschland	156 146	154 317	154 808	23,8	23,6	23,6	- 0,9	+ 0,3
Ostdeutschland	34 528	32 710	32 832	20,6	20,0	20,1	- 4,9	+ 0,4

6. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2007	2010	2011	2007	2010	2011	11/07	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	32 682	50 570	57 007	11,5	18,3	20,8	+ 74,4	+ 12,7
Bayern	35 037	59 436	65 617	10,7	18,5	20,6	+ 87,3	+ 10,4
Berlin	34 497	39 908	40 683	39,8	42,1	41,9	+ 17,9	+ 1,9
Brandenburg	23 984	29 276	29 892	43,4	51,0	51,6	+ 24,6	+ 2,1
Bremen	1 691	2 639	3 198	10,5	16,1	19,6	+ 89,1	+ 21,2
Hamburg	10 382	14 073	16 036	22,0	28,5	32,4	+ 54,5	+ 13,9
Hessen	19 630	30 078	33 352	12,4	19,3	21,5	+ 69,9	+ 10,9
Mecklenburg-Vorpommern	16 736	19 740	20 447	44,1	50,7	51,7	+ 22,2	+ 3,6
Niedersachsen	13 982	30 532	35 669	6,9	15,8	18,6	+ 155,1	+ 16,8
Nordrhein-Westfalen	31 796	62 415	70 395	6,9	14,0	15,9	+ 121,4	+ 12,8
Rheinland-Pfalz	11 849	19 365	23 549	12,0	20,1	24,7	+ 98,7	+ 21,6
Saarland	2 704	3 782	4 293	12,1	17,7	20,2	+ 58,8	+ 13,5
Sachsen	34 084	43 810	45 844	34,6	42,8	44,1	+ 34,5	+ 4,6
Sachsen-Anhalt	26 533	29 175	29 306	51,8	55,9	56,1	+ 10,5	+ 0,4
Schleswig-Holstein	5 811	12 444	14 819	8,2	18,1	21,6	+ 155,0	+ 19,1
Thüringen	18 819	23 158	24 377	37,5	45,1	46,9	+ 29,5	+ 5,3
Deutschland	320 217	470 401	514 484	15,5	23,0	25,2	+ 60,7	+ 9,4
Westdeutschland	165 564	285 334	323 935	9,8	17,3	19,8	+ 95,7	+ 13,5
Ostdeutschland	154 653	185 067	190 549	40,7	46,6	47,3	+ 23,2	+ 3,0

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen. Stichtag im Berichtsjahr 2007: 15.03.; Berichtsjahre 2010/2011: jeweils 01.03. - 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2007	2010	2011	2007	2010	2011	11/07	11/10
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	24 139	37 372	42 128	8,0	13,1	14,9	+ 74,5	+ 12,7
Bayern	65 459	75 007	81 165	18,9	22,9	25,0	+ 24,0	+ 8,2
Berlin	42 793	47 206	50 264	52,4	55,1	57,0	+ 17,5	+ 6,5
Brandenburg	27 001	31 323	33 249	47,3	54,8	57,4	+ 23,1	+ 6,1
Bremen	3 108	3 520	4 235	19,4	22,3	26,5	+ 36,3	+ 20,3
Hamburg	12 239	15 720	17 254	27,5	34,1	36,8	+ 41,0	+ 9,8
Hessen	42 335	57 766	61 761	25,6	36,4	39,2	+ 45,9	+ 6,9
Mecklenburg-Vorpommern	18 957	21 392	22 171	49,9	56,9	59,0	+ 17,0	+ 3,6
Niedersachsen	21 579	29 705	33 789	9,6	14,5	16,8	+ 56,6	+ 13,7
Nordrhein-Westfalen	107 401	154 447	163 665	21,8	33,4	35,9	+ 52,4	+ 6,0
Rheinland-Pfalz	21 799	33 442	37 992	20,3	33,6	38,6	+ 74,3	+ 13,6
Saarland	3 864	5 762	6 598	16,2	25,8	30,1	+ 70,8	+ 14,5
Sachsen	59 416	73 297	74 772	62,3	75,0	75,8	+ 25,8	+ 2,0
Sachsen-Anhalt	27 390	29 311	31 116	53,1	58,1	61,3	+ 13,6	+ 6,2
Schleswig-Holstein	8 743	11 853	13 933	11,2	16,3	19,4	+ 59,4	+ 17,5
Thüringen	42 982	43 502	44 649	84,5	87,1	89,5	+ 3,9	+ 2,6
Deutschland	529 205	670 625	718 741	24,3	32,3	34,9	+ 35,8	+ 7,2
Westdeutschland	310 666	424 594	462 520	17,3	25,0	27,6	+ 48,9	+ 8,9
Ostdeutschland	218 539	246 031	256 221	58,4	65,0	66,9	+ 17,2	+ 4,1

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag im Berichtsjahr 2007: 15.03.; Berichtsjahre 2010/2011: jeweils 01.03. - 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge insgesamt		Anteil der männlichen Leistungsbezieher		Anteil der beendeten Leistungsbezüge, deren Bezieher vor der Geburt erwerbstätig waren			
	2010	2011	2010	2011	2010		2011	
	Anzahl				männlich	weiblich	männlich	weiblich
					%			
Baden-Württemberg	107 746	111 712	20,4	21,6	87,8	61,6	89,6	62,1
Bayern	130 994	135 389	24,0	25,2	89,5	65,2	91,0	67,6
Berlin	39 430	41 190	24,4	24,9	76,0	55,1	81,6	57,8
Brandenburg	22 704	23 130	21,8	22,4	82,0	64,1	86,7	68,6
Bremen	6 220	6 159	17,0	17,2	80,9	48,3	81,6	51,4
Hamburg	20 613	20 906	22,5	22,5	84,4	62,3	88,9	65,0
Hessen	60 465	62 220	19,7	20,5	84,7	58,4	88,0	60,6
Mecklenburg-Vorpommern	15 554	15 584	19,3	18,9	78,7	59,0	84,6	65,1
Niedersachsen	72 875	74 617	18,5	19,2	79,7	56,6	84,3	59,6
Nordrhein-Westfalen	164 262	166 235	15,9	16,5	78,4	51,0	84,1	53,8
Rheinland-Pfalz	35 045	37 153	17,4	18,4	83,0	56,3	86,1	59,1
Saarland	7 743	7 818	13,3	15,4	78,1	53,7	86,1	56,4
Sachsen	43 593	44 911	24,2	24,8	84,0	64,0	89,9	69,5
Sachsen-Anhalt	19 097	19 318	16,5	17,3	82,5	56,7	86,3	61,1
Schleswig-Holstein	25 277	26 145	17,3	18,5	86,6	63,6	88,3	65,2
Thüringen	21 174	22 000	22,6	23,5	83,6	65,4	87,6	69,1
Deutschland	792 792	814 487	20,0	20,8	83,6	58,6	87,4	61,3
Westdeutschland	631 240	648 354	19,3	20,3	84,4	58,1	87,7	60,4
Ostdeutschland	161 552	166 133	22,3	22,9	81,0	60,7	86,2	65,0

9. Sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze

Land	Teilzeitarbeitsplätze insgesamt am 30.06.			Darunter Frauen			Teilzeitarbeits- plätze je 1 000 Einwohner 2011	Veränderung der Teilzeitarbeitsplätze	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011		11/06	11/10
	1 000						Anzahl	%	
Baden-Württemberg	616	717	757	528	611	642	57,2	+ 22,9	+ 5,6
Bayern	739	878	929	625	740	779	58,8	+ 25,8	+ 5,8
Berlin	202	246	261	151	179	187	58,1	+ 29,2	+ 5,9
Brandenburg	108	141	150	90	114	120	43,2	+ 38,7	+ 6,1
Bremen	52	59	62	42	47	49	78,9	+ 18,7	+ 4,5
Hamburg	131	154	161	102	120	124	73,4	+ 22,7	+ 4,5
Hessen	377	440	459	312	361	374	62,0	+ 21,7	+ 4,2
Mecklenburg-Vorpommern	80	102	105	68	85	87	48,9	+ 31,1	+ 2,6
Niedersachsen	436	511	541	378	434	456	55,0	+ 24,2	+ 5,9
Nordrhein-Westfalen	925	1 082	1 143	776	896	940	51,9	+ 23,5	+ 5,6
Rheinland-Pfalz	217	251	264	187	214	224	54,2	+ 21,8	+ 5,2
Saarland	54	64	68	46	53	56	53,4	+ 25,6	+ 6,9
Sachsen	221	285	291	186	236	241	53,3	+ 31,9	+ 2,1
Sachsen-Anhalt	114	145	151	98	121	126	48,9	+ 33,2	+ 4,8
Schleswig-Holstein	152	181	190	129	151	158	53,6	+ 25,3	+ 5,1
Thüringen	106	131	137	92	112	116	47,8	+ 29,1	+ 4,7
Deutschland	4 530	5 389	5 670	3 808	4 474	4 679	55,4	+ 25,2	+ 5,2
Westdeutschland	3 699	4 338	4 574	3 124	3 628	3 803	56,5	+ 23,7	+ 5,5
Ostdeutschland	831	1 051	1 096	684	846	876	51,0	+ 31,9	+ 4,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

10. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	1 000			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	310	314	322	29	29	30	+ 3,9	+ 2,5
Bayern	386	371	390	31	30	31	+ 1,0	+ 5,1
Berlin	153	151	149	45	44	43	- 2,6	- 1,3
Brandenburg	101	98	95	40	39	38	- 5,9	- 3,1
Bremen	25	26	27	38	39	41	+ 8,0	+ 3,8
Hamburg	63	71	72	36	40	40	+ 14,3	+ 1,4
Hessen	188	191	189	31	31	31	+ 0,5	- 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	70	60	59	41	36	36	- 15,7	- 1,7
Niedersachsen	234	238	240	29	30	30	+ 2,6	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	538	562	586	30	31	33	+ 8,9	+ 4,3
Rheinland-Pfalz	124	133	132	31	33	33	+ 6,5	- 0,8
Saarland	38	37	35	36	36	35	- 7,9	- 5,4
Sachsen	150	138	131	35	33	32	- 12,7	- 5,1
Sachsen-Anhalt	94	87	84	38	37	36	- 10,6	- 3,4
Schleswig-Holstein	89	93	91	31	33	32	+ 2,2	- 2,2
Thüringen	92	84	81	40	37	36	- 12,0	- 3,6
Deutschland	2 655	2 655	2 685	32	32	33	+ 1,1	+ 1,1
Westdeutschland	1 995	2 037	2 086	30	31	32	+ 4,6	+ 2,4
Ostdeutschland	660	618	599	40	38	37	- 9,2	- 3,1

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2011	Veränderung insgesamt	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011		11/06	11/10
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	5 174	5 357	5 507	524	552	571	10,4	+ 6,4	+ 2,8
Bayern	6 060	6 358	6 516	736	769	781	12,0	+ 7,5	+ 2,5
Berlin	1 458	1 569	1 618	235	264	282	17,4	+ 11,0	+ 3,1
Brandenburg	1 172	1 239	1 240	128	137	138	11,1	+ 5,8	+ 0,1
Bremen	271	294	302	28	30	34	11,3	+ 11,4	+ 2,7
Hamburg	827	884	905	114	129	133	14,7	+ 9,4	+ 2,4
Hessen	2 803	2 902	3 011	334	325	346	11,5	+ 7,4	+ 3,8
Mecklenburg-Vorpommern	753	780	784	75	73	75	9,6	+ 4,1	+ 0,5
Niedersachsen	3 473	3 676	3 778	365	364	382	10,1	+ 8,8	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	7 788	8 045	8 269	784	838	850	10,3	+ 6,2	+ 2,8
Rheinland-Pfalz	1 865	1 920	1 945	200	196	202	10,4	+ 4,3	+ 1,3
Saarland	440	455	457	42	40	38	8,3	+ 3,9	+ 0,4
Sachsen	1 868	1 940	1 959	217	210	215	11,0	+ 4,9	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	1 066	1 091	1 106	98	84	89	8,1	+ 3,8	+ 1,4
Schleswig-Holstein	1 286	1 329	1 360	148	142	155	11,4	+ 5,8	+ 2,3
Thüringen	1 041	1 099	1 113	105	106	114	10,2	+ 6,9	+ 1,3
Deutschland	37 344	38 938	39 870	4 131	4 259	4 405	11,1	+ 6,8	+ 2,4
Westdeutschland	29 987	31 221	32 049	3 274	3 384	3 491	10,9	+ 6,9	+ 2,7
Ostdeutschland	7 357	7 718	7 820	857	875	914	11,7	+ 6,3	+ 1,3

12. Erwerbstätigenquoten (Mikrozensus)

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Frauenerwerbs- tätigenquote	Veränderung der Männernerwerbs- tätigenquote
	2006	2010	2011	2006	2010	2011		
	%						Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	64,6	68,3	70,0	77,8	79,1	80,2	+1,7	+1,1
Bayern	64,8	68,7	70,4	78,3	80,2	81,1	+1,7	+0,9
Berlin	58,0	63,5	64,7	61,4	67,5	68,9	+1,2	+1,4
Brandenburg	63,7	70,9	72,4	67,4	74,8	75,1	+1,5	+0,3
Bremen	56,4	63,5	63,6	65,8	68,2	69,8	+0,1	+1,6
Hamburg	63,6	67,6	69,5	72,4	75,5	77,2	+1,9	+1,7
Hessen	61,7	65,6	67,5	74,9	76,8	78,6	+1,9	+1,8
Mecklenburg-Vorpommern	61,2	68,7	68,4	65,7	72,4	73,8	-0,3	+1,4
Niedersachsen	59,3	64,9	66,5	72,1	75,3	76,9	+1,6	+1,6
Nordrhein-Westfalen	58,2	61,5	63,4	71,6	73,8	75,0	+1,9	+1,2
Rheinland-Pfalz	62,1	66,4	66,8	75,3	77,5	78,3	+0,4	+0,8
Saarland	57,4	60,8	61,4	70,2	72,2	72,8	+0,6	+0,6
Sachsen	61,7	69,1	70,6	67,2	74,4	75,6	+1,5	+1,2
Sachsen-Anhalt	60,3	68,7	70,0	65,9	73,6	75,1	+1,3	+1,5
Schleswig-Holstein	62,8	66,8	67,9	73,7	75,2	76,5	+1,1	+1,3
Thüringen	60,8	70,4	71,4	68,8	75,8	77,3	+1,0	+1,5
Deutschland	61,4	66,0	67,6	72,7	75,9	77,1	+1,6	+1,2
Westdeutschland	61,5	65,5	67,1	74,5	76,6	77,8	+1,6	+1,2
Ostdeutschland	60,8	68,2	69,3	65,9	72,8	74,0	+1,1	+1,2

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen am Insgesamt 2011	Veränderung insgesamt	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011		11/06	11/10
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	3 741	3 888	3 984	1 646	1 738	1 783	44,8	+ 6,5	+ 2,5
Bayern	4 320	4 568	4 703	1 929	2 077	2 137	45,4	+ 8,9	+ 3,0
Berlin	1 024	1 123	1 151	529	578	592	51,4	+ 12,4	+ 2,5
Brandenburg	706	751	763	344	366	370	48,5	+ 8,1	+ 1,6
Bremen	272	285	291	117	125	127	43,6	+ 7,0	+ 2,1
Hamburg	752	820	835	342	380	387	46,3	+ 11,0	+ 1,8
Hessen	2 096	2 186	2 233	928	987	1 007	45,1	+ 6,5	+ 2,2
Mecklenburg-Vorpommern	504	526	529	259	272	273	51,6	+ 5,0	+ 0,6
Niedersachsen	2 320	2 455	2 531	1 033	1 106	1 139	45,0	+ 9,1	+ 3,1
Nordrhein-Westfalen	5 561	5 820	5 964	2 410	2 575	2 639	44,2	+ 7,2	+ 2,5
Rheinland-Pfalz	1 158	1 218	1 248	521	558	571	45,8	+ 7,8	+ 2,5
Saarland	340	350	358	143	152	156	43,6	+ 5,3	+ 2,3
Sachsen	1 343	1 410	1 437	659	699	707	49,2	+ 7,0	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	725	749	759	361	373	375	49,4	+ 4,7	+ 1,3
Schleswig-Holstein	780	825	842	367	392	400	47,5	+ 7,9	+ 2,1
Thüringen	713	738	752	344	358	363	48,3	+ 5,5	+ 1,9
Deutschland	26 354	27 710	28 381	11 931	12 735	13 026	45,9	+ 7,7	+ 2,4
Westdeutschland	21 340	22 414	22 989	9 435	10 090	10 345	45,0	+ 7,7	+ 2,6
Ostdeutschland	5 014	5 297	5 392	2 496	2 645	2 681	49,7	+ 7,5	+ 1,8

14. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (im Juni)			Unterbeschäftigungsquote ²⁾	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	Juni 2012	12/07	12/11
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	265 572	217 191	213 013	4,8	3,9	3,7	5,2	- 19,8	- 1,9
Bayern	329 139	234 818	231 225	5,0	3,5	3,4	4,9	- 29,7	- 1,5
Berlin	261 978	230 360	211 914	15,6	13,3	12,0	16,4	- 19,1	- 8,0
Brandenburg	194 459	137 701	131 256	14,4	10,3	9,8	12,4	- 32,5	- 4,7
Bremen	40 824	37 472	36 502	12,6	11,6	11,0	14,7	- 10,6	- 2,6
Hamburg	80 234	71 852	70 269	9,0	7,7	7,4	10,6	- 12,4	- 2,2
Hessen	229 064	181 289	175 172	7,6	5,8	5,6	7,2	- 23,5	- 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	140 022	101 530	95 033	16,6	11,9	11,2	15,0	- 32,1	- 6,4
Niedersachsen	337 129	267 391	253 125	8,5	6,7	6,2	8,3	- 24,9	- 5,3
Nordrhein-Westfalen	848 789	720 747	727 470	9,5	8,0	8,0	10,2	- 14,3	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	129 389	107 424	109 030	6,3	5,1	5,2	6,9	- 15,7	+ 1,5
Saarland	41 894	33 761	33 778	8,3	6,6	6,6	9,4	- 19,4	+ 0,1
Sachsen	311 006	219 208	198 993	14,2	10,3	9,4	12,4	- 36,0	- 9,2
Sachsen-Anhalt	195 210	133 963	131 309	15,4	11,2	11,1	15,2	- 32,7	- 2,0
Schleswig-Holstein	115 804	99 739	96 563	8,2	7,0	6,6	8,7	- 16,6	- 3,2
Thüringen	151 930	98 895	94 453	12,6	8,4	8,1	10,9	- 37,8	- 4,5
Deutschland	3 672 443	2 893 341	2 809 105	8,8	6,9	6,6	8,8	- 23,5	- 2,9
Westdeutschland	2 417 838	1 971 684	1 946 147	7,3	5,8	5,7	7,6	- 19,5	- 1,3
Ostdeutschland	1 254 605	921 657	862 958	14,6	10,9	10,3	13,7	- 31,2	- 6,4

1) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. - 2) Vorläufige Werte.

15. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (im Juni)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (im Juni)		Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2007	2011	2012	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl			%			
Baden-Württemberg	22 739	15 010	16 162	2,2	2,4	- 28,9	+ 7,1
Bayern	34 103	18 918	19 677	2,4	2,4	- 42,3	+ 3,9
Berlin	25 013	20 320	20 845	12,6	13,0	- 16,7	+ 2,5
Brandenburg	21 485	12 303	11 420	9,5	9,7	- 46,8	- 7,7
Bremen	3 601	3 394	3 199	9,6	8,8	- 11,2	- 6,1
Hamburg	6 419	4 732	4 976	5,1	5,3	- 22,5	+ 4,9
Hessen	22 907	17 964	16 991	5,5	5,1	- 25,8	- 5,7
Mecklenburg-Vorpommern	14 753	9 584	9 033	10,1	10,4	- 38,8	- 6,1
Niedersachsen	34 077	24 198	23 340	5,4	5,2	- 31,5	- 3,7
Nordrhein-Westfalen	82 236	64 779	68 601	6,6	6,9	- 16,6	+ 5,6
Rheinland-Pfalz	14 625	11 902	11 953	4,8	4,7	- 18,3	+ 0,4
Saarland	3 519	2 875	3 565	5,2	6,4	+ 1,3	+ 19,4
Sachsen	32 703	18 877	16 417	8,4	8,1	- 49,8	- 15,0
Sachsen-Anhalt	19 319	11 633	10 993	9,4	9,6	- 43,1	- 5,8
Schleswig-Holstein	12 717	10 319	10 446	6,5	6,5	- 17,9	+ 1,2
Thüringen	14 212	7 334	7 189	6,1	6,6	- 49,4	- 2,0
Deutschland	364 428	254 142	254 807	5,4	5,5	- 30,1	+ 0,3
Westdeutschland	236 943	174 091	178 910	4,6	4,6	- 24,5	+ 2,7
Ostdeutschland	127 485	80 051	75 897	9,4	9,6	- 40,5	- 5,5

Wirtschaft und Einkommen

16. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2008	2010	2011	2008	2010	2011	11/08	11/10
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	363 781	359 289	376 285	64 062	63 668	65 648	+ 0,4	+ 4,3
Bayern	418 972	431 715	446 438	63 226	64 395	65 312	+ 3,4	+ 2,7
Berlin	95 162	98 752	101 386	58 160	58 696	59 429	+ 4,5	+ 2,3
Brandenburg	53 152	53 102	55 093	50 700	49 730	51 381	+ 0,7	+ 2,4
Bremen	27 521	26 738	28 033	67 928	66 201	68 592	+ 1,5	+ 3,9
Hamburg	92 269	92 168	94 428	83 668	81 924	82 870	+ 2,9	+ 1,9
Hessen	223 023	220 658	228 513	71 414	70 355	71 789	- 0,6	+ 3,2
Mecklenburg-Vorpommern	34 269	34 166	34 987	46 429	46 589	48 014	+ 1,3	+ 1,3
Niedersachsen	211 574	214 922	224 354	57 831	58 017	59 588	+ 4,1	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	554 106	548 486	568 861	63 927	63 125	64 553	- 0,0	+ 2,6
Rheinland-Pfalz	107 318	108 621	113 224	57 098	57 615	59 365	+ 2,1	+ 3,3
Saarland	31 184	29 105	30 501	61 150	57 183	59 146	- 4,7	+ 4,1
Sachsen	92 058	91 731	95 066	47 194	46 994	48 494	+ 0,4	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	50 567	49 772	51 882	49 802	49 159	51 333	- 1,3	+ 2,4
Schleswig-Holstein	72 613	71 495	73 627	56 806	55 555	56 605	+ 0,3	+ 2,1
Thüringen	46 231	46 081	48 121	45 044	45 270	47 071	+ 0,8	+ 3,4
Deutschland	2 473 800	2 476 800	2 570 800	61 316	61 076	62 550	+ 1,3	+ 3,0
Westdeutschland	2 102 361	2 103 197	2 184 265	63 843	63 566	65 008	+ 1,3	+ 3,1
Ostdeutschland	371 439	373 603	386 535	50 093	50 041	51 536	+ 1,4	+ 2,5

17. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2006	2010	2011	2011			11/06	11/10
1 000			%					
Baden-Württemberg	5 505,4	5 643,1	5 731,9	1,3	31,2	67,5	+ 4,1	+ 1,6
Bayern	6 409,8	6 704,1	6 835,4	2,3	27,5	70,2	+ 6,6	+ 2,0
Berlin	1 574,4	1 682,4	1 706,0	0,0	12,6	87,4	+ 8,4	+ 1,4
Brandenburg	1 016,4	1 067,8	1 072,2	2,8	22,6	74,5	+ 5,5	+ 0,4
Bremen	396,8	403,9	408,7	0,2	19,1	80,7	+ 3,0	+ 1,2
Hamburg	1 056,4	1 125,0	1 139,5	0,3	13,0	86,8	+ 7,9	+ 1,3
Hessen	3 052,6	3 136,3	3 183,1	1,0	21,7	77,3	+ 4,3	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	720,8	733,3	728,7	3,1	19,4	77,5	+ 1,1	- 0,6
Niedersachsen	3 548,7	3 704,5	3 765,1	2,7	23,8	73,6	+ 6,1	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	8 428,5	8 688,9	8 812,3	0,9	23,3	75,8	+ 4,6	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	1 816,8	1 885,3	1 907,3	2,2	26,0	71,7	+ 5,0	+ 1,2
Saarland	505,8	509,0	515,7	0,5	28,1	71,4	+ 2,0	+ 1,3
Sachsen	1 914,8	1 952,0	1 960,4	1,6	26,8	71,6	+ 2,4	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	997,2	1 012,5	1 010,7	2,2	25,8	72,1	+ 1,4	- 0,2
Schleswig-Holstein	1 241,5	1 286,9	1 300,7	2,7	19,5	77,8	+ 4,8	+ 1,1
Thüringen	1 006,2	1 017,9	1 022,3	1,9	30,1	68,0	+ 1,6	+ 0,4
Deutschland	39 192,0	40 553,0	41 100,0	1,6	24,6	73,8	+ 4,9	+ 1,3
Westdeutschland	31 962,2	33 087,1	33 599,7	1,6	25,1	73,4	+ 5,1	+ 1,5
Ostdeutschland	7 229,8	7 465,9	7 500,3	1,7	22,6	75,8	+ 3,7	+ 0,5

18. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2008	2010	2011	2008	2011			11/08	11/10
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	2 030	1 863	2 295	0,6	0,7	10,5	31 041	+ 28,3	+ 9,2
Bayern	4 214	3 807	4 568	1,1	1,1	20,9	29 255	+ 19,1	+ 5,1
Berlin	8	7	8	0,0	0,0	0,0	14 816	+ 18,1	+ 4,0
Brandenburg	989	928	995	2,1	2,0	4,6	32 857	+ 16,4	- 6,8
Bremen	10	10	10	0,0	0,0	0,1	12 267	- 0,5	- 7,4
Hamburg	84	77	92	0,1	0,1	0,4	29 800	+ 31,9	+ 3,9
Hessen	949	918	1 074	0,5	0,5	4,9	34 720	+ 18,0	+ 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 111	1 000	1 082	3,6	3,5	4,9	47 453	+ 9,1	- 7,8
Niedersachsen	3 614	2 980	3 564	1,9	1,8	16,3	35 609	+ 18,6	+ 6,4
Nordrhein-Westfalen	2 486	2 093	2 430	0,5	0,5	11,1	30 768	+ 15,6	+ 2,5
Rheinland-Pfalz	1 430	1 415	1 620	1,5	1,6	7,4	38 231	+ 39,2	+ 7,2
Saarland	57	62	72	0,2	0,3	0,3	29 463	+ 36,7	+ 1,1
Sachsen	969	872	1 035	1,2	1,2	4,7	33 949	+ 23,0	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	1 069	978	1 094	2,4	2,4	5,0	50 256	+ 18,9	- 4,0
Schleswig-Holstein	1 162	1 036	1 159	1,8	1,8	5,3	32 739	+ 17,1	- 3,2
Thüringen	684	624	771	1,7	1,8	3,5	38 772	+ 25,9	+ 5,8
Deutschland	20 870	18 670	21 870	0,9	1,0	100,0	33 646	+ 20,6	+ 3,1
Westdeutschland	16 038	14 262	16 884	0,9	0,9	77,2	32 209	+ 21,3	+ 4,9
Ostdeutschland	4 832	4 408	4 986	1,5	1,4	22,8	39 635	+ 4,9	- 2,8

19. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2008	2010	2011	2008	2011			11/08	11/10
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	124 784	117 801	127 208	38,3	37,9	18,5	71 196	- 5,1	+ 7,4
Bayern	117 126	121 960	127 738	31,2	32,0	18,5	67 880	+ 1,7	+ 3,9
Berlin	14 719	14 591	15 558	17,3	17,2	2,3	72 402	+ 2,8	+ 6,1
Brandenburg	13 117	12 849	14 001	27,5	28,5	2,0	57 660	- 0,8	+ 6,1
Bremen	6 540	6 129	6 642	26,5	26,5	1,0	84 935	- 3,2	+ 6,8
Hamburg	13 465	12 764	13 265	16,3	15,7	1,9	89 846	- 8,4	+ 2,1
Hessen	47 196	45 304	48 302	23,6	23,7	7,0	69 837	- 4,8	+ 5,4
Mecklenburg-Vorpommern	6 406	6 017	6 413	20,9	20,5	0,9	45 437	- 6,3	+ 4,7
Niedersachsen	59 481	58 233	62 792	31,4	31,3	9,1	70 146	- 1,1	+ 6,0
Nordrhein-Westfalen	150 865	140 171	149 786	30,4	29,5	21,7	73 094	- 7,8	+ 4,6
Rheinland-Pfalz	33 180	32 651	35 050	34,5	34,7	5,1	70 572	- 2,9	+ 5,6
Saarland	10 398	8 741	9 663	37,2	35,5	1,4	66 678	- 12,6	+ 8,8
Sachsen	25 734	24 958	26 920	31,2	31,7	3,9	51 171	- 1,6	+ 6,4
Sachsen-Anhalt	14 987	14 396	15 652	33,1	33,8	2,3	60 113	- 4,1	+ 5,9
Schleswig-Holstein	16 045	14 348	15 555	24,7	23,7	2,3	61 250	- 9,0	+ 6,7
Thüringen	14 037	13 386	14 576	33,9	33,9	2,1	47 361	- 2,9	+ 7,7
Deutschland	668 080	644 300	689 120	30,1	30,0	100,0	68 102	- 3,8	+ 5,5
Westdeutschland	579 081	558 102	596 002	30,7	30,6	86,5	70 734	- 4,1	+ 5,4
Ostdeutschland	88 999	86 198	93 118	26,7	27,0	13,5	55 001	- 1,7	+ 6,3

20. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2008	2010	2011	2008	2011			11/08	11/10
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	199 203	201 911	206 538	61,1	61,5	13,0	53 352	+ 2,9	+ 2,4
Bayern	254 138	260 631	266 385	67,7	66,8	16,8	55 526	+ 3,6	+ 2,0
Berlin	70 556	73 788	74 977	82,7	82,8	4,7	50 301	+ 4,6	+ 1,5
Brandenburg	33 528	33 751	34 204	70,4	69,5	2,2	42 802	+ 0,6	+ 1,1
Bremen	18 114	17 792	18 383	73,4	73,4	1,2	55 762	+ 2,7	+ 2,8
Hamburg	69 142	69 651	70 972	83,6	84,2	4,5	71 779	+ 4,8	+ 1,8
Hessen	151 727	151 273	154 697	75,9	75,8	9,8	62 871	+ 0,3	+ 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	23 194	23 563	23 750	75,5	76,0	1,5	42 055	+ 2,8	+ 0,7
Niedersachsen	126 515	131 150	134 004	66,7	66,9	8,5	48 380	+ 5,8	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	343 234	348 647	355 805	69,1	70,0	22,5	53 231	+ 3,0	+ 1,7
Rheinland-Pfalz	61 567	63 153	64 444	64,0	63,7	4,1	47 101	+ 3,6	+ 1,9
Saarland	17 491	17 246	17 504	62,6	64,3	1,1	47 522	- 0,6	+ 1,6
Sachsen	55 799	56 272	56 943	67,6	67,1	3,6	40 564	+ 0,7	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	29 261	29 173	29 588	64,6	63,9	1,9	40 611	- 0,8	+ 0,8
Schleswig-Holstein	47 869	48 606	49 038	73,6	74,6	3,1	48 487	+ 2,8	+ 0,8
Thüringen	26 711	27 234	27 628	64,5	64,3	1,7	39 771	+ 1,8	+ 1,1
Deutschland	1 528 050	1 553 840	1 584 860	68,9	69,0	100,0	52 252	+ 3,0	+ 1,9
Westdeutschland	1 289 000	1 310 061	1 337 769	68,4	68,6	84,4	54 272	+ 3,1	+ 2,0
Ostdeutschland	239 050	243 779	247 091	71,8	71,6	15,6	43 491	+ 2,0	+ 1,1

21. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	2006	2010	2011	2006	2011 ¹⁾	11/06	11/10
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 425	2 490	2 284	56,9	52,2	- 5,8	- 8,3
Bayern	4 300	3 837	3 413	77,6	58,9	- 20,6	- 11,1
Berlin	1 381	1 568	1 385	111,1	103,6	+ 0,3	- 11,7
Brandenburg	940	676	629	110,3	71,1	- 33,1	- 7,0
Bremen	228	243	253	101,6	112,2	+ 11,0	+ 4,1
Hamburg	729	847	745	86,6	84,9	+ 2,2	- 12,0
Hessen	1 954	1 742	1 681	79,9	68,1	- 14,0	- 3,5
Mecklenburg-Vorpommern	672	456	433	127,0	79,7	- 35,6	- 5,0
Niedersachsen	2 999	2 506	2 472	112,3	92,3	- 17,6	- 1,4
Nordrhein-Westfalen	11 084	11 521	11 215	169,0	170,4	+ 1,2	- 2,7
Rheinland-Pfalz	1 586	1 356	1 225	102,1	79,0	- 22,8	- 9,7
Saarland	398	382	420	113,5	119,3	+ 5,5	+ 9,9
Sachsen	2 212	1 713	1 587	153,8	108,1	- 28,3	- 7,4
Sachsen-Anhalt	1 131	808	772	166,7	115,9	- 31,7	- 4,5
Schleswig-Holstein	1 317	1 233	1 104	126,2	100,5	- 16,2	- 10,5
Thüringen	781	620	481	103,1	63,7	- 38,4	- 22,4
Deutschland	34 137	31 998	30 099	110,1	95,1	- 11,8	- 5,9
Westdeutschland	27 020	26 157	24 812	106,0	95,4	- 8,2	- 5,1
Ostdeutschland	7 117	5 841	5 287	129,4	93,5	- 25,7	- 9,5

1) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2010.

22. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	2006	2009	2010	2006	2009	2010	10/06	10/09
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	426 470	433 738	437 831	424 783	432 080	435 983	+ 2,7	+ 0,9
Bayern	554 193	568 610	578 985	552 626	566 982	577 234	+ 4,5	+ 1,8
Berlin	124 357	131 718	133 701	124 133	131 502	133 457	+ 7,5	+ 1,5
Brandenburg	85 203	87 739	88 495	85 102	87 624	88 370	+ 3,9	+ 0,9
Bremen	22 434	22 474	22 559	22 278	22 304	22 391	+ 0,6	+ 0,4
Hamburg	84 183	86 841	87 793	83 711	86 364	87 294	+ 4,3	+ 1,1
Hessen	244 700	245 906	246 751	243 906	245 114	245 892	+ 0,8	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	52 918	53 874	54 336	52 850	53 806	54 260	+ 2,7	+ 0,9
Niedersachsen	267 156	265 258	267 799	266 309	264 383	266 855	+ 0,2	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	655 723	654 141	658 039	653 150	651 626	655 346	+ 0,4	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	155 368	154 543	155 060	155 004	154 173	154 653	- 0,2	+ 0,3
Saarland	35 080	35 286	35 220	34 968	35 172	35 100	+ 0,4	- 0,2
Sachsen	143 807	145 698	146 770	143 651	145 543	146 591	+ 2,1	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	67 863	66 702	66 600	67 763	66 587	66 475	- 1,9	- 0,2
Schleswig-Holstein	104 321	107 711	109 817	104 029	107 408	109 489	+ 5,3	+ 2,0
Thüringen	75 717	75 303	75 530	75 638	75 226	75 444	- 0,2	+ 0,3
Deutschland	3 099 493	3 135 542	3 165 286	3 089 901	3 125 894	3 154 834	+ 2,1	+ 0,9
Westdeutschland	2 549 628	2 574 508	2 599 854	2 540 764	2 565 606	2 590 237	+ 2,0	+ 1,0
Ostdeutschland	549 865	561 034	565 432	549 137	560 288	564 597	+ 2,8	+ 0,8

23. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a. d. Lieferungen u. Leistungen
	2006	2009	2010	2006	2009	2010	10/06	10/09	
	Mio. €						%		2010
Baden-Württemberg	810 195	808 263	880 504	290 255	285 428	298 317	+ 8,7	+ 8,9	33,9
Bayern	813 107	817 194	871 164	328 083	332 117	349 027	+ 7,1	+ 6,6	40,1
Berlin	137 554	142 552	153 839	52 582	58 744	62 200	+ 11,8	+ 7,9	40,4
Brandenburg	63 581	66 747	70 307	39 323	40 987	43 130	+ 10,6	+ 5,3	61,3
Bremen	59 490	56 215	59 202	20 819	21 401	22 265	- 0,5	+ 5,3	37,6
Hamburg	327 595	315 797	371 600	60 772	63 869	65 800	+ 13,4	+ 17,7	17,7
Hessen	419 726	404 333	415 365	144 306	143 305	149 551	- 1,0	+ 2,7	36,0
Mecklenburg-Vorpommern	35 655	37 689	40 107	26 588	27 924	28 933	+ 12,5	+ 6,4	72,1
Niedersachsen	431 604	427 211	455 688	175 149	177 300	184 587	+ 5,6	+ 6,7	40,5
Nordrhein-Westfalen	1 273 331	1 240 476	1 308 133	439 681	433 720	447 554	+ 2,7	+ 5,5	34,2
Rheinland-Pfalz	174 782	178 499	192 053	84 867	84 334	85 846	+ 9,9	+ 7,6	44,7
Saarland	54 278	57 172	63 581	20 416	22 891	23 176	+ 17,1	+ 11,2	36,5
Sachsen	102 754	105 037	109 892	68 666	70 962	73 944	+ 6,9	+ 4,6	67,3
Sachsen-Anhalt	54 478	56 249	58 706	35 606	35 659	37 235	+ 7,8	+ 4,4	63,4
Schleswig-Holstein	122 098	132 312	138 185	63 230	65 398	68 114	+ 13,2	+ 4,4	49,3
Thüringen	49 772	52 191	52 670	38 859	39 522	41 018	+ 5,8	+ 0,9	77,9
Deutschland	4 930 000	4 897 937	5 240 996	1 889 202	1 903 561	1 980 697	+ 6,3	+ 7,0	37,8
Westdeutschland	4 486 206	4 437 472	4 755 475	1 627 578	1 629 763	1 694 237	+ 6,0	+ 7,2	35,6
Ostdeutschland	443 794	460 465	485 521	261 624	273 798	286 460	+ 9,4	+ 5,4	59,0

24. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2006 ¹⁾	2010	2011	2006	2011		11/06 ¹⁾	11/10
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	283 988	272 873	304 807	17,9	17,4	255 659	+ 7,3	+ 11,7
Bayern	312 304	309 984	333 692	19,7	19,1	283 766	+ 6,8	+ 7,6
Berlin	30 981	23 811	24 809	2,0	1,4	266 425	- 19,9	+ 4,2
Brandenburg	20 700	22 511	25 787	1,3	1,5	261 550	+ 24,6	+ 14,6
Bremen	17 979	21 186	23 516	1,1	1,3	467 425	+ 30,8	+ 11,0
Hamburg	72 515	73 497	85 064	4,6	4,9	1 024 157	+ 17,3	+ 15,7
Hessen	95 391	99 934	112 541	6,0	6,4	281 704	+ 18,0	+ 12,6
Mecklenburg-Vorpommern	10 829	11 870	12 979	0,7	0,7	227 483	+ 19,9	+ 9,3
Niedersachsen	169 923	168 949	192 087	10,7	11,0	383 389	+ 13,0	+ 13,7
Nordrhein-Westfalen	329 703	315 395	348 102	20,8	19,9	290 171	+ 5,6	+ 10,4
Rheinland-Pfalz	73 922	78 879	88 564	4,7	5,1	312 547	+ 19,8	+ 12,3
Saarland	23 693	23 669	27 390	1,5	1,6	287 899	+ 15,6	+ 15,7
Sachsen	50 966	54 423	60 889	3,2	3,5	238 408	+ 19,5	+ 11,9
Sachsen-Anhalt	34 427	38 052	42 760	2,2	2,4	328 317	+ 24,2	+ 12,4
Schleswig-Holstein	34 190	31 557	34 741	2,2	2,0	287 109	+ 1,6	+ 10,1
Thüringen	27 035	29 001	32 058	1,7	1,8	193 673	+ 18,6	+ 10,5
Deutschland	1 585 703	1 575 593	1 749 786	100,0	100,0	296 516	+ 10,3	+ 11,1
Westdeutschland	1 413 608	1 395 923	1 550 504	89,1	88,6	303 948	+ 9,7	+ 11,1
Ostdeutschland	174 938	179 668	199 282	11,0	11,4	249 124	+ 13,9	+ 10,9

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003. Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2008 ist daher eingeschränkt.

25. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2011	Veränderung	
	2006 ¹⁾	2010	2011	2006	2011		11/06 ¹⁾	11/10
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	10 379	10 485	11 651	12,6	12,5	133 847	+ 12,3	+ 11,1
Bayern	15 998	15 722	17 655	19,4	18,9	136 503	+ 10,4	+ 12,3
Berlin	2 154	2 397	2 687	2,6	2,9	135 397	+ 24,7	+ 12,1
Brandenburg	3 320	3 336	3 901	4,0	4,2	115 643	+ 17,5	+ 16,9
Bremen	585	475	564	0,7	0,6	158 961	- 3,6	+ 18,7
Hamburg	1 682	1 613	1 770	2,0	1,9	192 907	+ 5,2	+ 9,7
Hessen	5 405	5 463	6 156	6,6	6,6	124 901	+ 13,9	+ 12,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 802	1 624	1 869	2,2	2,0	114 215	+ 3,7	+ 15,1
Niedersachsen	8 685	9 182	10 399	10,5	11,1	131 437	+ 19,7	+ 13,3
Nordrhein-Westfalen	13 399	13 805	15 541	16,3	16,6	124 420	+ 16,0	+ 12,6
Rheinland-Pfalz	4 236	4 405	4 735	5,1	5,1	122 186	+ 11,8	+ 7,5
Saarland	1 037	1 031	1 080	1,3	1,2	118 716	+ 4,1	+ 4,8
Sachsen	5 603	5 528	6 341	6,8	6,8	109 906	+ 13,2	+ 14,7
Sachsen-Anhalt	3 026	3 109	3 328	3,7	3,6	108 443	+ 10,0	+ 7,0
Schleswig-Holstein	2 208	2 250	2 649	2,7	2,8	119 238	+ 20,0	+ 17,7
Thüringen	2 875	2 638	3 105	3,5	3,3	110 360	+ 8,0	+ 17,7
Deutschland	82 394	83 062	93 429	100,0	100,0	126 437	+ 13,4	+ 12,5
Westdeutschland	63 614	64 431	72 200	77,2	77,3	130 682	+ 13,5	+ 12,1
Ostdeutschland	18 780	18 632	21 231	22,8	22,7	113 862	+ 13,1	+ 13,9

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003. Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2008 ist daher eingeschränkt.

26. Gästeübernachtungen (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt		
	insgesamt			dar. von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾			11/06	11/10
	2006	2010	2011		2006	2010	2011		
	Anzahl (1 000)			%	Anzahl (1 000)			%	
Baden-Württemberg	40 857	43 515	45 616	19,3	2,7	2,6	2,6	+ 11,6	+ 4,8
Bayern	74 691	77 877	80 957	17,4	2,9	2,8	2,7	+ 8,4	+ 4,0
Berlin	15 910	20 796	22 359	41,4	2,2	2,3	2,3	+ 40,5	+ 7,5
Brandenburg	9 552	10 690	11 057	6,9	2,8	2,8	2,7	+ 15,8	+ 3,4
Bremen	1 469	1 813	1 931	21,1	1,8	1,7	1,8	+ 31,4	+ 6,5
Hamburg	7 177	8 947	9 530	21,4	1,9	1,9	1,9	+ 32,8	+ 6,5
Hessen	25 968	28 150	29 016	19,5	2,4	2,4	2,3	+ 11,7	+ 3,1
Mecklenburg-Vorpommern	24 772	27 670	27 622	2,9	4,2	4,2	4,1	+ 11,5	- 0,2
Niedersachsen	34 885	38 479	39 431	8,5	3,3	3,2	3,2	+ 13,0	+ 2,5
Nordrhein-Westfalen	39 264	42 110	44 245	19,9	2,3	2,3	2,3	+ 12,7	+ 5,1
Rheinland-Pfalz	19 916	20 571	21 533	25,0	2,8	2,7	2,6	+ 8,1	+ 4,7
Saarland	2 195	2 228	2 330	12,0	3,0	3,0	2,9	+ 6,2	+ 4,6
Sachsen	16 378	16 776	17 339	9,4	2,7	2,6	2,6	+ 5,9	+ 3,4
Sachsen-Anhalt	6 414	6 857	7 070	6,5	2,5	2,5	2,4	+ 10,2	+ 3,1
Schleswig-Holstein	23 044	24 470	24 514	6,0	4,3	4,1	4,0	+ 6,4	+ 0,2
Thüringen	8 731	9 386	9 487	6,0	2,8	2,7	2,7	+ 8,7	+ 1,1
Deutschland	351 224	380 334	394 036	16,2	2,8	2,7	2,7	+ 12,2	+ 3,6
Westdeutschland	269 467	288 159	299 103	16,8	+ 11,0	+ 3,8
Ostdeutschland	81 757	92 175	94 933	14,2	+ 16,1	+ 3,0

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

27. Verfügbares Einkommen pro Einwohner

Land	Verfügbares Einkommen pro Einwohner			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner	
	2004	2008	2009	2008	2009	09/04	09/08
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	18 903	20 919	20 504	108,6	108,0	+ 8,5	- 2,0
Bayern	18 377	20 504	20 111	105,6	105,9	+ 9,4	- 1,9
Berlin	14 683	15 658	15 843	84,4	83,5	+ 7,9	+ 1,2
Brandenburg	14 785	16 102	16 398	85,0	86,4	+ 10,9	+ 1,8
Bremen	19 025	21 683	21 156	109,3	111,4	+ 11,2	- 2,4
Hamburg	22 214	24 605	24 137	127,7	127,2	+ 8,7	- 1,9
Hessen	18 086	20 102	19 956	103,9	105,1	+ 10,3	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	13 906	14 974	15 226	79,9	80,2	+ 9,5	+ 1,7
Niedersachsen	16 732	18 437	18 431	96,1	97,1	+ 10,2	- 0,0
Nordrhein-Westfalen	18 377	19 875	19 682	105,6	103,7	+ 7,1	- 1,0
Rheinland-Pfalz	16 907	18 635	18 637	97,2	98,2	+ 10,2	+ 0,0
Saarland	16 959	19 050	18 743	97,5	98,7	+ 10,5	- 1,6
Sachsen	14 776	15 655	15 881	84,9	83,7	+ 7,5	+ 1,4
Sachsen-Anhalt	14 022	15 274	15 568	80,6	82,0	+ 11,0	+ 1,9
Schleswig-Holstein	16 563	18 565	18 620	95,2	98,1	+ 12,4	+ 0,3
Thüringen	14 236	15 328	15 514	81,8	81,7	+ 9,0	+ 1,2
Deutschland	17 402	19 116	18 983	100,0	100,0	+ 9,1	- 0,7
Westdeutschland	18 152	20 013	19 784	104,7	104,2	+ 9,0	- 1,1
Ostdeutschland	14 482	15 555	15 790	81,4	83,2	+ 9,0	+ 1,5

28. Bruttoverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste ³⁾			Bruttojahresverdienst von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ³⁾			Veränderung der Bruttojahresverdienste	Vergrößerung (+) od. Verringerung (-) des Verdienstunterschiedes Frauen/Männer
	2007	2010	2011	2007	2010	2011		
	€			%				
							Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	43 025	45 150	47 052	73,4	75,0	74,2	+ 4,2	+ 0,8
Bayern	42 157	44 615	46 226	76,8	77,8	77,2	+ 3,6	+ 0,6
Berlin	40 271	41 376	42 769	83,7	83,6	83,3	+ 3,4	+ 0,3
Brandenburg	31 462	34 204	35 165	96,3	97,1	96,9	+ 1,0	+ 0,2
Bremen	41 403	44 232	45 530	74,1	78,3	77,4	+ 2,9	+ 0,9
Hamburg	45 203	47 612	48 845	78,1	80,6	80,0	+ 2,6	+ 0,6
Hessen	45 884	48 337	49 937	77,9	79,6	79,0	+ 3,3	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	29 336	31 642	32 502	91,6	93,5	93,8	+ 2,7	- 0,3
Niedersachsen	38 191	40 645	41 999	79,7	81,4	81,0	+ 3,3	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	41 724	44 350	45 753	79,5	80,7	80,3	+ 3,2	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	39 529	42 078	43 083	80,5	81,5	80,8	+ 2,4	+ 0,7
Saarland	38 876	40 764	42 262	79,5	80,1	79,9	+ 3,7	+ 0,2
Sachsen	30 242	32 698	33 463	93,6	94,8	93,3	+ 2,3	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	29 970	32 131	33 052	97,9	99,4	98,7	+ 2,9	+ 0,7
Schleswig-Holstein	36 882	39 036	39 817	80,3	81,6	82,1	+ 2,0	- 0,5
Thüringen	29 010	31 531	32 601	92,1	93,5	93,8	+ 3,4	- 0,3
Deutschland	40 134	42 515	43 929	78,9	80,3	79,7	+ 3,3	+ 0,6
Westdeutschland ¹⁾	41 767	44 149	45 647	78,1	79,4	78,8	+ 3,4	+ 0,6
Ostdeutschland ²⁾	30 082	32 533	33 427	94,4	95,7	95,1	+ 2,7	+ 0,6

1) Einschließlich Berlin. - 2) Ohne Berlin. - 3) Einschließlich Sonderzahlungen.

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je tätiger Person	10/05 ¹⁾	
	2005 ¹⁾	2009	2010		10/05 ¹⁾	10/09
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	7 993	8 546	8 656	7 494	+ 8,3	+ 1,3
Bayern	8 983	8 834	8 841	7 769	- 1,6	+ 0,1
Berlin	836	802	748	8 311	- 10,6	- 6,8
Brandenburg	872	893	804	8 791	- 7,8	- 10,0
Bremen	514	447	535	10 917	+ 4,1	+ 19,8
Hamburg	1 041	676	672	8 283	- 35,5	- 0,6
Hessen	2 443	2 972	2 965	7 693	+ 21,4	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	404	445	425	7 562	+ 5,3	- 4,5
Niedersachsen	4 155	4 522	4 171	8 509	+ 0,4	- 7,8
Nordrhein-Westfalen	9 021	8 774	8 000	6 833	- 11,3	- 8,8
Rheinland-Pfalz	2 037	2 259	2 277	8 280	+ 11,8	+ 0,8
Saarland	813	777	1 496	16 466	+ 83,9	+ 92,4
Sachsen	3 062	2 530	3 484	14 504	+ 13,8	+ 37,7
Sachsen-Anhalt	1 458	1 706	1 339	10 568	- 8,1	- 21,5
Schleswig-Holstein	808	710	794	6 686	- 1,7	+ 11,8
Thüringen	1 062	1 201	1 268	8 072	+ 19,4	+ 5,6
Deutschland	45 501	46 092	46 474	8 129	+ 2,1	+ 0,8
Westdeutschland	37 806	38 516	38 407	7 753	+ 1,6	- 0,3
Ostdeutschland	7 695	7 577	8 068	10 593	+ 4,8	+ 6,5

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003. Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2008 ist daher eingeschränkt.

30. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen insgesamt	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	13 347	14 813	14 355	124	138	133	+ 7,6	- 3,1
Bayern	14 010	12 969	13 340	112	104	106	- 4,8	+ 2,9
Berlin	943	903	805	28	26	23	- 14,6	- 10,9
Brandenburg	428	301	354	17	12	14	- 17,3	+ 17,6
Bremen	142	148	149	21	22	23	+ 4,9	+ 0,7
Hamburg	946	905	1 005	54	51	56	+ 6,2	+ 11,0
Hessen	3 202	2 411	2 366	53	40	39	- 26,1	- 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	183	155	164	11	9	10	- 10,4	5,8
Niedersachsen	2 603	2 940	2 969	33	37	37	+ 14,1	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	8 195	7 506	7 052	45	42	40	- 13,9	- 6,0
Rheinland-Pfalz	1 311	1 182	1 164	32	29	29	- 11,2	- 1,5
Saarland	318	259	251	30	25	25	- 21,1	- 3,1
Sachsen	810	1 136	1 045	19	27	25	+ 29,0	- 8,0
Sachsen-Anhalt	343	312	308	14	13	13	- 10,2	- 1,3
Schleswig-Holstein	585	561	481	21	20	17	- 17,8	- 14,3
Thüringen	646	546	562	28	24	25	- 13,0	+ 2,9
Deutschland	48 012	47 047	46 370	58	58	57	- 3,4	- 1,4
Westdeutschland	44 659	43 694	43 132	68	67	66	- 3,4	- 1,3
Ostdeutschland	3 353	3 353	3 238	20	21	20	- 3,4	- 3,4

Globalisierung

31. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2011	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	2006	2010	2011 ²⁾		11/06	11/10
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	141 538	152 722	172 305	19,9	+ 21,7	+ 12,8
Bayern	140 368	144 011	159 774	18,5	+ 13,8	+ 10,9
Berlin	11 484	12 041	12 805	1,5	+ 11,5	+ 6,3
Brandenburg	8 745	12 245	13 496	1,6	+ 54,3	+ 10,2
Bremen	12 074	13 995	15 267	1,8	+ 26,4	+ 9,1
Hamburg	27 739	35 576	42 022	4,9	+ 51,5	+ 18,1
Hessen	44 764	51 244	55 295	6,4	+ 23,5	+ 7,9
Mecklenburg-Vorpommern	3 898	6 034	7 193	0,8	+ 84,5	+ 19,2
Niedersachsen	67 345	65 843	75 320	8,7	+ 11,8	+ 14,4
Nordrhein-Westfalen	159 577	160 233	176 315	20,4	+ 10,5	+ 10,0
Rheinland-Pfalz	36 362	40 426	44 904	5,2	+ 23,5	+ 11,1
Saarland	12 361	12 982	14 772	1,7	+ 19,5	+ 13,8
Sachsen	19 590	24 743	29 395	3,4	+ 50,0	+ 18,8
Sachsen-Anhalt	10 002	12 560	14 722	1,7	+ 47,2	+ 17,2
Schleswig-Holstein	17 373	18 262	18 221	2,1	+ 4,9	- 0,2
Thüringen	9 275	10 823	12 627	1,5	+ 36,1	+ 16,7
Deutschland¹⁾	893 042	951 959	1 060 037	100,0	+ 18,7	+ 11,4
Westdeutschland	659 501	695 294	774 195	89,6	+ 17,4	+ 11,3
Ostdeutschland	62 994	78 446	90 238	10,4	+ 43,2	+ 15,0

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte. - 2) Vorläufige Werte.

32. Einfuhr

Land	Einfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Einfuhr 2011	Veränderung der Einfuhr insgesamt	
	2006	2010	2011 ²⁾		11/06	11/10
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	115 428	126 295	143 918	16,4	+ 24,7	+ 14,0
Bayern	115 966	129 429	145 815	16,6	+ 25,7	+ 12,7
Berlin	7 905	9 505	10 090	1,1	+ 27,6	+ 6,2
Brandenburg	10 971	14 443	18 487	2,1	+ 68,5	+ 28,0
Bremen	12 994	12 563	13 983	1,6	+ 7,6	+ 11,3
Hamburg	58 085	67 324	69 551	7,9	+ 19,7	+ 3,3
Hessen	64 066	67 847	75 749	8,6	+ 18,2	+ 11,6
Mecklenburg-Vorpommern	3 450	3 931	4 518	0,5	+ 31,0	+ 14,9
Niedersachsen	65 362	72 583	83 208	9,5	+ 27,3	+ 14,6
Nordrhein-Westfalen	169 854	176 562	204 003	23,2	+ 20,1	+ 15,5
Rheinland-Pfalz	23 537	27 086	31 408	3,6	+ 33,4	+ 16,0
Saarland	10 951	10 783	12 922	1,5	+ 18,0	+ 19,8
Sachsen	13 488	16 903	19 940	2,3	+ 47,8	+ 18,0
Sachsen-Anhalt	9 606	11 936	14 839	1,7	+ 54,5	+ 24,3
Schleswig-Holstein	23 570	19 663	20 989	2,4	- 11,0	+ 6,7
Thüringen	6 025	6 755	8 019	0,9	+ 33,1	+ 18,7
Deutschland¹⁾	737 675	801 442	907 000	100,0	+ 23,0	+ 13,2
Westdeutschland	659 813	710 135	801 546	91,4	+ 21,5	+ 12,9
Ostdeutschland	51 445	63 473	75 893	8,6	+ 47,5	+ 19,6

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Importe. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte. - 2) Vorläufige Werte.

33. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2005	2009	2010	2005	2010	10/05	10/09
	Mio. €			%		%	
Baden-Württemberg	104 509	143 836	163 501	15,5	16,3	+ 56,4	+ 13,7
Bayern	144 574	201 781	222 045	21,5	22,1	+ 53,6	+ 10,0
Berlin	6 633	11 655	14 143	1,0	1,4	+ 113,2	+ 21,3
Brandenburg	173	465	443	0,0	0,0	+ 156,1	- 4,7
Bremen	675	837	952	0,1	0,1	+ 41,0	+ 13,7
Hamburg	26 103	40 831	43 458	3,9	4,3	+ 66,5	+ 6,4
Hessen	87 286	139 011	153 140	13,0	15,3	+ 75,4	+ 10,2
Mecklenburg-Vorpommern	318	813	863	0,0	0,1	+ 171,4	+ 6,2
Niedersachsen	43 394	59 013	64 573	6,4	6,4	+ 48,8	+ 9,4
Nordrhein-Westfalen	211 398	270 875	282 199	31,4	28,1	+ 33,5	+ 4,2
Rheinland-Pfalz	33 410	36 349	39 662	5,0	4,0	+ 18,7	+ 9,1
Saarland	2 790	3 234	3 139	0,4	0,3	+ 12,5	- 2,9
Sachsen	7 571	940	1 000	1,1	0,1	- 86,8	+ 6,4
Sachsen-Anhalt	143	669	5 605	0,0	0,6	+ 3 819,6	+ 737,8
Schleswig-Holstein	3 676	7 387	7 588	0,5	0,8	+ 106,4	+ 2,7
Thüringen	567	690	852	0,1	0,1	+ 50,3	23,5
Deutschland¹⁾	673 220	918 388	1003 163	100,0	100,0	+ 49,0	+ 9,2
Westdeutschland	657 815	903 154	980 257	97,7	97,7	+ 49,0	+ 8,5
Ostdeutschland	15 405	15 232	22 906	2,3	2,3	+ 48,7	+ 50,4

1) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. - Quelle: Deutsche Bundesbank

34. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2005	2009	2010	2005	2010	10/05	10/09
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	71 668	83 017	91 872	13,2	13,1	+ 28,2	+ 10,7
Bayern	78 644	107 194	114 144	14,5	16,3	+ 45,1	+ 6,5
Berlin	17 124	25 485	34 363	3,2	4,9	+ 100,7	+ 34,8
Brandenburg	937	2 742	2 756	0,2	0,4	+ 194,1	+ 0,5
Bremen	4 227	4 231	4 586	0,8	0,7	+ 8,5	+ 8,4
Hamburg	66 306	79 281	73 706	12,2	10,5	+ 11,2	- 7,0
Hessen	104 276	111 191	117 465	19,2	16,8	+ 12,6	+ 5,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 857	5 012	5 938	0,5	0,8	+ 107,8	+ 18,5
Niedersachsen	15 967	25 026	27 312	2,9	3,9	+ 71,1	+ 9,1
Nordrhein-Westfalen	148 587	189 284	189 848	27,4	27,1	+ 27,8	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	11 053	13 654	14 969	2,0	2,1	+ 35,4	+ 9,6
Saarland	2 174	1 530	1 528	0,4	0,2	- 29,7	- 0,1
Sachsen	2 321	2 829	3 882	0,4	0,6	+ 67,3	+ 37,2
Sachsen-Anhalt	4 153	4 401	4 065	0,8	0,6	- 2,1	- 7,6
Schleswig-Holstein	10 120	12 212	11 548	1,9	1,7	+ 14,1	- 5,4
Thüringen	2 147	1 739	1 760	0,4	0,3	- 18,0	1,2
Deutschland¹⁾	542 560	668 826	699 742	100,0	100,0	+ 29,0	+ 4,6
Westdeutschland	513 022	626 620	646 978	94,6	92,5	+ 26,1	+ 3,2
Ostdeutschland	29 539	42 208	52 764	5,4	7,5	+ 78,6	+ 25,0

1) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. - Quelle: Deutsche Bundesbank.

35. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung Auslandsumsatz	
	2006 ¹⁾	2010	2011	2006	2010	2011	11/06 ¹⁾	11/10
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	136 603	136 207	152 206	48,1	49,9	49,9	+ 11,4	+ 11,7
Bayern	146 491	159 223	170 085	46,9	51,4	51,0	+ 16,1	+ 6,8
Berlin	9 644	10 971	11 200	31,1	46,1	45,1	+ 16,1	+ 2,1
Brandenburg	4 886	5 735	6 995	23,6	25,5	27,1	+ 43,2	+ 22,0
Bremen	9 107	11 556	12 269	50,7	54,5	52,2	+ 34,7	+ 6,2
Hamburg	15 829	17 119	18 748	21,8	23,3	22,0	+ 18,4	+ 9,5
Hessen	42 902	48 499	55 736	45,0	48,5	49,5	+ 29,9	+ 14,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 637	2 948	3 449	24,4	24,8	26,6	+ 30,8	+ 17,0
Niedersachsen	69 850	74 106	84 874	41,1	43,9	44,2	+ 21,5	+ 14,5
Nordrhein-Westfalen	134 101	131 254	145 686	40,7	41,6	41,9	+ 8,6	+ 11,0
Rheinland-Pfalz	35 042	39 576	45 023	47,4	50,2	50,8	+ 28,5	+ 13,8
Saarland	11 148	11 579	13 152	47,1	48,9	48,0	+ 18,0	+ 13,6
Sachsen	17 371	18 940	21 794	34,1	34,8	35,8	+ 25,5	+ 15,1
Sachsen-Anhalt	8 812	10 019	11 380	25,6	26,3	26,6	+ 29,1	+ 13,6
Schleswig-Holstein	13 902	12 628	13 578	40,7	40,0	39,1	- 2,3	+ 7,5
Thüringen	8 006	8 560	9 452	29,6	29,5	29,5	+ 18,1	+ 10,4
Deutschland	666 331	698 921	775 626	42,0	44,4	44,3	+ 16,4	+ 11,0
Westdeutschland	614 975	641 747	711 357	43,5	46,0	45,9	+ 15,7	+ 10,8
Ostdeutschland	51 356	57 173	64 270	29,4	31,8	32,3	+ 25,1	+ 12,4

1) Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003. Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2008 ist daher eingeschränkt.

36. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets¹⁾

Land	Wanderungssaldo						Zu- oder Abnahme des Saldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner			11/06	11/10
	2006	2010	2011 ²⁾	2006	2010	2011		
	Anzahl							
Baden-Württemberg	- 1 743	18 879	40 404	- 0,2	1,8	3,7	+ 42 147	+ 21 525
Bayern	3 183	34 869	60 579	0,3	2,8	4,8	+ 57 396	+ 25 710
Berlin	8 724	- 1 172	24 080	2,6	- 0,3	6,9	+ 15 356	+ 25 252
Brandenburg	- 248	2 142	3 443	- 0,1	0,9	1,4	+ 3 691	+ 1 301
Bremen	811	39	3 272	1,2	0,1	4,9	+ 2 461	+ 3 233
Hamburg	2 855	5 246	8 374	1,6	2,9	4,7	+ 5 519	+ 3 128
Hessen	- 15 752	9 684	29 496	- 2,6	1,6	4,8	+ 45 248	+ 19 812
Mecklenburg-Vorpommern	878	1 368	2 656	0,5	0,8	1,6	+ 1 778	+ 1 288
Niedersachsen	13 149	14 458	23 670	1,6	1,8	3,0	+ 10 521	+ 9 212
Nordrhein-Westfalen	9 666	27 449	52 575	0,5	1,5	2,9	+ 42 909	+ 25 126
Rheinland-Pfalz	- 1 004	5 685	11 779	- 0,2	1,4	2,9	+ 12 783	+ 6 094
Saarland	298	2 000	3 040	0,3	2,0	3,0	+ 2 742	+ 1 040
Sachsen	974	401	5 241	0,2	0,1	1,3	+ 4 267	+ 4 840
Sachsen-Anhalt	1 068	2 047	1 385	0,4	0,9	0,6	+ 317	- 662
Schleswig-Holstein	422	2 779	6 486	0,1	1,0	2,3	+ 6 064	+ 3 707
Thüringen	- 490	1 803	2 727	- 0,2	0,8	1,2	+ 3 217	+ 924
Deutschland	22 791	127 677	279 207	0,3	1,6	3,4	+ 256 416	+ 151 530
Westdeutschland	11 885	121 088	239 675	0,2	1,9	3,7	+ 227 790	+ 118 587
Ostdeutschland	10 906	6 589	39 532	0,7	0,4	2,4	+ 28 626	+ 32 943

1) Einschl. unbekanntes Ausland sowie einschl. Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". - 2) Vorläufige Ergebnisse.

Finanzen

37. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –¹⁾

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ²⁾		Bereinigte Einnahmen je Einwohner		Veränderung insgesamt	Steuereinnahmequote 2011 ³⁾
	2010	2011	2010	2011		
	Mio. €		€		11/10	%
Baden-Württemberg	49 563	56 651	4 611	5 261	+ 14,3	68,4
Bayern	61 866	67 263	4 942	5 355	+ 8,7	70,1
Berlin	20 709	22 285	6 012	6 408	+ 7,6	48,7
Brandenburg	12 438	13 792	4 960	5 520	+ 10,9	50,3
Bremen	3 498	4 486	5 304	6 802	+ 28,2	51,1
Hamburg	10 434	12 489	5 865	6 974	+ 19,7	69,7
Hessen	30 064	33 366	4 958	5 492	+ 11,0	67,9
Mecklenburg-Vorpommern	8 363	9 271	5 079	5 661	+ 10,9	46,8
Niedersachsen	33 596	36 418	4 235	4 595	+ 8,4	65,5
Nordrhein-Westfalen	86 450	95 969	4 843	5 380	+ 11,0	61,7
Rheinland-Pfalz	17 236	18 123	4 301	4 532	+ 5,1	67,3
Saarland	4 332	4 560	4 248	4 494	+ 5,3	68,3
Sachsen	21 366	22 772	5 144	5 502	+ 6,6	50,5
Sachsen-Anhalt	11 810	13 272	5 037	5 714	+ 12,4	48,8
Schleswig-Holstein	11 657	13 221	4 117	4 663	+ 13,4	65,5
Thüringen	10 708	11 365	4 778	5 103	+ 6,1	53,2
Deutschland⁴⁾	386 916	429 548	4 733	5 253	+ 11,0	63,5
Westdeutschland	308 696	342 546	4 719	5 232	+ 11,0	66,2
Ostdeutschland	85 394	92 757	5 227	5 690	+ 8,6	49,8

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z. B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet; die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert. - 3) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen. - 4) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

38. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –¹⁾

Land	Steuereinnahmen insgesamt		Steuereinnahmen je Einwohner		Veränderung insgesamt	Steuereinnahmen/BIP 2011
	2010	2011	2010	2011		
	Mio. €		€		11/10	%
Baden-Württemberg	34 872	38 740	3 244	3 597	+ 11,1	10,3
Bayern	43 287	47 178	3 458	3 756	+ 9,0	10,6
Berlin	10 501	10 860	3 049	3 123	+ 3,4	10,7
Brandenburg	6 510	6 943	2 596	2 779	+ 6,7	12,6
Bremen	2 014	2 291	3 054	3 474	+ 13,8	8,2
Hamburg	8 202	8 706	4 610	4 862	+ 6,1	9,2
Hessen	21 381	22 668	3 526	3 731	+ 6,0	9,9
Mecklenburg-Vorpommern	4 067	4 340	2 470	2 650	+ 6,7	12,4
Niedersachsen	22 836	23 870	2 879	3 012	+ 4,5	10,6
Nordrhein-Westfalen	54 929	59 230	3 077	3 321	+ 7,8	10,4
Rheinland-Pfalz	11 444	12 190	2 856	3 048	+ 6,5	10,8
Saarland	2 789	3 116	2 735	3 071	+ 11,7	10,2
Sachsen	10 764	11 511	2 591	2 781	+ 6,9	12,1
Sachsen-Anhalt	5 900	6 471	2 516	2 786	+ 9,7	12,5
Schleswig-Holstein	7 930	8 660	2 801	3 054	+ 9,2	11,8
Thüringen	5 605	6 042	2 501	2 713	+ 7,8	12,6
Deutschland²⁾	253 030	272 816	3 095	3 336	+ 7,8	10,6
Westdeutschland	209 684	226 649	3 206	3 462	+ 8,1	10,4
Ostdeutschland	43 347	46 167	2 653	2 832	+ 6,5	11,9

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z. B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –¹⁾

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ²⁾		Bereinigte Ausgaben je Einwohner		Veränderung insgesamt	Bereinigte Ausgaben/BIP 2011
	2010	2011	2010	2011		
	Mio. €		€		11/10	%
Baden-Württemberg	50 987	55 664	4 743	5 169	+ 9,2	14,8
Bayern	63 520	65 724	5 074	5 233	+ 3,5	14,7
Berlin	21 916	23 263	6 363	6 689	+ 6,1	22,9
Brandenburg	13 006	13 708	5 187	5 487	+ 5,4	24,9
Bremen	4 754	5 359	7 208	8 126	+ 12,7	19,1
Hamburg	11 284	12 878	6 342	7 191	+ 14,1	13,6
Hessen	34 598	37 392	5 706	6 155	+ 8,1	16,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 492	9 102	5 157	5 558	+ 7,2	26,0
Niedersachsen	35 993	38 827	4 538	4 899	+ 7,9	17,3
Nordrhein-Westfalen	96 357	101 626	5 398	5 698	+ 5,5	17,9
Rheinland-Pfalz	19 798	20 444	4 941	5 112	+ 3,3	18,1
Saarland	5 863	5 583	5 749	5 502	- 4,8	18,3
Sachsen	21 488	20 843	5 173	5 036	- 3,0	21,9
Sachsen-Anhalt	12 470	13 288	5 318	5 721	+ 6,6	25,6
Schleswig-Holstein	13 296	14 011	4 696	4 941	+ 5,4	19,0
Thüringen	11 325	11 578	5 053	5 199	+ 2,2	24,1
Deutschland³⁾	417 762	443 316	5 110	5 422	+ 6,1	17,2
Westdeutschland	336 450	357 508	5 144	5 461	+ 6,3	16,4
Ostdeutschland	88 697	91 782	5 429	5 630	+ 3,5	23,7

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z.B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert. - 3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –¹⁾

Land	Personalausgaben insgesamt		Personalausgaben je Einwohner		Veränderung insgesamt	Personal- ausgabenquote 2011 ²⁾
	2010	2011	2010	2011		
	Mio. €		€		11/10	%
Baden-Württemberg	21 202	23 139	1 972	2 149	+ 9,1	41,6
Bayern	24 198	25 210	1 933	2 007	+ 4,2	38,4
Berlin	7 243	8 029	2 103	2 309	+ 10,9	34,5
Brandenburg	3 940	4 656	1 571	1 864	+ 18,2	34,0
Bremen	1 590	1 942	2 411	2 945	+ 22,1	36,2
Hamburg	3 879	4 506	2 180	2 516	+ 16,2	35,0
Hessen	12 669	13 709	2 089	2 257	+ 8,2	36,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 611	3 008	1 586	1 837	+ 15,2	33,0
Niedersachsen	14 863	15 987	1 874	2 017	+ 7,6	41,2
Nordrhein-Westfalen	34 382	36 794	1 926	2 063	+ 7,0	36,2
Rheinland-Pfalz	7 844	8 527	1 958	2 132	+ 8,7	41,7
Saarland	2 136	2 272	2 094	2 239	+ 6,4	40,7
Sachsen	6 805	7 512	1 638	1 815	+ 10,4	36,0
Sachsen-Anhalt	3 945	4 608	1 683	1 984	+ 16,8	34,7
Schleswig-Holstein	5 028	5 368	1 776	1 893	+ 6,8	38,3
Thüringen	3 970	4 243	1 771	1 905	+ 6,9	36,6
Deutschland³⁾	156 349	169 811	1 913	2 077	+ 8,6	38,3
Westdeutschland	127 791	137 454	1 954	2 100	+ 7,6	38,4
Ostdeutschland	28 514	32 056	1 745	1 966	+ 12,4	34,9

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z. B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben. - 3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –¹⁾

Land	Zinsausgaben insgesamt		Zinsausgaben je Einwohner		Veränderung insgesamt ²⁾	Zins-Steuer-Quote 2011 ²⁾
	2010	2011	2010	2011	11/10	
	Mio. €		€		%	
Baden-Württemberg	2 566	2 838	239	264	+ 10,6	7,3
Bayern	1 577	1 633	126	130	+ 3,6	3,5
Berlin	2 202	2 222	639	639	+ 0,9	20,5
Brandenburg	700	771	279	309	+ 10,1	11,1
Bremen	658	633	998	960	- 3,8	27,6
Hamburg	873	896	491	500	+ 2,6	10,3
Hessen	1 816	1 932	299	318	+ 6,4	8,5
Mecklenburg-Vorpommern	452	453	275	277	+ 0,2	10,4
Niedersachsen	2 273	2 391	287	302	+ 5,2	10,0
Nordrhein-Westfalen	7 094	6 814	397	382	- 3,9	11,5
Rheinland-Pfalz	1 441	1 416	360	354	- 1,7	11,6
Saarland	575	585	564	577	+ 1,7	18,8
Sachsen	496	452	119	109	- 8,9	3,9
Sachsen-Anhalt	911	904	389	389	- 0,8	14,0
Schleswig-Holstein	1 082	1 079	382	381	- 0,3	12,5
Thüringen	744	743	332	334	- 0,1	12,3
Deutschland³⁾	25 546	25 848	312	316	+ 1,2	9,5
Westdeutschland	19 955	20 217	305	309	+ 1,3	8,9
Ostdeutschland	5 505	5 545	337	340	+ 0,7	12,0

1) Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z.B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen. - 3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Finanzierungssaldo¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Saldo insgesamt		Saldo je Einwohner		Veränderung insgesamt	Finanzierungs-saldo/BIP 2011
	2010	2011	2010	2011	11/10	
	Mio. €		€		Mio. €	%
Baden-Württemberg	-1 424	987	- 132	92	+2 411	0,3
Bayern	-1 654	1 539	- 132	123	+3 193	0,3
Berlin	-1 207	- 978	- 350	- 281	+ 229	-1,0
Brandenburg	- 568	84	- 227	34	+ 652	0,2
Bremen	-1 256	- 873	-1 904	-1 324	+ 383	-3,1
Hamburg	- 850	- 389	- 478	- 217	+ 461	-0,4
Hessen	-4 534	-4 026	- 748	- 663	+ 508	-1,8
Mecklenburg-Vorpommern	- 129	169	- 78	103	+ 298	0,5
Niedersachsen	-2 397	-2 409	- 302	- 304	- 12	-1,1
Nordrhein-Westfalen	-9 907	-5 657	- 555	- 317	+4 250	-1,0
Rheinland-Pfalz	-2 562	-2 321	- 639	- 580	+ 241	-2,0
Saarland	-1 531	-1 023	-1 501	-1 008	+ 508	-3,4
Sachsen	- 122	1 929	- 29	466	+2 051	2,0
Sachsen-Anhalt	- 660	- 16	- 281	- 7	+ 644	0,0
Schleswig-Holstein	-1 639	- 790	- 579	- 279	+ 849	-1,1
Thüringen	- 617	- 213	- 275	- 96	+ 404	-0,4
Deutschland²⁾	-30 846	-13 768	- 377	- 168	+17 078	-0,5
Westdeutschland	-27 754	-14 962	- 424	- 229	+12 792	-0,7
Ostdeutschland	-3 303	975	- 207	60	+4 278	0,3

1) Differenz aus bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben. - Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z.B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

43. Schulden beim nicht öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich (31.12.)		Schulden beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner		Veränderung insgesamt	Kreditfinanzierungsquote ²⁾
	2010	2011	2010	2011		
	Mio. €		€		%	
Baden-Württemberg	64 976	68 546	6 376	6 365	+ 5,5	8,3
Bayern	43 197	42 447	3 391	3 380	- 1,7	-0,3
Berlin	60 243	61 386	17 822	17 651	+ 1,9	5,0
Brandenburg	22 036	21 861	8 718	8 750	- 0,8	1,2
Bremen	18 053	18 888	28 637	28 639	+ 4,6	20,8
Hamburg	25 120	24 891	13 990	13 900	- 0,9	-5,2
Hessen	51 811	55 615	9 172	9 155	+ 7,3	4,8
Mecklenburg-Vorpommern	12 227	12 090	7 343	7 382	- 1,1	-1,0
Niedersachsen	67 009	69 433	8 753	8 760	+ 3,6	5,3
Nordrhein-Westfalen	219 258	227 866	12 765	12 775	+ 3,9	6,8
Rheinland-Pfalz	41 334	43 259	10 796	10 817	+ 4,7	6,1
Saarland	14 539	15 168	14 873	14 948	+ 4,3	6,9
Sachsen	10 103	9 088	2 188	2 196	- 10,0	-3,4
Sachsen-Anhalt	24 244	24 102	10 279	10 376	- 0,6	0,8
Schleswig-Holstein	30 699	31 613	11 165	11 149	+ 3,0	6,1
Thüringen	18 827	18 793	8 385	8 438	- 0,2	1,6
Deutschland³⁾	723 679	745 042	9 114	9 112	+ 3,0	4,3
Westdeutschland	575 998	597 726	9 138	9 130	+ 3,8	5,1
Ostdeutschland	147 681	147 320	9 017	9 037	- 0,2	0,9

1) Die Schulden beim nicht öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite. - Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen. Die Angaben für 2010 weichen daher von den Zahlen im *Niedersachsen-Monitor 2011* ab, die die Extrahaushalte noch unberücksichtigt ließen. Ein Vergleich zu den Vorjahren ohne Extrahaushalte (z.B. 2006) ist aus diesem Grunde nicht sinnvoll. - 2) Kreditfinanzierungsquote = (Schuldenaufnahme abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt) / bereinigte Gesamtausgaben. - 3) Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

44. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ insgesamt			LFA und BEZ je Einwohner			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ ber. Einnahmen 2011
	2006	2010	2011 ¹⁾	2006	2010	2011	11/06	11/10	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	- 2 057	- 1 709	- 1 779	- 192	- 159	- 165	+ 278	- 70	- 3,1
Bayern	- 2 093	- 3 511	- 3 663	- 168	- 280	- 292	- 1 570	- 152	- 5,4
Berlin	5 593	5 518	5 576	1 645	1 602	1 603	- 17	+ 58	25,0
Brandenburg	2 594	2 075	2 027	1 016	827	811	- 567	- 48	14,7
Bremen	614	651	743	924	987	1 127	+ 129	+ 92	16,6
Hamburg	- 623	- 66	- 62	- 357	- 37	- 35	+ 561	+ 4	- 0,5
Hessen	- 2 418	- 1 752	- 1 804	- 398	- 289	- 297	+ 614	- 52	- 5,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 945	1 667	1 633	1 143	1 012	997	- 312	- 34	17,6
Niedersachsen	358	386	287	45	49	36	- 71	- 99	0,8
Nordrhein-Westfalen	- 132	473	224	- 7	26	13	+ 356	- 249	0,2
Rheinland-Pfalz	569	457	407	140	114	102	- 162	- 50	2,2
Saarland	233	199	242	223	195	238	+ 9	+ 43	5,3
Sachsen	4 566	3 828	3 732	1 071	922	902	- 834	- 96	16,4
Sachsen-Anhalt	2 706	2 315	2 261	1 101	987	973	- 445	- 54	17,0
Schleswig-Holstein	244	206	227	86	73	80	- 17	+ 21	1,7
Thüringen	2 580	2 147	2 120	1 111	958	952	- 460	- 27	18,7
Deutschland	22 002	19 923	19 478	267	244	238	- 2 524	- 445	4,5
Westdeutschland	2 018	2 372	2 130	31	36	33	+ 112	- 242	0,6
Ostdeutschland	19 984	17 550	17 349	1 197	1 074	1 064	- 2 635	- 201	18,7

1) Vorläufige Angaben. - Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Schulische Qualifikation

45. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2005	2009	2010	2005	2009	2010	10/05	10/09
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	8 788	6 796	6 240	6,9	5,7	5,3	- 29,0	- 8,2
Bayern	10 878	8 187	7 579	7,5	6,0	5,7	- 30,3	- 7,4
Berlin	3 576	2 777	2 730	10,0	10,4	10,5	- 23,7	- 1,7
Brandenburg	3 397	1 938	1 629	9,3	11,0	10,1	- 52,0	- 15,9
Bremen	690	463	415	10,6	7,4	6,8	- 39,9	- 10,4
Hamburg	1 771	1 213	1 224	11,0	8,2	8,4	- 30,9	+ 0,9
Hessen	5 280	4 464	3 863	7,9	7,2	6,3	- 26,8	- 13,5
Mecklenburg-Vorpommern	2 548	1 617	1 434	10,7	14,1	14,2	- 43,7	- 11,3
Niedersachsen	8 345	5 556	5 218	8,8	6,2	5,9	- 37,5	- 6,1
Nordrhein-Westfalen	14 691	13 339	11 925	7,0	6,5	6,0	- 18,8	- 10,6
Rheinland-Pfalz	3 487	3 076	2 565	7,2	6,9	5,9	- 26,4	- 16,6
Saarland	939	710	566	7,9	6,6	5,5	- 39,7	- 20,3
Sachsen	4 830	2 690	2 341	9,4	11,2	10,0	- 51,5	- 13,0
Sachsen-Anhalt	3 845	1 982	1 844	11,4	12,3	12,7	- 52,0	- 7,0
Schleswig-Holstein	3 098	2 225	2 202	9,5	7,2	7,2	- 28,9	- 1,0
Thüringen	2 308	1 275	1 266	7,8	9,4	9,6	- 45,1	- 0,7
Deutschland	78 471	58 308	53 041	8,1	7,0	6,6	- 32,4	- 9,0
Westdeutschland	57 967	46 029	41 797	- 27,9	- 9,2
Ostdeutschland	20 504	12 279	11 244	- 45,2	- 8,4

1) Prozentanteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung der 14- bis unter 17-Jährigen am 1.1. Für Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt der Anteil an den 15- bis unter 18-Jährigen.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 195.

46. Frühe Schulabgänger¹⁾ nach Geschlecht und Bundesländern

Land	Insgesamt			Männer	Frauen	Veränderung insgesamt	
	2006	2010	2011	2011		11/06	11/10
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	12,4	9,8	9,9	9,9	9,9	- 2,5	+ 0,1
Bayern	12,6	9,4	9,1	10,2	8,0	- 3,5	- 0,3
Berlin	18,2	14,6	13,1	15,0	11,2	- 5,1	- 1,5
Brandenburg	11,1	9,6	10,2	11,8	8,4	- 0,9	+ 0,6
Bremen	17,5	14,3	17,2	/	/	- 0,3	+ 2,9
Hamburg	16,7	13,2	13,2	15,4	11,0	- 3,5	- 0,0
Hessen	14,7	11,8	10,6	11,7	9,5	- 4,1	- 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	12,9	9,2	9,9	10,9	8,8	- 3,0	+ 0,7
Niedersachsen	14,6	13,9	14,1	14,5	13,7	- 0,5	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	16,7	14,6	13,6	14,8	12,3	- 3,1	- 1,0
Rheinland-Pfalz	15,3	15,5	13,5	14,8	12,2	- 1,8	- 2,0
Saarland	20,8	13,2	15,4	18,4	/	- 5,4	+ 2,2
Sachsen	8,9	7,6	7,7	7,9	7,5	- 1,2	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	12,2	11,7	12,9	14,0	11,6	+ 0,7	+ 1,2
Schleswig-Holstein	17,1	12,6	12,9	13,6	12,0	- 4,2	+ 0,3
Thüringen	8,8	6,3	7,7	8,5	6,7	- 1,1	+ 1,4
Deutschland	14,1	11,9	11,6	12,5	10,6	- 2,5	- 0,3
Westdeutschland	14,7	12,3	11,9	12,8	11,0	- 2,8	- 0,4
Ostdeutschland	11,9	10,0	10,2	11,2	9,1	- 1,7	+ 0,2

1) Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet noch an einer Weiterbildung teilnimmt, sich im Grund- und Zivildienst befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

47. Schulclassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen¹⁾

Land	Allgemeine Hochschulreife						Veränderung der Quoten	
	Absolventen			Abiturientenquote ¹⁾			10/05	10/09
	2005	2009	2010	2005	2009	2010		
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	38 950	47 108	48 362	32,0	36,1	37,5	+ 5,5	+ 1,4
Bayern	28 964	37 116	39 956	21,2	25,0	27,1	+ 5,9	+ 2,1
Berlin	13 481	14 008	13 379	36,1	36,9	37,8	+ 1,7	+ 0,9
Brandenburg	11 301	13 012	10 169	31,1	39,7	37,2	+ 6,1	- 2,5
Bremen	2 422	2 823	2 989	34,2	37,5	40,3	+ 6,1	+ 2,8
Hamburg ²⁾	5 712	7 509	12 799	33,2	40,8	70,9	+ 37,7	+ 30,1
Hessen	18 605	21 797	23 093	29,2	31,9	34,2	+ 5,0	+ 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	6 748	6 047	4 522	26,2	30,0	30,2	+ 4,0	+ 0,2
Niedersachsen	24 335	27 963	30 517	27,7	29,5	32,4	+ 4,7	+ 2,9
Nordrhein-Westfalen	61 159	74 113	77 692	30,8	34,4	36,3	+ 5,5	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	12 136	15 120	15 916	26,8	31,0	33,1	+ 6,3	+ 2,1
Saarland ²⁾	2 713	6 114	3 368	23,6	50,7	28,5	+ 4,9	- 22,2
Sachsen	16 696	14 803	9 555	29,6	34,5	27,7	- 1,9	- 6,8
Sachsen-Anhalt	9 280	7 468	4 963	27,3	29,0	23,9	- 3,4	- 5,1
Schleswig-Holstein	8 426	10 839	12 082	29,0	32,8	36,8	+ 7,8	+ 4,0
Thüringen	9 934	8 647	6 551	30,6	36,0	33,8	+ 3,2	- 2,2
Deutschland	270 862	314 487	315 913	28,8	32,7	34,2	+ 5,4	+ 1,5
Westdeutschland	203 422	250 502	266 774
Ostdeutschland	67 440	63 985	49 139

1) Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1. - 2) Im Saarland 2009 und in Hamburg 2010 doppelter Abiturientenjahrgang.
Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 195.

48. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	382 159	444 127	464 751	10,2	11,4	11,7	+ 21,6	+ 4,6
Bayern	413 092	480 807	507 142	9,6	10,5	10,8	+ 22,8	+ 5,5
Berlin	139 159	166 474	175 754	13,6	14,8	15,3	+ 26,3	+ 5,6
Brandenburg	68 805	72 467	74 534	9,7	9,6	9,8	+ 8,3	+ 2,9
Bremen	29 558	34 174	35 460	10,9	12,0	12,2	+ 20,0	+ 3,8
Hamburg	92 884	112 315	117 998	12,3	13,7	14,1	+ 27,0	+ 5,1
Hessen	239 094	273 003	283 317	11,4	12,5	12,7	+ 18,5	+ 3,8
Mecklenburg-Vorpommern	45 489	47 288	48 738	9,0	9,0	9,2	+ 7,1	+ 3,1
Niedersachsen	175 043	206 137	218 608	7,5	8,4	8,6	+ 24,9	+ 6,0
Nordrhein-Westfalen	509 011	590 316	618 504	9,2	10,1	10,4	+ 21,5	+ 4,8
Rheinland-Pfalz	82 959	97 110	101 700	7,2	8,0	8,2	+ 22,6	+ 4,7
Saarland	26 013	29 123	29 771	7,7	8,3	8,3	+ 14,4	+ 2,2
Sachsen	174 769	187 279	192 332	13,0	13,3	13,4	+ 10,0	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	63 126	68 010	68 912	8,7	9,1	9,1	+ 9,2	+ 1,3
Schleswig-Holstein	47 871	55 357	57 563	6,1	6,7	6,8	+ 20,2	+ 4,0
Thüringen	72 606	76 382	78 748	10,2	10,3	10,5	+ 8,5	+ 3,1
Deutschland	2 561 638	2 940 369	3 073 832	9,7	10,6	10,8	+ 20,0	+ 4,5
Westdeutschland	1 997 684	2 322 469	2 434 814	9,4	10,4	10,6	+ 21,9	+ 4,8
Ostdeutschland	563 954	617 900	639 018	11,2	11,7	11,9	+ 13,3	+ 3,4

Wissenschaft und Kultur

49. Studienanfängerinnen und Studienanfänger und Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger im ersten Hochschulsemester ¹⁾³⁾			Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2005	2009	2010	2005	2009	2010	10/05	10/09
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	49 578	65 321	67 638	39,1	50,2	51,4	+ 12,3	+ 1,2
Bayern	50 518	59 081	64 749	35,0	39,4	42,6	+ 7,6	+ 3,2
Berlin	20 704	26 326	28 850	47,6	58,8	65,3	+ 17,6	+ 6,5
Brandenburg	7 552	10 056	9 499	22,9	32,7	33,8	+ 10,9	+ 1,2
Bremen	5 256	5 866	6 478	63,0	67,7	74,0	+ 11,0	+ 6,4
Hamburg	11 864	15 312	15 841	55,8	70,5	72,3	+ 16,5	+ 1,8
Hessen	30 059	35 709	36 713	44,8	51,7	52,5	+ 7,7	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 169	7 673	7 031	25,7	34,6	34,5	+ 8,8	- 0,1
Niedersachsen	25 930	29 150	30 983	29,3	31,9	33,6	+ 4,2	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	80 903	91 240	97 666	39,5	42,8	45,2	+ 5,7	+ 2,4
Rheinland-Pfalz	17 535	20 842	22 161	37,8	43,3	45,7	+ 7,8	+ 2,3
Saarland	3 740	5 119	5 751	31,8	43,3	48,3	+ 16,5	+ 5,0
Sachsen	19 940	21 616	20 269	35,6	41,0	41,3	+ 5,8	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	8 765	10 230	10 085	27,1	34,1	36,3	+ 9,2	+ 2,1
Schleswig-Holstein	8 123	9 496	9 687	27,6	30,1	30,3	+ 2,7	+ 0,2
Thüringen	9 325	11 236	11 207	29,6	39,1	42,1	+ 12,6	+ 3,1
Deutschland	355 961	424 273	444 608	36,7	43,1	45,3	+ 8,6	+ 2,2
Westdeutschland	283 506	337 136	357 667	37,9	43,4	45,6	+ 7,7	+ 2,1
Ostdeutschland	72 455	87 137	86 941	41,0	41,7	44,3	+ 3,4	+ 2,7

1) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester. - 2) Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12. (19 bis unter 25 Jahre). - 3) Im Saarland 2009 und in Hamburg 2010 doppelter Abiturientenjahrgang.

50. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2005	2009	2010	2005	2009	2010	10/05	10/09
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	244 618	277 367	290 286	11,6	9,5	9,2	- 2,4	- 0,3
Bayern	252 498	272 666	287 432	9,0	7,5	7,3	- 1,7	- 0,2
Berlin	133 024	140 070	147 030	11,4	12,6	13,0	+ 1,6	+ 0,4
Brandenburg	41 688	49 633	50 941	11,3	9,4	9,3	- 2,0	- 0,1
Bremen	35 064	31 160	31 848	13,4	12,5	11,5	- 1,9	- 1,0
Hamburg	69 572	75 503	80 115	9,0	7,8	7,5	- 1,5	- 0,3
Hessen	163 205	185 996	196 545	9,8	8,6	8,6	- 1,2	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	34 690	38 907	39 562	5,5	4,9	4,8	- 0,7	- 0,1
Niedersachsen	152 317	143 927	149 899	9,2	8,3	7,8	- 1,4	- 0,5
Nordrhein-Westfalen	478 023	508 534	535 454	9,2	7,8	7,5	- 1,7	- 0,3
Rheinland-Pfalz	101 845	109 478	113 069	8,8	8,1	7,5	- 1,3	- 0,6
Saarland	19 598	22 821	25 343	14,4	12,0	11,8	- 2,6	- 0,2
Sachsen	107 792	109 363	109 761	8,2	8,7	8,8	+ 0,6	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	51 732	52 924	54 078	8,0	7,8	7,9	- 0,1	+ 0,1
Schleswig-Holstein	47 331	50 307	52 344	6,3	5,7	5,5	- 0,8	- 0,2
Thüringen	49 075	52 522	53 587	5,3	6,2	6,6	+ 1,3	+ 0,4
Deutschland	1 982 072	2 121 178	2 217 294	9,5	8,5	8,3	- 1,2	- 0,2
Westdeutschland	1 564 071	1 677 759	1 762 335
Ostdeutschland	418 001	443 419	454 959

51. Absolventen (Erststudium)

Land	Absolventen (Erststudium) insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Absolventen insgesamt ¹⁾	
	2005	2009	2010 ¹⁾	2005	2010 ¹⁾	Anteil in Prozent		10/05	10/09
						2005	2010 ¹⁾		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	27 601	44 143	44 835	13 323	21 647	48,3	48,3	+ 62,4	+ 1,6
Bayern	29 949	39 527	42 960	14 878	21 871	49,7	50,9	+ 43,4	+ 8,7
Berlin	16 524	18 462	18 165	8 451	9 814	51,1	54,0	+ 9,9	- 1,6
Brandenburg	3 916	6 115	6 200	2 054	3 372	52,5	54,4	+ 58,3	+ 1,4
Bremen	2 850	4 947	5 233	1 479	2 788	51,9	53,3	+ 83,6	+ 5,8
Hamburg	7 073	8 728	9 142	3 425	4 561	48,4	49,9	+ 29,3	+ 4,7
Hessen	16 094	22 149	24 112	8 054	12 822	50,0	53,2	+ 49,8	+ 8,9
Mecklenburg-Vorpommern	3 504	4 132	4 463	1 894	2 465	54,1	55,2	+ 27,4	+ 8,0
Niedersachsen	19 207	25 055	22 760	10 138	12 358	52,8	54,3	+ 18,5	- 9,2
Nordrhein-Westfalen	43 314	64 122	63 809	22 146	33 197	51,1	52,0	+ 47,3	- 0,5
Rheinland-Pfalz	10 008	12 898	12 992	5 391	7 178	53,9	55,2	+ 29,8	+ 0,7
Saarland	1 866	2 340	2 229	975	1 144	52,3	51,3	+ 19,5	- 4,7
Sachsen	11 012	15 496	16 520	5 438	8 553	49,4	51,8	+ 50,0	+ 6,6
Sachsen-Anhalt	4 691	7 254	6 948	2 640	4 019	56,3	57,8	+ 48,1	- 4,2
Schleswig-Holstein	4 735	5 844	6 058	2 263	3 008	47,8	49,7	+ 27,9	+ 3,7
Thüringen	5 592	7 663	8 455	3 004	4 403	53,7	52,1	+ 51,2	+ 10,3
Deutschland	207 936	288 875	294 881	105 553	153 200	50,8	52,0	+ 41,8	+ 2,1
Westdeutschland	162 697	229 753	234 130	82 072	120 574	50,4	51,5	+ 43,9	+ 1,9
Ostdeutschland	45 239	59 122	60 751	23 481	32 626	51,9	53,7	+ 34,3	+ 2,8

1) Bis 2009 wurden bei der Berechnung der Absolventen im Erststudium noch die Masterabsolventen miteinbezogen. Ab 2010 ist dies nicht mehr der Fall. Die Vergleichbarkeit von Veränderungen mit dem Jahr 2010 ist daher eingeschränkt.

52. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Promotionen insgesamt	
	2005	2009	2010	2005	2010	Anteil in Prozent		10/05	10/09
						2005	2010		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	3 849	4 066	4 125	1 413	1 862	36,7	45,1	+ 7,2	+ 1,5
Bayern	4 156	3 619	4 259	1 649	1 905	39,7	44,7	+ 2,5	+ 17,7
Berlin	3 038	2 043	2 288	1 337	1 073	44,0	46,9	- 24,7	+ 12,0
Brandenburg	316	355	328	112	142	35,4	43,3	+ 3,8	- 7,6
Bremen	246	360	317	104	153	42,3	48,3	+ 28,9	- 11,9
Hamburg	913	919	543	386	202	42,3	37,2	- 40,5	- 40,9
Hessen	1 849	2 043	2 073	725	909	39,2	43,8	+ 12,1	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	395	469	450	159	208	40,3	46,2	+ 13,9	- 4,1
Niedersachsen	2 073	2 049	2 085	831	917	40,1	44,0	+ 0,6	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	5 054	5 106	4 996	1 918	2 057	38,0	41,2	- 1,1	- 2,2
Rheinland-Pfalz	971	1 025	913	375	400	38,6	43,8	- 6,0	- 10,9
Saarland	292	238	237	130	86	44,5	36,3	- 18,8	- 0,4
Sachsen	1 059	1 206	1 201	392	540	37,0	45,0	+ 13,4	- 0,4
Sachsen-Anhalt	498	480	585	185	260	37,1	44,4	+ 17,5	+ 21,9
Schleswig-Holstein	690	535	582	317	292	45,9	50,2	- 15,7	+ 8,8
Thüringen	553	571	647	239	295	43,2	45,6	+ 17,0	+ 13,3
Deutschland	25 952	25 084	25 629	10 272	11 301	39,6	44,1	- 1,2	+ 2,2
Westdeutschland	20 093	19 960	20 130	7 848	8 783	39,1	43,6	+ 0,2	+ 0,9
Ostdeutschland	5 859	5 124	5 499	2 424	2 518	41,4	45,8	- 6,1	+ 7,3

53. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter weiblich				Veränderung der Professuren insgesamt	
	2005	2009	2010	2005	2010	Anteil in Prozent		10/05	10/09
						2005	2010		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	5 241	6 157	6 346	668	1 063	12,7	16,8	+ 21,1	+ 3,1
Bayern	5 187	5 652	5 854	522	883	10,1	15,1	+ 12,9	+ 3,6
Berlin	2 432	2 883	3 005	472	866	19,4	28,8	+ 23,6	+ 4,2
Brandenburg	797	848	873	146	172	18,3	19,7	+ 9,5	+ 2,9
Bremen	692	637	653	122	145	17,6	22,2	- 5,6	+ 2,5
Hamburg	1 482	1 417	1 393	255	323	17,2	23,2	- 6,0	- 1,7
Hessen	3 123	3 122	3 213	440	678	14,1	21,1	+ 2,9	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	817	816	823	106	128	13,0	15,6	+ 0,7	+ 0,9
Niedersachsen	3 154	3 291	3 393	601	801	19,1	23,6	+ 7,6	+ 3,1
Nordrhein-Westfalen	7 532	7 785	8 170	1 064	1 596	14,1	19,5	+ 8,5	+ 4,9
Rheinland-Pfalz	1 706	1 789	1 921	222	340	13,0	17,7	+ 12,6	+ 7,4
Saarland	418	448	464	52	80	12,4	17,2	+ 11,0	+ 3,6
Sachsen	2 185	2 192	2 185	320	372	14,6	17,0	+ 0,0	- 0,3
Sachsen-Anhalt	1 078	1 019	1 050	168	182	15,6	17,3	- 2,6	+ 3,0
Schleswig-Holstein	932	1 005	994	106	145	11,4	14,6	+ 6,7	- 1,1
Thüringen	1 089	1 104	1 125	148	171	13,6	15,2	+ 3,3	+ 1,9
Deutschland	37 865	40 165	41 462	5 412	7 945	14,3	19,2	+ 9,5	+ 3,2
Westdeutschland	29 467	31 303	32 401	4 052	6 054	13,8	18,7	+ 10,0	+ 3,5
Ostdeutschland	8 398	8 862	9 061	1 360	1 891	16,2	20,9	+ 7,9	+ 2,2

1) Professuren: ohne Gastprofessuren und Emeriti; Insgesamt: einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

54. Öffentliche Ausgaben für Kultur

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ^{1) 2)}			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner ^{1) 2)}			Veränderung der öffentlichen Ausgaben		Anteil der Ausgaben für Kultur am BIP 2007
	2002 ³⁾	2005	2007	2002 ³⁾	2005	2007	07/02	07/05	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 111	1 064	1 096	104	99	102	- 1,3	+ 3,0	0,3
Bayern	1 325	1 161	1 223	107	93	98	- 7,7	+ 5,3	0,3
Berlin	664	592	618	196	175	181	- 7,0	+ 4,3	0,7
Brandenburg	223	214	218	86	83	86	- 2,1	+ 2,0	0,4
Bremen	95	102	95	144	155	144	- 0,3	- 7,0	0,4
Hamburg	240	265	350	139	152	199	+ 45,7	+ 32,2	0,4
Hessen	566	619	624	93	102	103	+ 10,1	+ 0,8	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	193	197	180	110	115	107	- 6,7	- 8,9	0,5
Niedersachsen	595	578	572	75	72	72	- 3,9	- 1,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 605	1 443	1 569	89	80	87	- 2,2	+ 8,8	0,3
Rheinland-Pfalz	281	291	304	69	72	75	+ 8,0	+ 4,3	0,3
Saarland	72	58	72	68	55	69	- 1,2	+ 22,4	0,2
Sachsen	729	695	756	167	162	178	+ 3,7	+ 8,8	0,8
Sachsen-Anhalt	316	294	298	123	119	123	- 5,8	+ 1,1	0,6
Schleswig-Holstein	191	184	189	68	65	67	- 1,0	+ 2,6	0,3
Thüringen	310	266	275	129	114	120	- 11,4	+ 3,3	0,6
Deutschland	8 515	8 023	8 436	103	97	103	- 0,9	5,1	0,3
Westdeutschland	6 081	5 765	6 092	93	88	93	+ 0,2	+ 5,7	0,3
Ostdeutschland	2 434	2 258	2 344	143	135	141	- 3,7	+ 3,8	0,6

1) Grundmittel. - 2) Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen. - 3) Durch Änderungen in der Haushaltssystematik ist ab dem Jahr 2002 kein Vergleich bei den Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung auf Gemeinde- / Zweckverbandsebene möglich.

55. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ^{1) 2)}			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{1) 2)}			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Anteil d. Ausgaben f. Hochschulen am BIP 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 224	3 521	3 885	15 000	15 000	16 400	+ 20,5	+ 10,4	1,1
Bayern	3 172	3 505	3 871	13 700	13 900	15 400	+ 22,0	+ 10,4	0,9
Berlin	1 607	1 638	1 778	11 600	12 600	13 500	+ 10,7	+ 8,5	2,0
Brandenburg	398	400	422	10 600	9 600	9 600	+ 6,2	+ 5,5	0,8
Bremen	383	379	441	12 300	12 400	14 300	+ 14,9	+ 16,4	1,6
Hamburg	774	783	922	11 200	11 900	14 300	+ 19,1	+ 17,7	1,1
Hessen	1 528	1 958	2 295	9 300	12 700	15 100	+ 50,1	+ 17,2	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	438	412	442	14 500	11 900	12 400	+ 1,0	+ 7,3	1,2
Niedersachsen	2 134	2 166	2 375	14 200	15 300	17 300	+ 11,3	+ 9,7	1,1
Nordrhein-Westfalen	5 067	4 937	5 443	9 800	11 100	12 300	+ 7,4	+ 10,3	1,0
Rheinland-Pfalz	896	980	1 021	9 900	9 900	10 100	+ 14,0	+ 4,2	1,0
Saarland	272	276	258	13 900	14 200	12 900	- 5,3	- 6,7	0,8
Sachsen	1 255	1 319	1 417	12 900	12 800	13 700	+ 12,9	+ 7,5	1,5
Sachsen-Anhalt	594	549	599	13 300	10 900	11 900	+ 0,7	+ 9,1	1,1
Schleswig-Holstein	504	580	593	11 800	12 800	12 900	+ 17,5	+ 2,2	0,8
Thüringen	558	582	637	11 900	11 900	12 900	+ 14,1	+ 9,5	1,3
Deutschland	22 806	23 984	26 398	11 800	12 600	13 900	+ 15,8	+ 10,1	1,1
Westdeutschland	17 956	19 085	21 104	+ 17,5	+ 10,6	1,0
Ostdeutschland	4 850	4 899	5 295	+ 9,2	+ 8,1	1,3

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z.B. Studentenwerke) insgesamt. - 2) ISCED 5a/6.

Umwelt

56. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2005	2009	2010	2005	2009	2010	10/05	10/09
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	4 902	5 030	5 054	8,8	7,0	6,7	+ 3,1	+ 0,5
Bayern	7 665	7 919	7 995	15,8	16,4	20,9	+ 4,3	+ 1,0
Berlin	621	626	627	0,4	0,6	0,4	+ 1,0	+ 0,2
Brandenburg	2 576	2 699	2 716	11,2	6,7	4,7	+ 5,4	+ 0,7
Bremen	229	231	232	0,1	0,0	0,2	+ 1,4	+ 0,4
Hamburg	446	450	451	1,0	0,2	0,3	+ 1,2	+ 0,2
Hessen	3 210	3 262	3 276	3,7	3,6	3,8	+ 2,1	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 703	1 821	1 847	6,7	7,7	7,1	+ 8,4	+ 1,4
Niedersachsen	6 285	6 435	6 464	14,0	8,6	8,0	+ 2,9	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	7 418	7 611	7 653	13,3	9,2	11,6	+ 3,2	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	2 770	2 821	2 823	8,1	0,6	0,5	+ 1,9	+ 0,1
Saarland	519	528	532	0,6	0,8	1,1	+ 2,5	+ 0,7
Sachsen	2 159	2 279	2 304	3,0	10,1	6,9	+ 6,7	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	2 192	2 249	2 243	25,0	0,4	-1,6	+ 2,3	- 0,3
Schleswig-Holstein	1 900	1 975	1 986	4,5	3,3	3,1	+ 4,5	+ 0,6
Thüringen	1 456	1 488	1 501	1,6	2,7	3,7	+ 3,1	+ 0,9
Deutschland¹⁾	46 050	47 422	47 702	117,7	78,0	76,7	+ 3,6	+ 0,6
Westdeutschland	35 343	36 261	36 466	69,8	49,8	56,1	+ 3,2	+ 0,6
Ostdeutschland	10 707	11 161	11 238	47,9	28,2	21,2	+ 5,0	+ 0,7

1) Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Bundesländer abweichen.

57. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2005	2007	2010	2005	2007	2010	10/05	10/07
	ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	92 834	94 593	112 165	6,4	6,6	8,0	+ 1,5	+ 1,4
Bayern	127 696	146 468	194 065	3,9	4,5	6,2	+ 2,3	+ 1,6
Berlin	31	249	271	1,3	11,1	12,4	+ 11,1	+ 1,4
Brandenburg	131 431	133 805	140 795	9,8	10,1	10,6	+ 0,8	+ 0,6
Bremen	329	424	812	3,9	5,0	9,8	+ 5,9	+ 4,8
Hamburg	898	963	978	6,4	6,9	6,8	+ 0,5	- 0,0
Hessen	54 302	61 143	72 697	7,0	7,8	9,5	+ 2,4	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	109 879	119 968	117 826	8,1	8,8	8,7	+ 0,6	- 0,1
Niedersachsen	64 108	74 810	78 495	2,4	2,9	3,0	+ 0,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	42 430	48 930	54 500	2,8	3,3	3,7	+ 0,9	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	19 297	25 782	37 950	2,7	3,6	5,4	+ 2,7	+ 1,8
Saarland	6 146	7 164	8 495	7,8	9,1	10,9	+ 3,1	+ 1,8
Sachsen	31 191	32 033	37 973	3,4	3,5	4,2	+ 0,7	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	49 344	44 742	49 625	4,2	3,8	4,2	+ 0,0	+ 0,4
Schleswig-Holstein	28 136	29 684	35 179	2,8	2,9	3,5	+ 0,7	+ 0,6
Thüringen	24 421	40 403	39 023	3,1	5,1	5,0	+ 1,9	- 0,1
Deutschland	782 475	861 161	980 851	4,6	5,1	5,9	+ 1,3	+ 0,8
Westdeutschland	436 178	489 961	595 338	3,8	4,3	5,3	+ 1,5	+ 1,0
Ostdeutschland	346 297	371 200	385 513	6,2	6,7	6,9	+ 0,7	+ 0,3

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

58. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher									
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch ¹⁾					
	2001	2007	2001	2007	2001	2004	2007	07/01	07/04	
Mio. m ³			Liter je Einwohner und Tag						%	
Baden-Württemberg	593	567	477	455	124	123	117	- 6,0	- 5,3	
Bayern	781	743	595	601	134	135	133	- 0,7	- 1,4	
Berlin	206	189	154	138	124	124	112	- 10,0	- 10,0	
Brandenburg	110	109	94	90	102	100	98	- 3,5	- 1,6	
Bremen	41	38	34	31	138	136	127	- 8,1	- 6,8	
Hamburg	114	94	104	86	150	142	133	- 11,1	- 6,1	
Hessen	335	315	282	272	128	127	123	- 4,1	- 3,4	
Mecklenburg-Vorpommern	83	83	65	62	102	102	100	- 1,6	- 1,6	
Niedersachsen	472	464	376	371	131	130	128	- 2,1	- 1,4	
Nordrhein-Westfalen	1 177	1 105	916	877	141	139	135	- 4,0	- 2,7	
Rheinland-Pfalz	235	221	185	174	124	122	118	- 4,6	- 3,0	
Saarland	58	55	47	44	121	118	116	- 4,2	- 1,8	
Sachsen	187	178	142	131	90	88	85	- 5,2	- 3,1	
Sachsen-Anhalt	109	115	89	80	95	92	90	- 5,4	- 2,3	
Schleswig-Holstein	173	173	144	136	152	143	133	- 12,4	- 6,9	
Thüringen	98	94	76	76	87	90	90	+ 3,8	+ 0,3	
Deutschland	4 774	4 543	3 779	3 623	127	126	122	- 4,3	- 3,5	
Westdeutschland	3 981	3 774	3 159	3 046	134	131	128	- 4,2	- 2,2	
Ostdeutschland	793	769	620	576	100	100	96	- 4,3	- 4,0	

1) Verhältnis der Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe zu den angeschlossenen Einwohnern.

59. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾						Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2006	2009	2010	2006	2009	2010	10/06	10/09
	1 000 Tonnen			kg/Einwohner			%	
Baden-Württemberg	4 576	4 681	4 612	426	436	429	+ 0,8	- 1,5
Bayern	5 731	5 864	5 845	459	469	466	+ 2,0	- 0,3
Berlin	1 479	1 442	1 410	435	419	407	- 4,7	- 2,2
Brandenburg	985	976	982	387	389	392	- 0,3	+ 0,6
Bremen	310	303	296	466	458	447	- 4,7	- 2,4
Hamburg	818	803	787	466	453	441	- 3,7	- 1,9
Hessen	2 877	2 912	2 869	474	480	473	- 0,3	- 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	715	690	683	422	418	416	- 4,4	- 1,0
Niedersachsen	3 977	3 953	3 895	498	499	492	- 2,1	- 1,5
Nordrhein-Westfalen	8 478	8 369	8 269	470	468	463	- 2,5	- 1,2
Rheinland-Pfalz	2 031	2 072	2 061	501	516	515	+ 1,5	- 0,5
Saarland	526	507	498	504	495	490	- 5,2	- 1,6
Sachsen	1 444	1 369	1 343	340	328	324	- 7,0	- 1,9
Sachsen-Anhalt	1 075	1 047	1 034	440	444	443	- 3,8	- 1,2
Schleswig-Holstein	1 364	1 343	1 325	481	474	468	- 2,8	- 1,3
Thüringen	949	891	873	411	396	391	- 8,0	- 2,0
Deutschland	37 337	37 220	36 782	454	455	450	- 1,5	- 1,2
Westdeutschland	30 690	30 806	30 457	467	471	466	- 0,8	- 1,1
Ostdeutschland	6 647	6 414	6 325	398	391	387	- 4,8	- 1,4

1) Daten ab 2006 ohne Elektroaltgeräte.

60. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2006	2008	2009		2006	2008	2009	09/06	09/08
	Mio. kWh			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	473 043	451 548	429 332	40054	7,4	8,7	9,3	+ 1,9	+ 0,6
Bayern	576 403	566 584	556 756	59634	9,2	10,1	10,7	+ 1,6	+ 0,6
Berlin	84 276	79 528	1,7	2,7
Brandenburg	187 224	179 367	10,4	13,2
Bremen	41 990	44 315	42 136	2 084	3,8	4,4	4,9	+ 1,1	+ 0,5
Hamburg	64 696	62 511	63 135	3 367	3,6	5,1	5,3	+ 1,7	+ 0,2
Hessen	291 026	293 236	245 173	14 747	4,8	5,0	6,0	+ 1,2	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	50 690	53 579	50 898	13465	15,2	24,0	26,5	+ 11,3	+ 2,4
Niedersachsen	406 197	408 064	398 523	44 282	7,9	10,3	11,1	+ 3,3	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	1 134 615	1 159 325	1 167 489	46 441	3,4	4,1	4,0	+ 0,6	- 0,1
Rheinland-Pfalz	183 939	186 029	172 670	15837	6,8	8,1	9,2	2,3	1,1
Saarland	79 174	78 587	65 138	1 842	2,2	2,9	2,8	+ 0,6	- 0,1
Sachsen	179 650	175 343	174 019	11 843	4,9	6,2	6,8	+ 1,9	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	140 771	139 365	138 068	20 508	10,0	14,2	14,9	+ 4,8	+ 0,7
Schleswig-Holstein	162 195	120 849	117 171	11 984	5,2	9,4	10,2	+ 5,0	+ 0,9
Thüringen	69 618	69 335	68 426	14 479	15,4	18,9	21,2	+ 5,7	+ 2,3
Deutschland¹⁾	4 107 139	3 948 896	3 730 057	333 620	6,3	8,1	8,9	+ 2,6	+ 0,9
Westdeutschland ²⁾	3 413 279	3 371 048	5,8	5,9
Ostdeutschland ²⁾	712 229	696 516	8,7	11,8

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand August 2012) weichen aufgrund einer geringfügig abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2012).

61. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils der erneuerbaren Energien		
	2006	2008	2009	2006	2008	2009	09/06	09/08	
	Mio. kWh			Anteil in %			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	73 239	67 224	65 692	9 825	11,6	14,1	15,0	+ 3,3	+ 0,9
Bayern	84 994	88 658	90 170	20 980	19,9	22,6	23,3	+ 3,3	+ 0,7
Berlin	9 287	9 037	1,7	2,8
Brandenburg	45 410	49 011	13,5	17,0
Bremen	7 832	7 447	7 611	273	3,2	4,5	3,6	+ 0,4	- 1,0
Hamburg	1 865	2 194	2 698	390	22,2	18,6	14,4	- 7,7	- 4,2
Hessen	29 690	34 199	16 116	2 526	6,1	6,8	15,7	+ 9,6	+ 8,9
Mecklenburg-Vorpommern	7 502	8 642	7 598	3 819	29,7	42,5	50,3	+ 20,6	+ 7,7
Niedersachsen	69 185	72 119	72 779	15 806	15,9	23,5	21,7	+ 5,8	- 1,8
Nordrhein-Westfalen	185 528	189 971	165 336	11 100	5,2	4,4	6,7	+ 1,5	+ 2,3
Rheinland-Pfalz	14 180	15 882	15 449	3 909	21,4	23,8	25,3	+ 3,9	+ 1,5
Saarland	11 062	9 683	8 696	414	3,6	5,9	4,8	+ 1,2	- 1,1
Sachsen	37 077	35 420	36 548	3 009	5,9	8,2	8,2	+ 2,3	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	18 840	22 197	21 482	7 120	22,2	32,7	33,1	+ 10,9	+ 0,5
Schleswig-Holstein	38 423	23 659	24 118	6 421	11,8	27,3	26,6	+ 14,8	- 0,7
Thüringen	6 437	7 316	6 951	2 756	28,2	37,1	39,6	+ 11,4	+ 2,5
Deutschland¹⁾	636 939	637 250	593 189	94 618	11,3	14,6	16,0	+ 4,7	+ 1,4
Westdeutschland ²⁾	515 998	511 037	468 665	71 644	11,0	13,4	15,3	+ 4,3	+ 1,8
Ostdeutschland ²⁾	124 553	131 623

1) Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand Juli 2012; AG Erneuerbare Energien, Stand Juli 2012) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juni 2012).

62. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz*)

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen pro Einwohner			Veränderungsrate der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2006	2008	2009	2006	2008	2009	09/06	09/08
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	78 283	72 556	66 153	7,3	6,7	6,2	- 15,5	- 8,8
Bayern	81 879	80 430	77 930	6,6	6,4	6,2	- 4,8	- 3,1
Berlin	19 915	18 604	...	5,9	5,4
Brandenburg	58 273	56 587	...	22,8	22,4
Bremen	12 704	13 056	12 529	19,1	19,7	19,0	- 1,4	- 4,0
Hamburg	11 451	10 891	10 982	6,6	6,2	6,2	- 4,1	+ 0,8
Hessen	53 170	52 159	49 128	8,7	8,6	8,1	- 7,6	- 5,8
Mecklenburg-Vorpommern	11 080	10 867	9 505	6,5	6,5	5,7	- 14,2	- 12,5
Niedersachsen	70 298	69 402	65 810	8,8	8,7	8,3	- 6,4	- 5,2
Nordrhein-Westfalen	287 140	286 158	260 666	15,9	15,9	14,6	- 9,2	- 8,9
Rheinland-Pfalz	27 110	27 453	26 181	6,7	6,8	6,5	- 3,4	- 4,6
Saarland	23 577	22 961	18 377	22,5	22,2	17,9	- 22,1	- 20,0
Sachsen	48 295	46 927	47 980	11,3	11,2	11,5	- 0,7	+ 2,2
Sachsen-Anhalt	27 821	26 973	26 772	11,3	11,2	11,3	- 3,8	- 0,8
Schleswig-Holstein	19 339	18 688	18 430	6,8	6,6	6,5	- 4,7	- 1,4
Thüringen	11 283	10 911	10 526	4,9	4,8	4,7	- 6,7	- 3,5
Deutschland¹⁾	809 565	789 560	...	9,8	9,6
Westdeutschland ²⁾	664 951	653 754	606 186	10,1	10,0	9,0	- 8,8	- 7,3
Ostdeutschland ²⁾	176 667	170 869	...	10,6	10,4

*) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom. - 1) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung, Stand 17.1.2011 - ohne Emissionen aus dem internationalen Luft- und Seeverkehr; inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2012).

Soziales, Sicherheit

63. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Quote je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Quoten	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	13 119	11 828	11 882	143	130	134	- 6,5	+ 2,9
Bayern	13 593	11 696	12 325	130	111	119	- 8,6	+ 7,1
Berlin	10 024	9 503	9 393	338	285	284	- 16,0	- 0,3
Brandenburg	4 185	3 859	3 742	234	204	205	- 12,5	+ 0,4
Bremen	1 648	1 599	1 630	299	286	303	+ 1,2	+ 5,8
Hamburg	3 849	4 300	3 969	239	247	232	- 3,0	- 6,2
Hessen	9 586	8 676	8 533	186	168	166	- 10,9	- 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 192	3 124	2 991	253	234	237	- 6,5	+ 1,1
Niedersachsen	10 547	9 089	8 887	161	144	145	- 9,9	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	24 967	22 897	22 231	167	155	155	- 7,0	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	4 541	4 280	3 920	143	136	126	- 11,8	- 7,3
Saarland	1 257	1 322	1 212	174	187	171	- 1,7	- 8,6
Sachsen	6 490	5 884	5 903	199	168	171	- 13,8	+ 2,1
Sachsen-Anhalt	4 510	4 078	4 066	266	236	241	- 9,2	+ 2,3
Schleswig-Holstein	3 487	3 634	3 536	254	161	166	- 34,7	+ 3,0
Thüringen	4 206	3 737	3 636	256	213	213	- 16,8	+ 0,0
Deutschland	119 201	109 506	107 856	177	162	163	- 8,1	+ 0,5
Westdeutschland	86 594	79 321	78 125	158	146	147	- 6,8	+ 0,9
Ostdeutschland	32 607	30 185	29 731	259	295	225	- 13,2	- 23,8

64. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 861	3 027	3 346	9	16	18	+ 79,8	+ 10,5
Bayern	1 892	2 883	2 982	8	13	14	+ 57,6	+ 3,4
Berlin	1 342	1 243	1 768	27	25	36	+ 31,7	+ 42,2
Brandenburg	1 264	1 457	1 522	34	43	45	+ 20,4	+ 4,5
Bremen	251	527	418	24	52	42	+ 66,5	- 20,7
Hamburg	1 161	1 730	1 906	42	63	70	+ 64,2	+ 10,2
Hessen	1 853	2 989	2 997	17	29	29	+ 61,7	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	899	1 021	1 037	37	47	48	+ 15,4	+ 1,6
Niedersachsen	2 088	3 109	3 561	14	22	26	+ 70,5	+ 14,5
Nordrhein-Westfalen	8 018	10 438	10 617	24	34	34	+ 32,4	+ 1,7
Rheinland-Pfalz	582	1 075	1 174	8	16	17	+ 101,7	+ 9,2
Saarland	160	501	612	9	32	40	+ 282,5	+ 22,2
Sachsen	1 939	2 405	2 393	33	44	44	+ 23,4	- 0,5
Sachsen-Anhalt	823	1 099	1 155	25	37	39	+ 40,3	+ 5,1
Schleswig-Holstein	1 023	1 880	1 952	20	38	40	+ 90,8	+ 3,8
Thüringen	842	959	1 016	26	33	35	+ 20,7	+ 5,9
Deutschland	25 998	36 343	38 456	18	27	29	+ 47,9	+ 5,8
Westdeutschland	18 889	28 159	29 565	16	25	26	+ 56,5	+ 5,0
Ostdeutschland	7 109	8 184	8 891	30	38	41	+ 25,1	+ 8,6

1) Bezug: durchschnittliche Bevölkerung unter 18 Jahren.

65. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ^{*)}			Armutsgefährdungsschwelle	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten	
	2006	2010	2011		2011	11/06
	%			€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	13,2	14,0	14,7	925	+ 1,5	+ 0,7
Bayern	13,5	13,8	14,2	914	+ 0,7	+ 0,4
Berlin	13,3	14,2	15,5	779	+ 2,2	+ 1,3
Brandenburg	14,3	13,6	14,1	794	- 0,2	+ 0,5
Bremen	14,1	17,3	17,0	778	+ 2,9	- 0,3
Hamburg	16,7	17,4	18,0	913	+ 1,3	+ 0,6
Hessen	14,5	14,6	15,2	897	+ 0,7	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	13,1	13,4	13,9	718	+ 0,8	+ 0,5
Niedersachsen	14,3	14,5	15,2	839	+ 0,9	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	14,0	14,7	15,8	833	+ 1,8	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	14,5	15,7	16,1	868	+ 1,6	+ 0,4
Saarland	13,9	13,4	14,8	833	+ 0,9	+ 1,4
Sachsen	13,3	13,0	12,7	736	- 0,6	- 0,3
Sachsen-Anhalt	14,1	13,5	14,2	742	+ 0,1	+ 0,7
Schleswig-Holstein	14,1	15,2	15,4	881	+ 1,3	+ 0,2
Thüringen	12,7	12,5	11,3	759	- 1,4	- 1,2
Deutschland	14,0	14,5	15,1	848	+ 1,1	+ 0,6
Westdeutschland	14,2	14,7	15,4	877	+ 1,2	+ 0,7
Ostdeutschland	13,3	13,2	13,5	754	+ 0,2	+ 0,3

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

66. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung			Empfänger/-innen je 100 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2006	2009	2010	2006	2009	2010	10/09	10/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	606 819	582 296	563 969	5,6	5,4	5,2	- 3,1	- 7,1
Bayern	659 664	610 203	580 162	5,3	4,9	4,6	- 4,9	- 12,1
Berlin	681 756	670 088	665 034	20,1	19,5	19,3	- 0,8	- 2,5
Brandenburg	371 170	318 583	299 725	14,5	12,7	12,0	- 5,9	- 19,2
Bremen	116 003	110 701	111 019	17,5	16,8	16,8	+ 0,3	- 4,3
Hamburg	242 300	235 642	232 404	13,9	13,3	13,1	- 1,4	- 4,1
Hessen	546 056	528 214	509 569	9,0	8,7	8,4	- 3,5	- 6,7
Mecklenburg-Vorpommern	300 870	248 331	236 035	17,7	15,0	14,3	- 5,0	- 21,5
Niedersachsen	821 177	759 227	733 684	10,3	9,6	9,2	- 3,4	- 10,7
Nordrhein-Westfalen	1 951 494	1 905 960	1 903 563	10,8	10,7	10,7	- 0,1	- 2,5
Rheinland-Pfalz	304 471	289 289	277 901	7,5	7,2	6,9	- 3,9	- 8,7
Saarland	101 759	96 336	93 637	9,7	9,4	9,2	- 2,8	- 8,0
Sachsen	599 596	524 539	493 601	14,1	12,6	11,9	- 5,9	- 17,7
Sachsen-Anhalt	407 925	355 642	335 803	16,6	15,0	14,3	- 5,6	- 17,7
Schleswig-Holstein	295 520	275 722	269 289	10,4	9,7	9,5	- 2,3	- 8,9
Thüringen	294 133	250 695	231 326	12,7	11,1	10,3	- 7,7	- 21,4
Deutschland	8 300 713	7 761 468	7 536 721	10,1	9,5	9,2	- 2,9	- 9,2
Westdeutschland	5 645 263	5 393 590	5 275 197	8,6	8,2	8,1	- 2,2	- 6,6
Ostdeutschland	2 655 450	2 367 878	2 261 524	15,9	14,4	13,8	- 4,5	- 14,8

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

67. Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger/-innen nach SGB II (April)			Leistungsempfänger/-innen je 100 Einwohner			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen im April	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	514 695	463 770	431 323	5,9	5,4	5,0	- 16,2	- 7,0
Bayern	560 122	462 643	428 598	5,5	4,6	4,2	- 23,5	- 7,4
Berlin	617 623	592 022	580 903	22,1	21,1	20,5	- 5,9	- 1,9
Brandenburg	351 447	276 569	263 159	17,4	14,3	13,6	- 25,1	- 4,8
Bremen	100 827	94 767	92 624	19,2	18,3	17,8	- 8,1	- 2,3
Hamburg	207 372	190 833	183 832	14,5	13,2	12,6	- 11,4	- 3,7
Hessen	466 521	420 840	406 918	9,5	8,7	8,3	- 12,8	- 3,3
Mecklenburg-Vorpommern	284 223	215 545	203 568	21,1	16,8	16,0	- 28,4	- 5,6
Niedersachsen	714 850	621 823	593 386	11,2	9,9	9,5	- 17,0	- 4,6
Nordrhein-Westfalen	1 716 483	1 633 538	1 591 611	11,9	11,5	11,2	- 7,3	- 2,6
Rheinland-Pfalz	264 321	231 952	221 986	8,2	7,3	7,0	- 16,0	- 4,3
Saarland	88 405	78 478	74 560	10,8	9,9	9,4	- 15,7	- 5,0
Sachsen	575 761	460 795	430 271	17,6	14,7	13,8	- 25,3	- 6,6
Sachsen-Anhalt	388 449	314 182	298 180	20,5	17,8	17,0	- 23,2	- 5,1
Schleswig-Holstein	261 056	229 368	223 728	11,6	10,3	10,1	- 14,3	- 2,5
Thüringen	280 577	211 856	196 098	15,5	12,3	11,5	- 30,1	- 7,4
Deutschland	7 392 732	6 498 981	6 220 745	11,2	10,0	9,6	- 15,9	- 4,3
Westdeutschland	4 894 652	4 428 012	4 248 566	9,3	8,5	8,1	- 13,2	- 4,1
Ostdeutschland	2 498 080	2 070 969	1 972 179	19,0	16,4	15,6	- 21,1	- 4,8

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

68. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Insolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	8 809	10 766	9 664	8,2	10,0	9,0	+ 9,7	- 10,2
Bayern	9 922	11 349	10 898	8,0	9,1	8,7	+ 9,8	- 4,0
Berlin	5 100	4 706	4 663	15,0	13,7	13,4	- 8,6	- 0,9
Brandenburg	3 704	4 273	4 102	14,5	17,0	16,4	+ 10,7	- 4,0
Bremen	2 051	1 656	1 599	30,9	25,1	24,2	- 22,0	- 3,4
Hamburg	2 668	2 887	2 912	15,3	16,2	16,3	+ 9,1	+ 0,9
Hessen	5 806	7 557	7 095	9,6	12,5	11,7	+ 22,2	- 6,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 680	2 263	2 199	15,8	13,7	13,4	- 17,9	- 2,8
Niedersachsen	12 574	14 485	13 977	15,7	18,3	17,6	+ 11,2	- 3,5
Nordrhein-Westfalen	21 601	26 329	25 322	12,0	14,7	14,2	+ 17,2	- 3,8
Rheinland-Pfalz	4 032	5 041	4 641	9,9	12,6	11,6	+ 15,1	- 7,9
Saarland	2 071	1 670	1 716	19,8	16,4	16,9	- 17,1	+ 2,8
Sachsen	4 601	4 999	4 261	10,8	12,0	10,3	- 7,4	- 14,8
Sachsen-Anhalt	3 807	3 485	3 425	15,5	14,9	14,7	- 10,0	- 1,7
Schleswig-Holstein	4 330	4 615	4 412	15,3	16,3	15,6	+ 1,9	- 4,4
Thüringen	2 830	2 717	2 403	12,2	12,1	10,8	- 15,1	- 11,6
Deutschland	96 586	108 798	103 289	11,7	13,3	12,6	+ 6,9	- 5,1
Westdeutschland	73 864	86 355	82 236	11,2	13,2	12,6	+ 11,3	- 4,8
Ostdeutschland	22 722	22 443	21 053	13,6	13,7	12,9	- 7,3	- 6,2

69. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2005	2007	2009	2005	2007	2009	09/05	09/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	225 367	236 998	246 038	2,1	2,2	2,3	+ 9,2	+ 3,8
Bayern	302 706	314 282	318 479	2,4	2,5	2,6	+ 5,2	+ 1,3
Berlin	96 134	95 870	101 351	2,8	2,8	2,9	+ 5,4	+ 5,7
Brandenburg	74 600	85 129	85 801	2,9	3,4	3,4	+ 15,0	+ 0,8
Bremen ²⁾	20 306	20 686	21 340	3,1	3,1	3,2	+ 5,1	+ 3,2
Hamburg	41 416	43 140	45 997	2,4	2,4	2,6	+ 11,1	+ 6,6
Hessen	163 291	175 836	186 893	2,7	2,9	3,1	+ 14,5	+ 6,3
Mecklenburg-Vorpommern	51 168	56 939	61 442	3,0	3,4	3,7	+ 20,1	+ 7,9
Niedersachsen	227 923	242 196	256 085	2,9	3,0	3,2	+ 12,4	+ 5,7
Nordrhein-Westfalen	458 433	484 801	509 145	2,5	2,7	2,9	+ 11,1	+ 5,0
Rheinland-Pfalz	97 882	102 441	105 800	2,4	2,5	2,6	+ 8,1	+ 3,3
Saarland	28 406	29 402	30 380	2,7	2,8	3,0	+ 6,9	+ 3,3
Sachsen	119 905	127 064	131 714	2,8	3,0	3,2	+ 9,8	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	75 614	80 751	80 667	3,1	3,4	3,4	+ 6,7	- 0,1
Schleswig-Holstein	77 503	79 081	79 507	2,7	2,8	2,8	+ 2,6	+ 0,5
Thüringen	67 027	72 213	76 967	2,9	3,2	3,4	+ 14,8	+ 6,6
Deutschland¹⁾	2 128 550	2 246 829	2 337 606	2,6	2,7	2,9	+ 9,8	+ 4,0
Westdeutschland	1 643 233	1 728 863	1 799 664	2,5	2,6	2,7	+ 9,5	+ 4,1
Ostdeutschland	484 448	517 966	537 942	2,9	3,1	3,3	+ 11,0	+ 3,9

1) 2005: Einschließlich der im Ausland lebenden Pflegegeldempfänger. - 2) Für Bremen lagen zum Meldetermin für die Pflegestatistik 2009 keine aufbereiteten Daten vor. Um trotzdem ein vollständiges Deutschlandergebnis zu erzeugen, wurden Ergebnisse für Bremen geschätzt und im *Niedersachsen-Monitor 2011* verwendet. Die nachträglich von Bremen gemeldeten Daten werden jetzt ausgewiesen. Daher resultiert die Veränderung des Deutschlandergebnisses im Vergleich zum *Niedersachsen-Monitor 2011*.

70. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten und Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹⁾	Aufklärungsquote	Wohnungseinbruchdiebstahl ²⁾		Veränderung der Straftaten	
	2006	2010	2011			erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ¹⁾	11/06	11/10
	Anzahl			%	%				
Baden-Württemberg	609 837	572 049	582 844	5 412	58,6	8 192	76	- 4,4	+ 1,9
Bayern	673 682	620 250	623 108	4 961	64,0	5 237	42	- 7,5	+ 0,5
Berlin	496 797	475 022	494 385	14 216	46,1	11 006	316	- 0,5	+ 4,1
Brandenburg	222 783	204 310	197 664	7 912	51,0	2 966	119	- 11,3	- 3,3
Bremen	95 506	89 087	93 007	14 102	47,6	3 425	519	- 2,6	+ 4,4
Hamburg	236 547	224 775	228 874	12 781	44,3	6 482	362	- 3,2	+ 1,8
Hessen	427 238	401 864	396 834	6 532	58,5	10 874	179	- 7,1	- 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	152 298	129 489	128 426	7 842	58,4	1 334	81	- 15,7	- 0,8
Niedersachsen	603 597	582 547	552 257	6 968	61,4	11 811	149	- 8,5	- 5,2
Nordrhein-Westfalen	1 491 897	1 442 801	1 511 469	8 474	49,1	50 368	282	+ 1,3	+ 4,8
Rheinland-Pfalz	298 818	279 826	274 703	6 869	60,6	5 110	128	- 8,1	- 1,8
Saarland	79 220	71 887	69 268	6 826	54,3	1 665	164	- 12,6	- 3,6
Sachsen	307 841	290 647	293 895	7 101	56,9	3 467	84	- 4,5	+ 1,1
Sachsen-Anhalt	215 730	189 164	187 281	8 063	57,4	2 423	104	- 13,2	- 1,0
Schleswig-Holstein	242 355	221 510	219 693	7 748	48,2	7 318	258	- 9,4	- 0,8
Thüringen	150 077	138 050	136 955	6 150	65,1	917	41	- 8,7	- 0,8
Deutschland	6 304 223	5 933 278	5 990 679	7 326	54,7	132 595	162	- 5,0	+ 1,0
Westdeutschland	4 758 697	4 506 596	4 552 057	6 953	56,4	110 482	169	- 4,3	+ 1,0
Ostdeutschland	1 545 526	1 426 682	1 438 606	8 825	55,4	22 113	136	- 6,9	+ 0,8

1) Je 100 000 Einwohner am 30.06.2011. - 2) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB. - Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

71. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	53 734	45 175	47 789	500	420	444	- 11,1	+ 5,8
Bayern	74 384	68 364	71 059	596	546	566	- 4,5	+ 3,9
Berlin	16 757	14 801	16 933	493	430	487	+ 1,1	+ 14,4
Brandenburg	12 591	10 510	10 512	493	419	421	- 16,5	+ 0,0
Bremen	3 669	3 445	3 772	552	522	572	+ 2,8	+ 9,5
Hamburg	10 313	9 195	9 784	590	517	546	- 5,1	+ 6,4
Hessen	32 542	28 122	30 003	535	464	494	- 7,8	+ 6,7
Mecklenburg-Vorpommern	9 004	6 800	6 999	529	413	427	- 22,3	+ 2,9
Niedersachsen	44 215	39 715	41 342	553	501	522	- 6,5	+ 4,1
Nordrhein-Westfalen	82 410	73 559	78 658	457	412	441	- 4,6	+ 6,9
Rheinland-Pfalz	21 207	19 397	20 705	523	484	518	- 2,4	+ 6,7
Saarland	6 384	5 328	5 607	610	522	553	- 12,2	+ 5,2
Sachsen	20 027	16 613	17 710	470	400	428	- 11,6	+ 6,6
Sachsen-Anhalt	12 974	10 569	10 760	528	451	463	- 17,1	+ 1,8
Schleswig-Holstein	15 891	14 322	15 405	561	506	543	- 3,1	+ 7,6
Thüringen	11 326	8 903	9 336	488	397	419	- 17,6	+ 4,9
Deutschland	427 428	374 818	396 374	519	458	485	- 7,3	+ 5,8
Westdeutschland	344 749	306 622	324 124	525	469	495	- 6,0	+ 5,7
Ostdeutschland	82 679	68 196	72 250	495	417	443	- 12,6	+ 5,9

Textteil II

Niedersachsen in Europa

Die Tabellen auf den Seiten 72 bis 74 stellen Niedersachsen im europäischen Vergleich dar. Tabelle 1 enthält Eckdaten für die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) sowie die 16 Bundesländer. Die Tabellen 2 bis 6 bestehen aus Zeitreihen der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistik für Niedersachsen, seine Statistischen Regionen (die ehemaligen Regierungsbezirke), Deutschland und die EU-27. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>). Sie weisen den aktuellsten Datenstand für die europäischen Analyseebenen NUTS I (Länder) und NUTS II (Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen) auf. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück.

Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

In Bezug auf die Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 1). Mit rund 8 Mio. Menschen und einer Fläche von 48 000 km² (EU-Anteil: 1,1 %) ist das Bundesland ländlich geprägt. Die Besiedlungsdichte beträgt 166,2 Einwohner je km², liegt jedoch weit über dem EU-Durchschnitt von 114,1 km².

Niedersachsen liegt bei der Höhe der Einwohnerzahl an 16. Stelle unter den EU-Mitgliedsstaaten und ist damit in etwa mit Bulgarien und Österreich vergleichbar. Gemessen an der Wirtschaftsleistung, die zwischen denen von Finnland und Dänemark liegt, sind nur zwölf EU-Staaten stärker.

Bevölkerungsentwicklung Niedersachsens vergleichbar mit Osteuropa

In der EU lebten Ende 2010 eine halbe Milliarde (502 477 005) Menschen (Tab. 2). Während in Deutschland und in Niedersachsen die Bevölkerung seit 2005 um - 0,7 % bzw. - 0,8 % schrumpfte – nur die Statistische Region Weser-Ems weist noch einen minimalen absoluten dreistelligen Zuwachs auf – wuchs die Bevölkerung Europas von 2006 bis 2010 um + 1,5 %. Die regionale Entwicklung innerhalb der EU ist jedoch gegensätzlich: Während wie in Deutschland und Niedersachsen die mittel- und osteuropäischen Staaten nach Jahrzehnten des Wachstums seit einigen Jahren mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert sind, wächst im Westen, Süden und Norden der EU die Bevölkerung.

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Niedersachsen weniger stark von der Krise betroffen

Von 2005 bis 2009 stieg das niedersächsische Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 6,7 % stärker an als das der Europäischen Union (+ 6,2 %) (Tab. 3). Allerdings machte sich im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr die Weltwirtschaftskrise in einem niedrigeren BIP bemerkbar. Während dieser Rückgang auf europäischer Ebene rund - 5,8 % betrug, traf Niedersachsen mit - 4,0 % die Krise weniger stark (Deutschland: - 4,1 %). Am robustesten zeigte sich dabei die Statistische Region Lüneburg, die lediglich ein 2,9 % niedrigeres BIP als 2008 hatte. Die Statistische Region Braunschweig, die bereits von 2007 auf 2008 einen minimalen Rückgang aufwies, verzeichnete 2009 einen deutlichen Rückgang von - 6,4 %.

Die Krise drehte die europäischen Verhältnisse beim BIP förmlich um. Während man von 2004 bis 2008 noch ein deutliches Wachstum in der EU von + 17,7 % beobachten konnte, dem Deutschland (+ 12,2 %) und auch Niedersachsen (+ 13,2 %) hinterher hinkten, standen 2009 Deutschland und Niedersachsen besser da als der Durchschnitt in der Europäischen Union.

Der Produktivitätsindikator „BIP je Einwohner“ (Tab. 4) ist eine der wichtigsten Kennzahlen der EU-Politik, jedoch methodisch problematisch: Wo große Pendlerströme die Grenzen einer NUTS II-Region überschreiten, wird der Indikator verzerrt, denn er bezieht die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die Bevölkerung am Wohnort. Vor allem in Norddeutschland mit seinen Stadtstaaten und Einpendlerzentren Berlin, Hamburg und Bremen muss man dies berücksichtigen. Das BIP je Einwohner lag 2009 in Deutschland bei 29 000 Euro (2008: 30 200 Euro) und in Niedersachsen bei 25 700 Euro (2008: 26 700 Euro). Das sind 2 200 Euro und 9,4 % über dem europaweiten Durchschnitt (2008: 6,8 % mehr). Die Statistische Region Hannover weist dabei mit 29 700 Euro den höchsten, die Statistische Region Lüneburg den niedrigsten Wert auf. Im Vergleich zu 2005 hat sich das BIP Niedersachsens mit + 7,5 % Zuwachs gleichsam wie das gesamtdeutsche BIP entwickelt. Das BIP pro Einwohner in der EU stieg hingegen weniger stark um + 4,4 %.

Überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktentwicklung

Die Daten der Tabellen 5 und 6 basieren auf der EU-Arbeitskräftestichprobe, die in allen Mitgliedsstaaten durchgeführt wird, um eine vergleichbare Datengrundlage herzustellen. Sie sind mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel, da die europäische Nomenklatur von der nationalen abweicht. In Tabel-

le 5 sind die Beschäftigungsquoten dargestellt. Nach deutscher Begrifflichkeit würde man diese als Erwerbstätigenquote bezeichnen. Tabelle 6 enthält die Arbeitslosenquoten nach europäischer Definition. Dies ist im nationalen Kontext mit der Erwerbslosenquote vergleichbar. Die Angaben beziehen sich auf Beschäftigte bzw. Arbeitslose am Wohnort.

Während die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Erwerbsalter europaweit von 2006 bis 2010 um - 1,1 Prozentpunkte auf 64,2 % abnahm, stieg sie in Deutschland um + 3,1 Prozentpunkte (72,5 %) und in Niedersachsen sogar um + 3,7 Prozentpunkte auf 71,9 %. Die Weltwirtschaftskrise ging in diesem Zeitraum gemessen an der Beschäftigungsquote somit gänzlich an Niedersachsen vorüber; keine der vier Statistischen Regionen hatte in einem Berichtsjahr einen niedrigeren Wert gegenüber dem Vorjahr. Lüneburg wies 2010 mit 74,0 % den höchsten Wert auf.

Nicht nur die Erwerbstätigenquoten entwickelten sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich positiv, auch in

Bezug auf die Arbeitslosenquote hat sich die Situation deutlich besser entwickelt als in der Europäischen Union. Diese verharrte 2010 auf dem Wert vom Vorjahr bei einer Arbeitslosenquote von 9,6 %; in Deutschland ging dagegen die Zahl von 7,1 % auf 5,9 % zurück; Niedersachsen verzeichnete einen Rückgang auf 5,6 % (- 0,9 Prozentpunkte). Verglichen mit 2006 stieg europaweit die Arbeitslosigkeit um + 2,4 Prozentpunkte, während sie in Deutschland um - 2,7 Prozentpunkte und in Niedersachsen um - 2,3 Prozentpunkte gesunken ist. Den niedrigsten Wert wies in Niedersachsen die Statistische Region Weser-Ems mit 4,2 %, den höchsten die Statistische Region Hannover mit 6,8 % auf.

Während die Beschäftigungsquoten in Niedersachsen seit Beginn des Betrachtungszeitraums 2006 kontinuierlich über dem EU-Durchschnitt lagen, sind die Arbeitslosenquoten erst seit 2008 niedriger als in der EU – dies bei einer seit 2006 jährlich rückgängigen Entwicklung. Den letzten Jahresrückgang bei der Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt gab es hingegen von 2006 auf 2007.

Tabellenteil II

1. Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Veränderung 2008 bis 2010	Fläche	Besiedlungs- dichte	Bevölkerungs- anteil an EU 27
	2008	2009	2010				
	Anzahl			%	km ²	Einwohner je km ²	%
Belgien	10 753 080	10 839 905	11 000 638	+2,3	30 528,0	360,3	2,2
Bulgarien	7 606 551	7 563 710	7 369 431	-3,1	110 899,7	66,5	1,5
Tschechische Republik	10 467 542	10 506 813	10 486 731	+0,2	78 865,4	133,0	2,1
Dänemark	5 511 451	5 534 738	5 560 628	+0,9	42 959,1	129,4	1,1
Deutschland	82 002 356	81 802 257	81 751 602	-0,3	357 121,4	228,9	16,3
Baden-Württemberg	10 749 506	10 744 921	10 753 880	+0,0	35 751,5	300,8	2,1
Bayern	12 519 728	12 510 331	12 538 696	+0,2	70 550,1	177,7	2,5
Berlin	3 431 675	3 442 675	3 460 725	+0,8	887,7	3 898,5	0,7
Brandenburg	2 522 493	2 511 525	2 503 273	-0,8	29 483,1	84,9	0,5
Bremen	661 866	661 716	660 706	-0,2	419,2	1 576,1	0,1
Hamburg	1 772 100	1 774 224	1 786 448	+0,8	755,2	2 365,5	0,4
Hessen	6 064 953	6 061 951	6 067 021	+0,0	21 114,9	287,3	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 664 356	1 651 216	1 642 327	-1,3	23 190,8	70,8	0,3
Niedersachsen	7 947 244	7 928 815	7 918 293	-0,4	47 612,9	166,3	1,6
Nordrhein-Westfalen	17 933 064	17 872 763	17 845 154	-0,5	34 092,3	523,4	3,6
Rheinland-Pfalz	4 028 351	4 012 675	4 003 745	-0,6	19 854,1	201,7	0,8
Saarland	1 030 324	1 022 585	1 017 567	-1,2	2 568,8	396,1	0,2
Sachsen	4 192 801	4 168 732	4 149 477	-1,0	18 419,7	225,3	0,8
Sachsen-Anhalt	2 381 872	2 356 219	2 335 006	-2,0	20 449,5	114,2	0,5
Schleswig-Holstein	2 834 260	2 832 027	2 834 259	-0,0	15 799,3	179,4	0,6
Thüringen	2 267 763	2 249 882	2 235 025	-1,4	16 172,5	138,2	0,4
Estland	1 340 415	1 340 127	1 340 194	-0,0	45 227,0	29,6	0,3
Irland	4 450 030	4 467 854	4 569 864	+2,7	69 797,0	65,5	0,9
Griechenland	11 260 402	11 305 118	11 309 885	+0,4	131 957,0	85,7	2,3
Spanien	45 828 172	45 989 016	46 152 926	+0,7	505 990,7	91,2	9,2
Frankreich	64 350 226	64 694 497	65 048 412	+1,1	632 833,6	102,8	12,9
Italien	60 045 068	60 340 328	60 626 442	+1,0	301 336,0	201,2	12,1
Zypern	796 875	819 140	839 751	+5,4	9 251,0	90,8	0,2
Lettland	2 261 294	2 248 374	2 074 605	-8,3	64 562,0	32,1	0,4
Litauen	3 349 872	3 329 039	3 052 588	-8,9	65 300,0	46,7	0,6
Luxemburg	493 500	502 066	511 840	+3,7	2 586,0	197,9	0,1
Ungarn	10 030 975	10 014 324	9 985 722	-0,5	93 026,3	107,3	2,0
Malta	413 609	414 372	415 198	+0,4	316,0	1 313,9	0,1
Niederlande	16 485 787	16 574 989	16 655 799	+1,0	41 543,1	400,9	3,3
Österreich	8 355 260	8 375 290	8 404 252	+0,6	83 879,0	100,2	1,7
Polen	38 135 876	38 167 329	38 529 866	+1,0	312 679,0	123,2	7,7
Portugal	10 627 250	10 637 713	10 572 157	-0,5	92 211,9	114,7	2,1
Rumänien	21 498 616	21 462 186	21 413 815	-0,4	238 390,7	89,8	4,3
Slowenien	2 032 362	2 046 976	2 050 189	+0,9	20 273,0	101,1	0,4
Slowakei	5 412 254	5 424 925	5 392 446	-0,4	49 036,4	110,0	1,1
Finnland	5 326 314	5 351 427	5 375 276	+0,9	338 430,5	15,9	1,1
Schweden	9 256 347	9 340 682	9 415 570	+1,7	441 369,5	21,3	1,9
Vereinigtes Königreich	61 595 091	62 026 962	62 498 612	+1,5	243 069,0	257,1	12,4
Europäische Union (27 Länder)	499 686 575	501 120 157	502 404 439	+0,5	4 403 690,2	114,1	100,0

Quelle: Eurostat. Fläche 2010, Vereinigtes Königreich: 2004. Bevölkerungsangaben (2010) für Belgien, Tschechische Republik, Irland, Portugal, Vereinigtes Königreich und Europäische Union (27 Länder) (2009 und 2010) vorläufig; Zeitreihenbrüche (2010) für Bulgarien, Tschechische Republik, Irland, Zypern (2009), Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowakei und Europäische Union (27 Länder (2009 und 2010).

2. Bevölkerung 2006 bis 2010

Region	Bevölkerung am 31.12.					Veränderung der Einwohnerzahl 31.12.10/06
	2010	2009	2008	2007	2006	%
Europäische Union	502 404 439	501 120 157	499 686 575	497 686 132	495 291 925	+ 1,4
Deutschland	81 751 602	81 802 257	82 002 356	82 217 837	82 314 906	- 0,7
Niedersachsen	7 918 293	7 928 815	7 947 244	7 971 684	7 982 685	- 0,8
Statistische Region Braunschweig	1 609 369	1 616 720	1 623 649	1 633 318	1 641 776	- 2,0
Statistische Region Hannover	2 138 711	2 142 440	2 149 181	2 156 841	2 160 253	- 1,0
Statistische Region Lüneburg	1 692 238	1 693 654	1 696 643	1 701 132	1 702 938	- 0,6
Statistische Region Weser-Ems	2 477 975	2 476 001	2 477 771	2 480 393	2 477 718	+ 0,0

Quelle: Eurostat.

3. Bruttoinlandsprodukt 2005 bis 2009

Region	2009	2008	2007	2006	2005	Veränderung des BIP 09/05
	Mio. €					%
Europäische Union	11 751 419	12 466 916	12 392 921	11 695 003	11 060 216	+ 6,2
Deutschland	2 374 500	2 473 800	2 428 500	2 313 900	2 224 400	+ 6,7
Niedersachsen	203 776	212 567	207 419	198 732	191 030	+ 6,7
Statistische Region Braunschweig	43 534	46 512	46 656	43 974	42 681	+ 2,0
Statistische Region Hannover	61 508	63 505	60 993	60 062	57 575	+ 6,8
Statistische Region Lüneburg	35 956	37 044	36 159	34 372	33 139	+ 8,5
Statistische Region Weser-Ems	62 777	65 506	63 612	60 323	57 634	+ 8,9

Quelle: Eurostat.

4. Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2005 bis 2009

Region	2009	2008	2007	2006	2005	Veränderung des BIP je Einwohner 09/05
	€ je Einwohner					%
Europäische Union	23 500	25 000	25 000	23 700	22 500	+ 4,4
Deutschland	29 000	30 100	29 500	28 100	27 000	+ 7,4
Niedersachsen	25 700	26 700	26 000	24 900	23 900	+ 7,5
Statistische Region Braunschweig	26 900	28 600	28 500	26 700	25 800	+ 4,3
Statistische Region Hannover	28 700	29 500	28 200	27 800	26 600	+ 7,9
Statistische Region Lüneburg	21 200	21 800	21 200	20 200	19 500	+ 8,7
Statistische Region Weser-Ems	25 300	26 400	25 600	24 300	23 300	+ 8,6

Quelle: Eurostat.

5. Beschäftigungsquoten der 15- bis unter 65-Jährigen 2006 bis 2010

Region	2010	2009	2008	2007	2006	Veränderung der Beschäftigungsquote 10/06
	%					Prozentpunkte
Europäische Union	64,2	64,1	64,6	65,8	65,3	- 1,1
Deutschland	72,5	71,1	70,9	70,7	69,4	+ 3,1
Niedersachsen	71,9	70,2	69,8	69,1	68,2	+ 3,7
Statistische Region Braunschweig	70,3	68,4	67,6	66,9	66,5	+ 3,8
Statistische Region Hannover	70,3	69,2	69,0	69,0	68,3	+ 2,0
Statistische Region Lüneburg	74,0	72,6	72,4	70,6	69,5	+ 4,5
Statistische Region Weser-Ems	72,8	70,8	70,3	69,5	68,4	+ 4,4

Quelle: Eurostat.

6. Arbeitslosenquoten (15 Jahre und älter) 2006 bis 2010

Region	2010	2009	2008	2007	2006	Veränderung der Arbeitslosenquote 10/06
	%					Prozentpunkte
Europäische Union	9,6	9,6	8,9	7,0	7,2	+ 2,4
Deutschland	5,9	7,1	7,7	7,5	8,6	- 2,7
Niedersachsen	5,6	6,5	6,8	7,1	7,9	- 2,3
Statistische Region Braunschweig	6,4	7,2	8,4	8,6	8,9	- 2,5
Statistische Region Hannover	6,8	7,1	7,9	7,6	8,4	- 1,6
Statistische Region Lüneburg	5,4	5,8	5,4	6,2	7,4	- 2,0
Statistische Region Weser-Ems	4,2	6,0	5,9	6,2	7,1	- 2,9

Quelle: Eurostat.

